

Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum: 24. Januar 2018
Sitzungsort: Hamburg, in Rathaus, Festsaal
Sitzungsdauer: 17:07 Uhr bis 21:42 Uhr
Vorsitz: Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung: Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel - Einsetzung eines Sonderausschusses -Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg - Dank an alle Einsatzkräfte - Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen
(Antrag SPD, GRÜNE)
hier: Fortsetzung und Abschluss der Beratungen zu Phase 1
(Vorbereitung des Gipfels) (Details im Fahrplan S.3,4,5)
 - a) Aufgabenteilung und Abstimmungsprozesse über die Grenzen Deutschlands hinaus (polizeiliche Zusammenarbeit sowie Zusammenarbeit der Geheimdienste unter besonderer Berücksichtigung von Erkenntnissen zu linksextremistischen Gewalttätern)
hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

- b) Vorbereitung/ Mobilisierung auf Seiten der Hamburger, bundesweiten und ausländischen Autonomen / Gewaltbereiten / Gewaltunterstützenden (Werbung, Einladung u. dgl. z.B. durch die Rote Flora), Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20 aus der Nachbereitung
hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) mit anschließender Befragung des Senats

- c) Camps/andere Übernachtungsräume i.V.m. Erkenntnislage
hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

- d) Justizielle Begleitung / Darstellung der Rechtsprechung im Vorfeld
hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

- e) Allgemeinverfügung i.V.m. Erkenntnislage
hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

- f) Vorschläge zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses am 8.2.2018 (zu allen Details vgl. Fahrplan S.5, 6):
Einstieg in die Beratungen zu Phase 2 (Aufarbeitung Durchführung G20)

2.

Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Karin Abaci (SPD)
Abg. Ksenija Bekeris (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Senator Andy Grote
Staatsrat Bernd Krösser
Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
SD Torsten Voß
RD Hartmut Licht
LPD Hartmut Dudde
LRD Ulrich Ettemeyer
KD Claus Cortnumme
RD Jens Stammer
EPHK Hans-Jürgen Lückfett
PD Joachim Ferk

Justizbehörde

Senator Dr. Till Steffen
Staatsrätin Katja Günther

RiLSG Dr. Anders Leopold

V. Auskunftspersonen

Zu TOP 1a bis 1b

Dinchen Franziska Büddefeld, Bundesamt für Verfassungsschutz
Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizei der Länder,
Bundesministerium des Innern

Heike Pooth, Bundeskriminalamt
Thomas Przybyla, Bundespolizei
Steffen Russ, Bundeskriminalamt

Zu TOP 1c bis 1e

Dr. Christian Ernst, Bucerius Law School

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Bai

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 50 Personen

Zu TOP 1a

Vorsitzender: So. Es wird bereits etwas ruhiger. Alle haben Platz genommen, blicken erwartungsvoll nach vorn.

(Zuruf: Nur einer nicht!)

Noch nicht alle. Die Vertreter der Presse und Medien hatten darum gebeten, dass sie ein bisschen Gelegenheit haben, Fotos und Kameraaufnahmen zu machen, bevor wir anfangen mit der Sitzung. Deswegen habe ich jetzt das Vergnügen, noch ein, zwei Sätze einfach so außerhalb der Tagesordnung zu sagen, heiße Sie alle ganz herzlich willkommen, auch die Bürgerinnen und Bürger im Livestream im Internet.

Wie immer werden die Sitzungen des Sonderausschusses im Internet übertragen und ich hoffe, dass wir diesmal keine Störungen oder Ausfälle haben. Das war beim letzten Mal, gerade am Anfang, leider nicht der Fall. Da bitte ich um Nachsehen für all diejenigen, die unseren Beratungen gefolgt sind, aber das waren die Tücken der Technik, die dort zugeschlagen haben. Außerdem machen wir wie immer ein Wortprotokoll. Das als Hinweis an die Bürgerschaftskanzlei.

Und dann würde ich die Vertreter der Medien jetzt bitten, die Film- und Fotoaufnahmen einzustellen, damit wir mit den Beratungen beginnen können.

Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Sonderausschusses Gewalttätige Ausschreitungen um den G20-Gipfel in Hamburg. Die Tagesordnung liegt allen vor und ist im Internet auch abrufbar. Wie immer der Hinweis am Anfang, dass sich dieser Ausschuss einen festen und sehr umfangreichen Arbeitsplan vorgenommen hat und

deswegen ich den Auftrag aller Obleute, also das heißt aller Fraktionen in diesem Ausschuss, habe, dafür zu sorgen, dass wir eine stringente, umfassende, aber auch zügige Beratung haben, die sich aber auch wirklich auf die Tagesordnungspunkte beschränkt. Wir haben aber eigentlich alle denkbaren Probleme, die mit unserem Untersuchungsauftrag zusammenhängen, irgendwann auf der Tagesordnung. Insofern bin ich ganz optimistisch, dass alle Fragen auch angesprochen werden können im Laufe der Beratungen.

So. Dann rufe ich auf Tagesordnungspunkt 1. Das ist immer allgemein die Drucksache "Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel" und hier Punkt a. Das Thema lautet: Aufgabenteilung und Abstimmungsprozesse über die Grenzen Deutschlands hinaus (polizeiliche Zusammenarbeit sowie Zusammenarbeit der Geheimdienste unter besonderer Berücksichtigung von Erkenntnissen zu linksextremistischen Gewalttätern). Und wir haben Auskunftspersonen nach Paragraf 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft geladen. Das sind als Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Frau Dinchen Büddefeld in Vertretung von Herrn Dr. Hans-Georg Maaßen, der sich aus terminlichen Gründen entschuldigen lässt. Uns ist aber auch erklärt worden, dass Büddefeld als die Person, die in besonderer Art und Weise im Bundesamt für den G20-Gipfel zuständig war, die richtige Auskunftsperson ist. Dann Herr Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizei der Länder, Bundesministerium des Innern, Frau Heike Pooth vom Bundeskriminalamt, Herr Thomas Przybyla von der Bundespolizei und Herr Steffen Russ vom Bundeskriminalamt.

Ich würde vorschlagen, dass wir den Auskunftspersonen zunächst einmal kurze Gelegenheit geben, uns darzustellen, in welcher Art und Weise sie und ihre Behörde mit der Durchführung und der Zuarbeit für die Hamburger Behörden rund um den G20-Gipfel in Hamburg befasst waren. Und wenn Sie einverstanden sind, würde ich als Erstes Frau Büddefeld das Wort geben. Frau Büddefeld bitte.

Dinchen Franziska Büddefeld: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Erst einmal einen schönen guten Abend an die Mitglieder des Sonderausschusses. Mein Name ist Dinchen Franziska Büddefeld, wie Sie gerade eben schon gehört haben. Ich bin aktuell Abteilungsleiterin im Bundesamt für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln.

(Zurufe: Lauter!)

Unsere Rolle im Bereich des Gipfels G20 war die Folge. Wir sind (...)

Vorsitzender: Frau Büddefeld, ich unterbreche Sie nur aus technischen Gründen.

Dinchen Franziska Büddefeld: Sie hören mich nicht.

Vorsitzender: Sie müssen es etwas näher herannehmen und etwas lauter hineinsprechen, damit wir Sie alle gut verstehen. Die Akustik in diesem Saal bereitet uns in jeder Sitzung arge Probleme.

Dinchen Franziska Büddefeld: Okay. So besser?

(Zuruf: Ja!)

Gut. Also meinen Namen, glaube ich, muss ich - glaube ich - nicht noch einmal wiederholen. Ich bin Abteilungsleiterin aktuell im Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Rolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Rahmen der Bearbeitung des G20-Gipfels in Hamburg im vergangenen Jahr war die als Zentralstelle des Verfassungsschutzverbundes in Deutschland, die Informationen zusammenzutragen, auszuwerten und zu steuern, die dazu beitragen konnten, die Abläufe des Gipfels eben in sicherheitstechnischer Hinsicht zu unterstützen. Das will heißen, wir haben versucht, Informationen zu erheben, die wir dann

mit unseren Zusammenarbeitspartnern im Bereich der inneren Sicherheit, insbesondere mit den Behörden, mit dem LfV vor allen Dingen, in Hamburg teilen konnten, um dort das Wissen um die Dinge aufzubauen und so wie gesagt zu unterstützen, dass man sich mit dem Gipfel entsprechend auch dann befassen konnte.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann würde ich bitten Herrn Lohmann, kurz auf meine Frage zu antworten.

Wolfgang Lohmann: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich zu der Funktion Inspekteur vielleicht doch einen Satz mehr sage, weil meine Erfahrung mir sagt, dass das in der Regel nicht bekannt ist, warum wir in der föderalen Struktur im Bundesinnenministerium einen Inspekteur für die Bereitschaftspolizeien der Länder haben.

Diese Institution ist schon 1950 eingerichtet worden und es gibt mit allen Ländern Verwaltungsabkommen darüber, dass wir einheitliche Bereitschaftspolizeien haben in den Ländern und diese im Bedarfsfall auch nach verfassungsrechtlicher Grundlage dem Bund unterstellt werden können. Da will ich nicht auf die Details eingehen. Das setzt natürlich voraus, dass wir einheitliche Bereitschaftspolizeien haben, die kompatibel sind auch und auch einheitlich einsetzbar sind. Das führt dazu, dass ich nach dem Verwaltungsabkommen, das mit jedem Land abgeschlossen ist, auch, ich sag 'mal, die Möglichkeit habe, in den Ländern, mich von dem Einsatzwert der Bereitschaftspolizeien zu überzeugen. Und das tue ich üblicherweise dann auch bei Einsätzen. Und insoweit gibt es hier einen Bezugspunkt auch zum G20-Gipfel. Ich war etwa eine Woche hier im Einsatz und habe an der einen oder anderen Stelle mir das Einsatzgeschehen der Bereitschaftspolizeien und nur dieser Bereitschaftspolizeien angeschaut.

Dazu ist zu bemerken, mit dieser Funktion konkret auf den Einsatz bezogen gibt es für den Bund, für den Inspekteur keine Weisungskompetenz, keine operative Verantwortung. Die liegt ja bekanntermaßen oder lag im Bereich der Polizei Hamburg. Und deshalb gibt es sicherlich Einblicke an der einen oder anderen Stelle, aber keinen allumfassenden Überblick. Und dabei würde ich es zunächst erst einmal bewenden lassen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Lohmann. Frau Pooth.

Heike Pooth: Sehr geehrter Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin Referatsleiterin in der Abteilung Polizeilicher Staatsschutz im BKA in Meckenheim. Im G20-Kontext hatte ich die Aufgabe, die Informationssammelstelle bei uns im Hause zu leiten.

Informationssammelstelle, möchte ich gern ein, zwei Worte zu sagen, weil es sicherlich nicht bekannt ist, was das ist. Das ist definiert in der Polizeidienstvorschrift 100. Das ist PDV 100. Das ist die PDV, die den Einsatz und die Führung der Polizei regelt. Und danach ist eine Informationssammelstelle eine vorübergehend eingerichtete Organisationseinheit zum Sammeln, Bewerten, gegebenenfalls Steuern von polizeilich relevanten Erkenntnissen. Der Sinn ist, in einer Lage wie hier den G20-Gipfel wären viele Stellen bei uns im Bundeskriminalamt zuständig für die Informationssteuerung oder -bewertung. Um das Ganze zu bündeln, richtet man diese Organisationseinheit ein, die ich dann geleitet habe.

Der Auftrag dieser Informationssammelstelle war dementsprechend, den nationalen und internationalen Informationsaustausch mit allen beteiligten Sicherheitsbehörden zu gewährleisten, insbesondere auf dem Gebiet der Zuständigkeit meiner Abteilung, nämlich der politisch motivierten Kriminalität, einschließlich auch einer Lageberichterstattung, was eine Lagebewertung und auch eine Gefährdungsbewertung beinhaltet, grundsätzlich zuständig im Sinne der Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes nach dem BKA-Gesetz und auch die Zuständigkeit in der internationalen Kooperation, die sich ebenfalls aus Paragraph 3 des BKA-Gesetzes ergibt. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Pooth. Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Vielen Dank. Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Thomas Przybyla. Ich bin Vertreter des Präsidenten der Bundespolizeidirektion Hannover. Diese ist zuständig in den Bundesländern Niedersachsen, Bremen und Hamburg. Und während des G20-Gipfels war ich der Polizeiführer der Besonderen Aufbauorganisation Hanseat – so haben wir sie genannt – hier in Hamburg und habe die bundespolizeilichen Maßnahmen in Hamburg verantwortet. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Russ.

Steffen Russ: Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Steffen Russ. Ich bin Leiter der Abteilung Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes und war im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel Polizeiführer der sogenannten Besonderen Aufbauorganisation Hanse des Bundeskriminalamtes. Unser Auftrag richtet sich nach dem gesetzlichen Auftrag des BKA, Paragraph 5, in dem wir zuständig sind für den erforderlichen Schutz der Mitglieder der Verfassungsorgane und ihrer Gäste. Und in diesem Zusammenhang war ich in Hamburg im vergangenen Jahr Polizeiführer der BAO, die sozusagen den gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Bundeskriminalamtes umfasst. Dies bedeutet, wir waren zuständig für den erforderlichen Personenschutz der Mitglieder der Bundesregierung und ihrer Gäste und auch für die Dienst- und Wohnsitze beziehungsweise im G20-Kontext für die Aufenthaltsräume und Räumlichkeiten im Innenschutzbereich. Damit würde ich es auch erst einmal bewenden lassen. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann gehen wir gleich zu den Fragen über. Frau Schneider hatte sich gemeldet.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte jetzt eigentlich mit einem Komplex einsteigen, den Sie gar nicht angesprochen haben, den ich aber sehr wichtig finde auch wegen der Kenntnisse oder Nichtkenntnisse, die die Polizei über die verschiedenen Ereignisse während des Gipfels hatte.

Ich mache eine ganz kurze Vorbemerkung, damit klar ist sozusagen, auf was ich raus will, und dann stelle ich einige Fragen dazu. Mir geht es um den ganzen Komplex verdeckte Ermittlerinnen in der Polizei, also auch gerade der ausländischen Polizei. Es geht ja um die internationale Zusammenarbeit, die europarechtliche Grundlage des Einsatzes ist ja Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Danach kann vereinbart werden – Zitat –, "einander bei strafrechtlichen Ermittlungen durch verdeckt oder unter falscher Identität handelnde Beamte zu unterstützen: verdeckte Ermittlungen." Bilaterale Vereinbarungen im Sinne von Artikel 4 gibt es zwischen Deutschland und Niederlande, Österreich, Polen und Tschechien. Außerdem gibt es Abkommen mit den USA und der Schweiz.

Schließlich können Vereinbarungen über eine zeitlich begrenzte verdeckte Ermittlungstätigkeit aus konkretem Anlass, wie es ja der G20 ist, getroffen werden. Außerdem ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Hunko vom 10. August 2015 zum Auslandseinsatz der VE der Hamburger Polizei Maria B. – ich zitiere aus der Antwort –, "Die gegenseitige Zurverfügungstellung von verdeckten Ermittlern erfolgt unter Berücksichtigung der konkreten Gegebenheiten des Einzelfalles, wenn die zuständige Polizeidienststelle im Ausland zu unterstützen und ihre polizeilichen Aufgaben darum bittet".

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Vertreter, die beiden Vertreter des BKA, Vertreterinnen und Vertreter des BKA sowie den Polizeipräsidenten Herrn Meyer fragen, mit welchen Ländern wurde aus Anlass des G20 eine Vereinbarung über eine zeitlich begrenzte

Ermittlungstätigkeit getroffen. Welche Polizei, BKA oder Polizei Hamburg, hat sie getroffen? Und was ist darin geregelt?

Zweitens hat a) die zuständige Polizeidienststelle in Hamburg, b) das BKA im Ausland um Unterstützung ihrer polizeilichen Aufgaben gebeten. Um welche Unterstützung ging es dabei genau?

Drittens: Wenn Hamburg beziehungsweise das BKA nicht um Unterstützung gebeten haben, haben andere Länder verdeckte Ermittlerinnen avisiert, also proaktiv, oder angemeldet. Welche Länder waren das und wie viele Länder waren das?

Und viertens: Um wie viele angeforderte verdeckte Ermittlerinnen aus welchen Ländern handelt es sich? Wie viele kamen schlussendlich? Also man weiß zum Beispiel aus Heiligendamm, dass da 15 allein aus Großbritannien waren.

Fünftens: Gab es ähnlich wie in Heiligendamm regelmäßige Lagebesprechungen der verdeckten Ermittlerinnen verschiedener Länder? Mit wem auf deutscher Seite? Wenn nein, wie wurde dann kommuniziert zwischen den ausländischen verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern und der BAO Michel beziehungsweise dem BKA?

Und dann noch eine wichtige Frage: Welche rechtliche Stellungen haben ausländische verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler? Da sie Ausländer sind, sind sie ja nicht Beamte beziehungsweise haben eine andere Stellung als Beamte. In einem neuen wissenschaftlichen Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages wird vertreten, dass sie dieselbe rechtliche Stellung haben wie V-Leute. Teilen Sie das und welche Konsequenzen hat das für die Betroffenen im Hinblick auf eventuell begangene Straftaten? So weit erst einmal.

Vorsitzender: Die Frage ging an Frau Pooth und Herrn Russ.

Steffen Russ: Herzlichen Dank für die Fragen. Ich kann meine Antwort relativ kurz fassen. Wie ich versucht habe zu beschreiben, war der Aufgabenbereich, den ich zu verantworten hatte, im G20-Kontext nach dem BKA-Gesetz beschrieben mit dem erforderlichen Personenschutz für die Mitglieder der Bundesregierung und ihrer Gäste sowie ihrer Aufenthaltsräume. Das heißt, wir haben, ich habe keine Erkenntnisse über den Einsatz von verdeckten Ermittlern in diesem Kontext. Wir haben Lagebewertungen anderer Behörden entgegengenommen, haben daraus personalisierte Lagebilder entwickelt, bezogen auf unsere Schutzpersonen, und daraus Maßnahmen abgeleitet. Über den Einsatz von verdeckten Ermittlern habe ich keine Kenntnisse. Insofern muss ich all ihre Fragen aus meinem Zuständigkeitsbereich verneinen.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: In meinem Zuständigkeitsbereich kann ich das so beantworten, die Informationssammelstelle ist natürlich auch nicht zuständig für den Einsatz verdeckter Ermittler. Wir haben aber über unsere zuständige VE-Stelle in Wiesbaden den ausländischen Staaten, Behörden mitgeteilt, dass während des G20-Einsatzgipfels keine verdeckten Ermittler oder Vertrauenspersonen eingesetzt werden sollen. Also das BKA hat keine eingesetzt und es sollten auch keine eingesetzt werden. Für den Fall, dass anders entschieden wurde, sollte das direkt mit den Dienststellen, den zuständigen Dienststellen für die verdeckten Ermittler kommuniziert werden. Dementsprechend hat die ISa G20 keine Informationen zum Einsatz verdeckter Ermittler.

Vorsitzender: Ein Teil der Frage richtete sich ja aber auch praktisch an die Anforderungen aus Hamburg. Insofern stellt sich die Frage, ob die Senatsvertreter oder von Hamburger Behörden dazu etwas gesagt werden kann. Herr Senator?

Senator Andy Grote: Da würde ich einmal Herrn Polizeipräsident Meyer fragen.

Ralf Martin Meyer: Auch ich kann es kurz ... Entschuldigung. Auch ich kann es kurz machen. Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete! Es gab keinerlei Vereinbarungen und Initiativen aus Hamburg zu diesem Thema.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider eine Nachfrage?

Abg. Christiane Schneider: Ich habe eine Nachfrage, weil mir der Glaube fehlt. Ich habe mir zum Beispiel die WDR-Dokumentation zu Genua angesehen und von daher weiß man, dass die italienischen Gruppierungen durchsetzt sind mit verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern. Also da läuft überhaupt nichts ohne verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler. Das weiß man. Das hat sich auch nicht geändert. Und deswegen bin ich jetzt sehr verwundert, dass Sie ... Also ich bin eigentlich gar nicht verwundert. Das war ja zu erwarten, dass Sie sozusagen überhaupt nichts wissen, aber das wollen Sie uns doch wirklich nicht im Ernst erzählen.

Vorsitzender: Das führt mich direkt zu Herrn Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Das besprechen wir in der Pause, welche Assoziationen Sie da haben.

Vorsitzender: Nein, es war nur darauf bezogen, ich hatte kurz überlegt, ob darin noch eine Frage war, aber das war nicht und dann ist der Nächste dran. Keine Assoziationen, Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Okay, das ist gut. Ich hätte zwei Fragen zu Beginn an alle Auskunftspersonen zu diesem Themenblock. Mich würde einmal noch die Aufgabenbeschreibung etwas detaillierter interessieren zwischen Bund und Land, dass Sie einmal beschreiben, für welche Aufgaben waren Sie inhaltlich zuständig und welche örtlichen Folgen hatte das. Und im Zweiten würde mich dann auch an alle gerichtet interessieren, weil wir in Hamburg ja diese enthemmte Gewalt erlebt haben, hier auch im Ausschuss darüber gesprochen haben, Guerilla-Taktik, die Finger-Taktiken, die Out-of-Control-Taktik, das Müdespielen der Polizei, eben nicht nur auf den Gipfelort bezogen ... Jetzt vertreten Sie alle Institutionen, die sich intensiv mit solchen Szenarien beschäftigen. War das für Sie neu, was wir hier an diesen Taktiken erlebt haben oder gab es das auch an anderen Stellen? Da würde mich interessieren, welche Erfahrungswerte gibt es da.

Vorsitzender: Da würde ich vorschlagen, dass wir in der Reihenfolge von mir aus rechts gesehen anfangen. Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Vielen Dank für die Frage. Vielleicht zur Verdeutlichung noch der Rolle Bund/Land, insbesondere BfV natürlich aus meiner Sicht im Verhältnis zu unserem Zusammenarbeitspartner im Land, LfV Hamburg. Da kann ich Ihnen sehr gern noch weitere Ausführungen machen.

Wir hatten, nachdem wir wussten, dass in Hamburg im Sommer 2017 der Gipfel stattfinden sollte, relativ zeitig, und zwar seit Mai 2016, eine sogenannte Sonderauswertung ins Leben gerufen. Sonderauswertung können Sie sich so vorstellen, wie man das, ohne jetzt despektierlich zu klingen, im Fernsehen manchmal als SOKO bei der Polizei sieht. Vergleichbar gibt es auch Zusammenarbeitsregelungen im VS-Verbund. Und diese Sonderauswertung wurde ins Leben gerufen, um die Zusammenarbeit, die dann bei uns bestimmten Regeln unterliegt, vor allen Dingen mit Hamburg, aber auch mit weiteren betroffenen LfVen ins Werk zu setzen. Also seit Mai 2016 hatte das BfV die Leitung dieser SAW. Die Leitung lag auch in meinen persönlichen Händen. Wir haben in diesem Kontext

bereits Informationen erhoben, wie ich vorhin schon sagte, ausgewertet, zur Verfügung gestellt und haben natürlich auch versucht, immer weitere Informationen zu erhalten.

Im April des vergangenen Jahres haben wir dann diese Sonderauswertung, der sich dann in der Zwischenzeit einige LfV angeschlossen hatten, in eine Lageorientierte Sonderorganisation umgewandelt. Das heißt, dass wir dort noch vermehrt Kräfte eingesetzt haben und auch die Zusammenarbeit in der Form von häufigerer Berichterstattung und auch häufigeren Meetings mit den betroffenen LfV dann noch ausgeweitet haben.

Diese LoS steht unter der sogenannten Federführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Damit ist keine Weisungsbefugnis gegenüber den Ländern verbunden, sondern die Länder, die LfV im Konkreten, entscheiden sich dann im Einzelfall, wie sie dieser zunächst SAW, Sonderauswertung, oder LoS, Lageorientierte Sonderorganisation, beitreten wollen. Das wird von uns dann auch genauso akzeptiert und respektiert und die Zusammenarbeit läuft dann nach den wie gesagt vorgegebenen Regularien.

Diese Lageorientierte Sonderorganisation haben wir dann bis wenige Tage nach dem Gipfel gemeinsam mit den LfVen aufrechterhalten und haben in den heißen Tagen, wie wir das dann irgendwann genannt haben, also plus/minus eine Woche vor und einige Tage nach dem Gipfel, um genau zu sein, seit dem 2. Juli, dann auch Lagezentren eingerichtet, die dann auch im Schichtbetrieb rund um die Uhr besetzt waren, um auch die entsprechenden Informationen, die wir erhielten, sehr, sehr zeitnah wieder umzusetzen, in den Verfassungsschutzverbund zu geben, vornehmlich natürlich über unseren Kooperationspartner LfV Hamburg. Das heißt, wir hatten wie gesagt die Federführung die ganze Zeit, haben also diese LoS geleitet und dafür Sorge getragen, dass alles, was irgendwie möglich war, im Rahmen unserer Zuständigkeiten und rechtlichen Möglichkeiten an Informationen dann auch erhoben und zur Verfügung gestellt wurde.

Das war, glaube ich, die erste Frage. Sie hatten aber noch eine. Das war ...

Abg. Dennis Gladiator: Die Frage, inwieweit das, was wir an Taktiken hier erlebt haben, von Guerilla-Taktik, Finger-Taktik, Out-of-Control-, und ich könnte weitere nennen, aber Sie kennen die mit Sicherheit, wie weit das in Hamburg neu war, bei anderen Ereignissen in Erscheinung getreten ist. Da aus dem Erfahrungshintergrund eine Einschätzung.

Dinchen Franziska Büddfeld: Vielen Dank. Also Sie haben es gerade schon selbst angesprochen. Es gibt die unterschiedlichsten Taktiken wie im Rahmen dieser Proteste, dieser militanten Proteste vorgegangen wird. Alles, was Sie gerade erwähnt haben, war keine neue Erscheinung, die wir jetzt in Hamburg erstmalig gesehen haben. Also diese Vorgehensweisen kennen wir aus anderen Großereignissen. Denken Sie nur an die EZB in Frankfurt 2015 oder in Teilen auch – jetzt fällt mir gerade das Wort nicht ein – Mecklenburg-Vorpommern in ...

(Zuruf: Heiligendamm!)

Danke. In Heiligendamm. Auch dort haben wir es, Entschuldigung, gesehen. In Elmau haben wir es hingegen nicht gesehen, aber wenn Sie sich dort, oder zumindest sehr, sehr eingeschränkt nur gesehen, aber das ist sicherlich auch eben der Gegend geschuldet. Ich glaube, Hamburg mit Elmau zu vergleichen, wäre auch ziemlich an den Haaren herbeigezogen. Insofern, dort hat eben das ganze Ausmaß also einfach schlicht nicht stattfinden können. Und wir haben in unseren nachträglichen Bewertungen gesagt, also wir kannten das alles, das hatten wir alles schon einmal gesehen und auch nicht nur als BfV, sondern auch als Polizeien, die dann ja noch viel direkter dran sind.

Was für uns neu war – und das war so ein Wort, was sich jetzt bei uns auch ein bisschen geprägt hat –, ist, es ist die Dimension, die uns dann doch überrascht hat, die Dimension der Gewaltanwendung, der Straftaten oder eben auch diese unterschiedlichen Taktiken, die Sie gerade schon angesprochen haben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Lohmann bitte.

Wolfgang Lohmann: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren! Zur Aufgabenbeschreibung will ich vielleicht noch ergänzen, ich darf unterstreichen, das, was ich mache, bezieht sich nur auf die Bereitschaftspolizeien der Länder und die Beobachtung des Einsatzgeschehens der Bereitschaftspolizeien der Länder auch bei Sonderanlässen wie hier in Hamburg. Und was ich vorhin nicht erwähnt habe, ist eben auch die Begleitung der Kräftegestellung, also konkret, wenn Hamburg Kräfte anfordert, wie es hier ja auch geschehen ist, dann durchaus auch durch meine Kontakte zu den Bereitschaftspolizeien, die Hamburger Seite dahin gehend zu unterstützen, dass die Kräfte, die gefordert werden, auch zusammenkommen. Und wie gesagt, insgesamt, Sie haben ja gefragt, wie sich das räumlich auswirkt, es gibt für mich ohne Weisungskompetenz und ohne operative Verantwortung natürlich keine räumliche Kompetenz, sondern nur diese Sachaufgabe, wie ich sie beschrieben habe. Und in dem Zusammenhang war ich halt hier auch vor Ort in Hamburg bei den Bereitschaftspolizeien.

Und bezogen auf Ihre Frage zu den Taktiken, das hat Frau Büddefeld eben schon sehr schön gesagt, die einzelnen Formen der Taktik, also ich würde jetzt nicht von Guerilla sprechen, aber die gewalttätigen Ausschreitungen, die sind uns durchaus bekannt. Die Beispiele sind genannt. Ich könnte auch noch hinzufügen, wir haben ja Ähnliches, nicht in dieser Dimension, gehabt am 21. Dezember 2013 hier in Hamburg. Das habe ich auch miterleben dürfen. Und von daher nicht neu. Aber in der Art und Weise, wie hier die Störer vorgegangen sind, das war schon sehr überraschend und da muss ich sagen, ich habe viele Ereignisse und Einsätze beobachten können, in dieser Form, ohne das jetzt im Detail weiter ausmalen zu wollen, da muss ich schon sagen, das war schon überraschend und auch teilweise erschreckend.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, der Beantwortung der Frage 2 durch Frau Büddefeld und Herrn Lohmann kann ich mich anschließen. Da gibt es aus Sicht des BKA in meiner Zuständigkeit nichts hinzuzufügen. Vielleicht zu Ihrer Frage 1 noch einmal, die nationale Zusammenarbeit, wie haben wir gearbeitet, wie haben wir die Erkenntnisse gewonnen, ein paar Ausführungen. Die ISA hat auch als Zentralstelle ja im BKA im Januar letzten Jahres ihren Dienst, sage ich einmal, aufgenommen, weit im Vorfeld und haben natürlich zunächst uns mit allen anderen Sicherheitsbehörden abgestimmt, insbesondere mit Hamburg sehr eng, die ersten Besprechungen geführt und auch vor allen Dingen die Bedarfe, die in Hamburg bestehen, damals die Vorbereitungsgruppe, mit in unsere Erkenntnisanfragen, in unsere, sage ich einmal, Kommunikation mit den nationalen Behörden, und aber auch international, einzubringen. Wir haben frühzeitig sowohl die Bundesländer als auch die internationalen Staatsschutzdienststellen informiert, immer auch entsprechend Bedarf abgefragt, Informationsaustausch, aktive Erkenntnismittelung erbeten und haben so im Prinzip alle Informationen sowohl aus den Bundesländern als auch von unseren europäischen Partnerdienststellen erhalten und weitergesteuert.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Ja, vielen Dank. Zu Ihrer Frage 2 schließe ich mich auch den vorgenannten Ausführungen an. Zur Frage 1, die bundesgesetzlichen Zuständigkeiten der Bundespoli-

zei sind ja, wie Sie wissen, recht eng umrissen. In diesem Kontext war meine sozusagen mir selbst gestellte Aufgabe, mit meinen Maßnahmen zu einem störungsfreien Ablauf von Veranstaltungen und Versammlungen beizutragen. Das erfolgte in meiner BAO eben insbesondere durch den Schutz der Bahnanlagen der Eisenbahn des Bundes in Hamburg, des Flughafens in Hamburg. Wir haben dazu auch umfangreich technisches Gerät eingesetzt. Und mein Hauptaugenmerk lag dabei auf der Verhinderung von Störungen des Bahnbetriebs, aber auch der Luftsicherheit durch Fremdeinwirkung, und das insbesondere in Bezug auf die An- und Abreise von Schutzpersonen sowie Versammlungs- und Veranstaltungsteilnehmern und der den ÖPNV nutzenden Hamburgerinnen und Hamburger.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Russ.

Steffen Russ: Ja, vielen Dank. Hinsichtlich Frage 2 kann ich mich auch anschließen, nicht neu an sich, aber eine neue Dimension in ihrer Ausprägung. Was die Frage 1 angeht, auch dort noch einmal umrissen, wie gesagt, die Zuständigkeiten des BKA in diesem Zusammenhang G20, aber auch schon im Vorfeld, wir haben ja schon 2016 mit der Vorbereitung begonnen im Zusammenhang mit dem OSZE-Ministerrat und das ging dann über sozusagen in den G20-Vorsitz. In diesem Kontext sind wir immer zuständig nach dem BKA-Gesetz, wie gesagt, für den Personenschutz und den Innenschutz, das heißt konkret jetzt bezogen auf den G20 in Hamburg war das eben der Schutz für insgesamt 109 Schutzpersonen und die Veranstaltungs- und Unterbringungsörtlichkeiten. Und das muss man sich so vorstellen, dass im Grunde im Inneren der Gebäude jeweils das BKA zuständig ist und außerhalb der Gebäude, also bis an die Gebäudehaut heran, im Grundsatz das Land zuständig ist, jeweils in eigener Zuständigkeit und Verantwortung diese besonderen Aufbauorganisationen, wie wir sie nennen, fungieren. Natürlich dort, wo es Berührungspunkte gibt, sogenannte Schnittstellen, wie wir sie beschreiben, sind dann enge Absprachen mit dem Land und auch dort, wo erforderlich, mit der Bundespolizei angezeigt. Das ist die gesamte Zeit, kann ich nur sagen, in außerordentlich vertrauensvoller, kollegialer und guter Weise abgelaufen. Aber wie gesagt, der Zuständigkeitsbereich ist voneinander abgegrenzt rechtlich und das heißt, jeder trifft seine Maßnahmen in eigener Verantwortung innerhalb dieses Rahmens. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine Nachfrage von Herrn Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, Nachfrage an diejenigen, deren Behörden an der Stellung der Lagebilder mitgewirkt haben. Sie sagten, Phänomene nicht neu, die Dimensionen waren neu. Gab es da konkrete Erkenntnisse, vor denen Sie auch in Hamburg dann gewarnt haben?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Vielen Dank. Aus unserer Sicht ist es da ganz wichtig, zwei Dinge zu unterscheiden. Das eine ist, die Lagebilder und die Erkenntnisse, die wir in die Lagebilder einfließen lassen konnten, ist aus dem Bereich des Verfassungsschutzverbundes wie folgt zu sehen: Wir haben aufgrund des Erfahrungswissens, das wir haben, und der Lagen, die bereits in der Vergangenheit gesehen worden sind, wie zum Beispiel auch in Frankfurt, natürlich ein erhebliches Erfahrungswissen, wie sich gerade Linksextremisten und auch gewalttätige Linksextremisten verhalten können und mutmaßlich oder voraussichtlich auch verhalten werden. Dazu können wir dann fügen die Informationen, die wir aktuell erhalten können, sofern wir aktuelle Informationen überhaupt erhalten können. Im konkreten Kontext war das so, dass wir unsere Bewertung abgestimmt im VS-Verbund geteilt haben. Darin waren aber nicht enthalten ganz konkrete Informationen zu Zeit, Ort oder Personen, die irgendwelche Handlungen an eben bestimmten Orten zu bestimmten Zeiten durchführen wollen würden. Derartige Informationen hatten wir dazu nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wer kann von den anwesenden Auskunftspersonen noch etwas sagen?

Heike Pooth: Ja, ich kann da noch was sagen für die Informationssammelstelle. Ich kann mich aus polizeilicher Sicht quasi den Ausführungen ..., oder, ich kann Sie für mich übernehmen. Es gilt das Gleiche, wir hatten ebenfalls Erkenntnisse, die wir mitgeteilt haben, aber eben keine konkreten zu Personen, Zeit, Ort. Da gilt das Gleiche.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, das ist ja einer der zentralen Komplexe, glaube ich, die wir hier schon ein paarmal versucht haben, ein bisschen konkreter beschrieben zu bekommen, aber eben auch zu verstehen. Ich würde auch gern noch einmal bei dem Punkt der Unterstützung beziehungsweise der Zusammenarbeit der verschiedenen zuständigen Behörden auf Bundesebene und dann mit den jeweiligen Behörden auf Landesebene bleiben wollen. Ich möchte einmal drei konkrete Punkte benennen. Es hat zum Beispiel, also ein bisschen kann man ja schon aus den Akten heraus erkennen, es hat zum Beispiel im April 2017 einen Workshop gegeben mit Vertretern verschiedener Landesverfassungsschutzämter, dem MAD und dem Bundesamt für Verfassungsschutz. Dort scheint ein Szenariopapier – oder wie auch immer es heißt, das ist aus den Akten da nicht zu erkennen – entwickelt worden zu sein. Da würde ich gern wissen, welche konkreten ..., was denn der konkrete Inhalt dieser Szenarien gewesen ist, also was hat man dann da im Detail zusammengetragen und dann möglicherweise weiter bearbeitet.

Das Gleiche gilt für den Austausch mit dieser Police Working Group on Terrorism, mit dem sich das BKA üblicherweise austauscht, also das sind sozusagen Polizeibehörden aus dem europäischen Ausland. Was ist denn dort konkret in Bezug auf den G20-Gipfel in Hamburg an Informationen zusammengetragen worden und also wie sahen die inhaltlich aus?

Das Dritte bezieht sich auf die Dolphin, die Europol-Analysedatei dort. Aus einer Bundestagsanfrage eines Kollegen von den LINKEN ergibt sich, dass dort 25 Anfragen also von Europol beantwortet worden sind. Welche konkreten Ergebnisse haben sich aus diesen Antworten für die Vorbereitung oder für die Sicherung des G20-Gipfels ergeben?

Vorsitzender: Frage an Frau Pooth?

Heike Pooth: Ja, ich würde mich auf Ihren Punkt 2 und 3 beschränken, weil, der Punkt 1 bezieht sich ja rein auf den Verfassungsschutzverbund. Zu PWGT vielleicht zwei, drei Ausführungen, weil vielleicht nicht alle wissen, was das ist. PWGT, das wurde jetzt hier auch nicht ganz deutlich, Police Working Group on Terrorism, klang jetzt etwas so, als wäre es eine Plattform, so wie hier, wo sich alle treffen und dann austauschen. Das ist nicht der Fall, also PWGT ist ein informelles Netzwerk aller europäischen Staatsschutzdienststellen plus noch Länder, Norwegen, Island, Kroatien und der Schweiz. Das ist ein Netzwerk, was keine, ich sage einmal, Beschlussfunktion hat oder nicht koordiniert, sondern es ist rein eine Plattform, um Informationen auszutauschen, um alle EU-Mitgliedstaaten plus die vier, die ich genannt habe, in eine direkte Kommunikation zu bringen. Also es ist eine reine Kommunikationsplattform und eine Erreichbarkeit ist immer sichergestellt. In der Regel hat jedes Land einen Single Point of Contact, das ist die Staatsschutzdienststelle, bei uns das BKA, die Abteilung ST, ein bestimmtes Referat. Und dieses PWGT hat einen etablierten Kommunikationsweg auf verschiedene Arten und Weisen, zum Beispiel per Fax, und das ist kryptiert und funktioniert auch sogar bis VS, also bis zur Einstufung geheim. Deswegen ist es ein sehr guter Weg, um sich auf europäischer Ebene auszutauschen, Informationen zu steuern.

Deswegen, wenn Sie fragen, was ist dort konkret an Informationen zusammengetragen worden, kann ich sagen, dort zusammengetragen wurde nichts, weil es eben keine Plattform ist,

sondern wir haben diesen PWGT-Kanal genutzt, um halt unsere internationalen Partner erstens frühzeitig im Januar schon oder im März zu informieren, dass der Gipfel ist, um Erkenntnismittelungen zu bitten, um die Bedarfe der Hamburger Kollegen und auch der Bundespolizei mit dort einzubringen, um entsprechende Antworten von den jeweiligen Staaten zu erhalten. Und diese Antworten, die wir erhalten haben natürlich im Laufe der Zeit, haben wir jeweils weitergesteuert an die Hamburger Kollegen. Also das ist vielleicht die Art und Weise, wie dieser PWGT-Verbund funktioniert. Wenn das die Frage beantwortet, würde ich ... – Nein.

Vorsitzender: Frau Möller, dann direkt dazu und dann lassen wir Frau Büddefeld auf die andere Frage antworten ...

Abg. Antje Möller: Ja, also es geht mir schon darum, was war denn konkret der Impuls, den Sie nach Hamburg geben können. Also wir sind ja hier an einem Punkt, wo wir sicherlich im Laufe des Gesprächs hier miteinander noch zu kommen werden, dass es ja doch sehr unterschiedliche Einschätzungen zum Beispiel von der Zahl der zu erwartenden Gewalttäter aus den verschiedenen Ländern gab. Und ich würde gern sozusagen wissen, was ist denn konkret zum Beispiel in Bezug auf die Frage oder auf andere sicherheitsrelevante Fragen für den G20 dort, ich sage jetzt einmal, zusammengetragen worden. Sie haben das ja eben noch einmal gut erklärt, dass es eben nicht so eine Plattform ist, aber irgendwie ist ja ein Ergebnis dabei herausgekommen.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, also konkrete Dinge würden jetzt den Rahmen sprengen, wäre auch vielleicht für die Öffentlichkeit nicht der richtige Raum. Alle Informationen, die über diesen Weg gekommen sind, und das ist eine Vielzahl von Erkenntnissen, die natürlich aus den Ländern gekommen sind, ob das Mobilisierungen sind, Veranstaltungen im Ausland, das alles, was wir bekommen haben, ohne konkret werden zu können – es tut mir leid, in diesem Rahmen für mich nicht möglich –, haben wir weitergesteuert.

Vorsitzender: Dann Frau Büddefeld zu der ersten Frage von Frau Möller noch.

Dinchen Franziska Büddefeld: Wir haben im Kontext der Bearbeitung G20 selbstverständlich jede Menge Meetings und Besprechungen anberaumt. An diese konkrete kann ich mich jetzt gerade aktuell auch gar nicht erinnern. Die Ergebnisse solcher Besprechungen sind aber, und das muss ich auch leider in diesem Kreise sagen, VS-eingestuft und insofern auch hier heute nicht, von mir nicht zu thematisieren und von meiner Aussagegenehmigung auch nicht gedeckt.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ich hatte noch nach einem dritten Punkt gefragt, nach dieser Europol-Analysedatei Dolphin.

Vorsitzender: Frau ..., ja, Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, dazu kann ich natürlich auch was sagen. Wir haben unsere Erkenntnisfragen natürlich auch an Europol gestellt und haben dort ebenfalls natürlich Antworten erhalten, die wir weitergesteuert haben, aber auch hierzu bitte ich um Verständnis, dass ich jetzt keine konkreten Details dazu angeben kann.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gern drei Themenkomplexe ansprechen. Das eine geht noch einmal so ein bisschen in die Richtung des Kollegen Gladiator, nämlich die Frage, was war eigentlich das Lagebild, was Sie sozusagen im

Vorwege gehabt hatten. Es gibt ja, Sie haben gesagt, sozusagen vieles von dem war erwartbar aus Ihrem Erfahrungswissen, Frau Büddefeld, haben Sie das, glaube ich, genannt. Gleichzeitig wurde gesagt von Ihnen, dass Sie gesagt haben, das ist eine Dimension von Straftaten gewesen. Herr Lohmann hat gesagt, die Art und Weise des Vorgehens war überraschend. Und ich würde da gern noch einmal das ein bisschen konkreter haben wollen, weil, so wie ich das bisher verstanden habe, war das ja so, dass sozusagen es so ein bisschen so eine Art angenommenen Aktionskonsens durch die Linken in der Polizei gab, der sinngemäß lautete, Auseinandersetzungen mit Einsatzkräften, Straftaten an Reizobjekten, Orientierung an politischer Vermittelbarkeit der Taten. Wenn man jetzt einmal so guckt, was waren jetzt die Ereignisse, dann sieht man ja, fällt einem ja immer besonders schnell Altona – sinnlose Zerstörung, Abbrennung von Autos – und die Schanze – Plünderung von Supermärkten – ins Auge. Da ist jetzt die Frage, um das einmal konkret zu machen: Das ist die neue Dimension, die Sie so auch in Ihren Lagebildern nicht vorhergesehen haben oder war das anders? Das würde ich gern einmal konkret von Ihnen, Herr Lohmann und Frau Büddefeld, erfahren.

Das zweite Thema ist die Frage Mobilisierung im Ausland. Da ist die Frage, welche Hamburger Gruppierungen haben aus Ihren Erkenntnissen heraus außerhalb von Deutschland konkret im Vorfeld zu gewalttätigen G20-Aktionen mobilisiert. Und eben auch die Frage, haben Sie Erkenntnisse, dass Hamburger Gruppierungen diesen vermuteten Aktionskonsens ..., also dafür geworben haben, den zu verlassen.

Und die dritte Frage dann konkret, auf die Frage, gibt es Aktivisten des Hamburger G20-Protestes, die zu Mobilisierungsstraftaten ..., oder bei denen Mobilisierungsstraftaten im europäischen Ausland bekannt geworden sind. Das ist sozusagen der zweite Themenkomplex.

Und die dritte Frage wird sich noch einmal so ein bisschen auf die Frage vielleicht bei der Kollegin Schneider anschließen und auch von Frau Müller, ist ein bisschen die Frage, gab es konkret aus Ihrer Sicht einen Datenaustausch mit türkischen Sicherheitsbehörden.

Vorsitzender: Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Ja, zu Ihrer Frage, die Sie an mich gerichtet haben, inwieweit eine überraschende Entwicklung von bestimmten Situationen oder Dimensionen, eine andere Dimension ... Lassen Sie mich dazu Folgendes sagen, es ist natürlich vorher überlegt worden, was denn so passieren könnte, und in dem Zusammenhang hat man natürlich auch damit gerechnet, dass es am Rande von Demonstrationen, von Versammlungen gewalttätige Ausschreitungen gibt, dass es mit Blick auf den Veranstaltungsort Ausschreitungen gibt. Und Sie haben es selbst angesprochen, was überraschend war, war diese blindwütige Gewalt vollkommen abseits. Insoweit ist das etwas Neues gewesen. Das ist ein Punkt. Ein zweiter Punkt ist der, dass eben es sehr gesteuert schon immer lief, aber hier nach meiner Einschätzung – und ich will bewusst dazusagen, ich habe natürlich nicht den gesamten Überblick gehabt – in besonderer Form organisiert war. Ich denke zum Beispiel daran, wie sich Personen aus einem bestimmten Umfeld blitzartig umgezogen haben, also den sogenannten Kleiderwechsel. Diesen Kleiderwechsel kennen wir bei Demonstrationen durchaus, dass das geschieht, um sich wieder zu entfernen oder sich dann plötzlich wieder schwarz zu kleiden. Und was ich beobachten konnte, war, dass das in einer Geschwindigkeit geschah, was dann natürlich auch die Polizei durchaus bei dem Schutz von Veranstaltungen und Versammlungen auch in Schwierigkeiten bringt, wenn ich plötzlich jemanden vor mir habe, den ich überhaupt nicht zuordnen kann. Also, nur um das an diesem Beispiel deutlich zu machen, das sind durchaus Veränderungen gewesen, wie sie in dieser Art und Weise und Geschwindigkeit durchaus bekannt waren, dass es so was gibt, aber nicht, wie es hier abgelaufen ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann war die Frage noch an Frau Büddefeld.

(Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja.)

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, vielen Dank. Also zunächst einmal, was meinen wir mit neuer oder anderer Dimension. Das ist gerade schon von Herrn Lohmann sehr zutreffend beschrieben worden. Also Art und Ausmaß der Militanz, die wir auf den Straßen gesehen haben, war schon erschreckend, ja, heftig. Wir haben im Einzelnen auch so Videos uns noch einmal genauer angeguckt, die da während der Demonstrationen gemacht worden sind, und da sieht man, wie halt Steine nicht nur ausgegraben und aufgenommen werden, sondern wie tatsächlich größere Betonteile, so in der Größe von, weiß ich nicht, circa 60 mal 30 Zentimeter, die zum Tragen und zum Werfen einfach zu schwer waren, vor dem Werfen noch einmal geteilt werden. Es stellt sich also einer aus der Demonstration hin, sucht sich einen größeren Gegenstand, teilt den, um den dann zu werfen und wirft dann auch gezielt auf Polizeibeamte. Das sind Dinge, die haben wir sicherlich auch alle früher schon einmal gesehen, Steinwerfen ist auch nicht ganz neu, aber es war eine enorme Aggressivität auch in diesen ganzen Bränden, die wir gesehen haben auf den Straßen, die Plünderungen, die wir jetzt auch gar nicht mehr so genau unbedingt linksextremistischer Klientel zuordnen würden, sondern da kann man auch schon fast von Gewalttaten ausgehen, die gar nicht mit der politischen Motivation zu tun haben. Es war wirklich eine neue Dimension in Quantität und in Qualität und vor allen Dingen in Quantität. Das Wort blindwütige Gewalt ist in dem Kontext jetzt gerade auch gefallen, also das würde ich gern übernehmen, das ist auch eine Bewertung, die ich teilen würde. Insofern, es war, ja, ich kann das nur noch einmal wiederholen, es war einfach eine neue Dimension dessen, was wir schon kannten.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Frau Büddefeld. Ich würde gern noch an einer Stelle nachfragen, weil Sie das eben so erwähnt haben, nämlich die Tatsache, dass Sie als Verfassungsschutz die Plünderungen jetzt gar nicht mehr so, hatten sie gesagt, linksextremistischen Gewalttätern zuordnen, wenn ich Sie jetzt richtig wiedergebe eben. Können Sie vielleicht das an dieser Stelle, weil Sie das eben erwähnt haben, noch einmal so ein bisschen konkretisieren, wer aus Ihrer Sicht dafür verantwortlich war, wenn Sie das nicht so zuordnen würden? Weil Sie das gerade eben erwähnt haben, wäre jetzt die Nachfrage, glaube ich, angebracht.

Vorsitzender: Bitte.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also ich kann das keinen konkreten Personen zuordnen. Nur, ich meine, es ist offenkundig, dass ..., oder zumindest ... Nein, offenkundig möchte ich jetzt in dem Kontext streichen. Politisch motivierte Gewalt, die dann darin eskaliert, dass ich unterschiedliche Läden plündere und ganz gezielt Dinge rausschleppe oder auch tatsächlich fremdes Eigentum anzünde, hat nur noch sehr begrenzt, um nicht zu sagen, gar nichts mehr mit dem Durchsetzen von politischen Interessen zu tun. Und insofern liegt auch die Annahme nahe, dass nicht nur linksextremistische Gewalttäter unterwegs waren, sondern auch Gewalttäter, die eben diese Motivation nicht in sich trugen. Genau auseinanderdifferenzieren kann ich das an dieser Stelle nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Friederichs.

(Abg. Dr. Anjes Tjarks: Herr Vorsitzender ...)

Vorsitzender: Ja. Ach so.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Verzeihung. Das war jetzt die Nachfrage, aber ich hatte noch die Fragen zu den Hamburger Gruppierungen, die im Ausland geworben haben, gefragt zu dem türkischen Geheimdienst, ...

Vorsitzender: Ach so, ja, natürlich.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: ... dass die noch vielleicht abgearbeitet werden.

Vorsitzender: Ja, natürlich. Frau Büddefeld bitte.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also Hamburger, ja, Personen, die im Ausland geworben haben, dazu kann ich überhaupt gar nichts sagen. Und türkische Sicherheitsbehörden, ob wir da einen Datenaustausch geführt haben, fällt ebenfalls unter eine VS-Einstufung und passt jetzt hier auch nicht hin.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ist es denn in Bezug auf die Frage ... Also ich meine, deswegen ist es nicht nur an Frau Büddefeld, jetzt die Frage, gerichtet, sondern ehrlicherweise an alle Auskunftspersonen, nämlich die Frage, die ist ja schon nicht ganz irrelevant auch für die Bewertung der Lage, eben, inwieweit Hamburger Gruppierungen oder Hamburger also im Ausland geworben haben, auch diesen Aktionsk..., überhaupt geworben haben, aber auch den Aktionskonsens zu verlassen und gleichzeitig aber eben auch die Frage, gibt es ..., sind Aktivisten mit Mobilisierungsstraftaten im Rahmen des G20-Prozesses belegt worden, die aus Hamburg kommen. Das ist ja eine Frage, die richtet sich an alle Auskunftspersonen und da Sie die Bundessicherheitsbehörden sind, dachte ich, kriegen wir vielleicht eine Auskunft zu dem Thema.

Vorsitzender: Frau Schneider, zwei Finger nach oben bedeutet einen Geschäftsordnungsantrag. ...

(Abg. Christiane Schneider: Geschäftsordnungsantrag.)

... Ja.

Abg. Christiane Schneider: Dann stelle ich den Antrag, dass die Öffentlichkeit zur Beantwortung dieser Fragen ausgeschlossen wird, weil, wir haben ja Zugang zu VS-Dokumenten. Das können wir von mir aus am Schluss dieses Tagesordnungspunkts gesammelt machen, aber ich finde, wir sollten uns nicht damit abspeisen lassen, dass da jetzt keiner ..., dass das, weil das VS ist, keine Auskunft gegeben werden kann. Das betrifft tatsächlich die Öffentlichkeit, aber nicht uns.

Vorsitzender: Dann beraten wir jetzt erst einmal zu Ende und rufen das dann am Ende der Beratungen an der Stelle noch einmal auf, Frau Schneider. Ob wir das dann machen, müssen wir dann beschließen, genau. Wir beschließen es noch nicht jetzt, sondern wir setzen die Beratungen jetzt erst einmal fort und entscheiden dann am Ende der Sitzung wie von Frau Schneider angeregt. Frau Friederichs dann aber bitte.

Abg. Martina Friederichs: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich wollte mich auch noch einmal mit dem Thema Dimension der Gewalt beschäftigen. Es ist ein Thema, mit dem wir uns die letzten Sitzungen auch immer wieder beschäftigt haben und auch mit der Nichtvermittelbarkeit, auch in der Szene selbst. Ich würde gern um ein paar Ausführungen dazu noch einmal bitten, was insbesondere auch die Attacken gegen völlig Unbeteiligte angeht und dass hier eben nicht nur auf Reizobjekte gegangen wurde, sondern ganz unerwartete Dinge angegriffen oder Menschen angegriffen wurden.

Und zum Zweiten würde ich gern noch einmal wissen, ob sogar mit einem Einsatz des SEKs aus Ihrer Sicht zu rechnen war oder ob Sie so was für möglich gehalten haben.

Vorsitzender: Ja. Wer kann das beantworten?

(Zuruf: Herr Tjarks.)

– Herr Tjarks kann das nicht ... Herr Tjarks kann das bestimmt auch beantworten. Ja, die Frage hat die Abgeordnete an Frau Büddefeld, also an den Verfassungsschutz und an das BKA gerichtet. Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also ich bitte gerade um Entschuldigung, ich habe wirklich jetzt nicht konzentriert zugehört. Dürfte ich noch einmal um die Frage bitten?

Vorsitzender: Frau Friederichs, wiederholen Sie noch einmal die Frage bitte.

Abg. Martina Friederichs: Ich versuche, es noch einmal zusammenzufassen. Es ging mir noch einmal um die weitere Konkretisierung der Dimension der Gewalt, von der Sie ja auch schon gesprochen haben, und auch von der Nichtvermittelbarkeit dieser Gewalt, insbesondere um Ihre Bewertung der Attacken auf völlig Unbeteiligte, nicht nur auf Reizobjekte, und wie Sie den SEK-Einsatz in der Schanze bewerten, ob Sie damit gerechnet haben oder ob das eine völlig neue Dimension auch einer Begegnung von unfassbarer Gewalt ist.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, vielen Dank, dieses Mal konnte ich Sie gut aufnehmen. Also zur Dimension kann ich eigentlich nicht mehr Ausführungen machen, als ich das gerade getan habe. Das muss leider so stehenbleiben. Die Nichtvermittelbarkeit von Gewalt, das ist ein Wort, das ich nicht in den Mund genommen habe, sondern das jetzt gerade von Ihnen kam. Also die Gewalt haben wir ja alle auf den Straßen gesehen und sie richtete sich erkennbar ja nicht nur gegen irgendwelche Subjekte oder Objekte, die normalerweise im Interesse stehen, sondern Sie erinnern sich sicherlich alle an den abgefackelten Kleinwagen einer völlig unbeteiligten Bürgerin, also das kann ja auch nicht im Sinne des Erfinders sein, gegen Unbeteiligte mithin, auch dort würde ich dasselbe Beispiel gern anführen, und das war sicherlich nicht das einzige.

Und der SEK-Einsatz, den Sie jetzt gerade noch angesprochen haben, ist wirklich ganz und gar nicht in meinem Zuständigkeitsbereich und nicht mein Thema. Dazu möchte ich mich überhaupt nicht äußern.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, ich würde auch zu dem SEK-Einsatz keine Angaben machen können, weil, das ist nicht die Zuständigkeit des BKA und auch natürlich nicht der Informationssammelstelle.

Vorsitzender: Herr Warnholz bitte.

(Abg. Martina Friederichs: Ich habe eine Nachfrage.)

Ach so, eine Nachfrage. Frau Friederichs bitte.

Abg. Martina Friederichs: Ja. Es ging ... Das ist mir natürlich völlig klar, dass Sie dazu inhaltlich nicht viel sagen können, es geht mir darum, um noch einmal zu schauen, ob die Vorhersehbarkeit einfach da war aus Ihrer Einschätzung.

Vorsitzender: Frau Pooth.

(Herr Wolfgang Lohmann: Soll ich was sagen? – Frau Heike Pooth: Ja.)

Wolfgang Lohmann: Ich würde mir erlauben das ...

Vorsitzender: Ja, bitte.

Wolfgang Lohmann: ..., einmal eine Antwort zu versuchen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir ja hier aus unterschiedlichen Blickwinkeln dargestellt haben, dass diese Dimension nicht zu erwarten war, muss ich auch sagen, wenn man sich bisherige Einsatzze-

narien in unserer Bundesrepublik anschaut, dann kann man auch sagen, dass also so ein Einsatz auch für mich etwas Neues war und so nicht zu erwarten war. Und da gibt es einfach einen Zusammenhang. Wenn es eine solche ausufernde Gewalt gibt, die nicht vorhergesehen werden konnte, dann kann ich auch nicht ein solches Einsatzszenario vorhersehen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ja, Herr Vorsitzender, danke. Ich habe einige Fragen an alle geladenen Auskunftspersonen. Sie haben sich im Vorfeld sicherlich alle mit dem linken Netzwerk bis hin zum Schwarzen Block beschäftigt, und wie wir wissen, bilden die Linksextremisten bei Demos oft den gefürchteten Schwarzen Block. Die Chaoten tragen meistens schwarze Kleidung, um das Gemeinschaftsgefühl zu festigen, ja, sogar, Stärke zu zeigen, und um die Identifizierung zu erschweren. Beim G20 sind sogar linke Politiker aus der Hamburger Bürgerschaft hier mitmarschiert, die waren leicht zu erkennen.

(Abg. Christiane Schneider: Jetzt erzählen Sie aber Märchen!)

– Verehrte Frau Schneider, lesen Sie "Focus", Ausgabe 29/2017, dann wissen Sie, wo Sie hingehören.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

So, jetzt meine ...

(Abg. Christiane Schneider: Das ist der erste Schritt in (?) (...)Der „Focus“ war dabei.)

– Sie sind überall dabei. Herr Vorsitzender, darf ich fragen?

Vorsitzender: Sie haben das Wort, Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Danke. Meine Fragen: Welche linken Netzwerke, vom Parlament – Linke – bis hin zum Schwarzen Block sind Ihnen bekannt, speziell beim G20? Welche radikalen Gruppen oder Gruppierungen kennen Sie namentlich? Vielleicht können Sie die einmal aufzählen, sonst helfe ich hier nach. Und welche Mitgliederzahlen können Sie hier für Deutschland im Einzelnen nennen und wie werden die beobachtet und von wem speziell? – Danke.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich habe alle angesprochen.)

Dinchen Franziska Büddefeld: Ich habe die Frage wohl vernommen, ich überlege gerade, in welchem Ausmaß ich da überhaupt eine Antwort zu geben kann.

Vorsitzender: Alles unterhalb einer Dissertation ist willkommen.

Dinchen Franziska Büddefeld: Alles unterhalb einer Dissertation. Okay, da habe ich ja Spielraum.

Vorsitzender: Nein, versuchen Sie es vielleicht, wenn es zu umfangreich wird, dann versuchen Sie es doch erst einmal kurz und Herr Warnholz kann ja noch nachfragen, wenn aus Ihrer kurzen Antwort sich Fragen ergeben.

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich kann ja auch kurz den "Focus" vorlesen.)

(Zuruf: Nein!)

Dinchen Franziska Büddefeld: – Bitte?

Vorsitzender: Herr Warnholz, was meinen Sie? Frau Büddefeld, versuchen Sie einmal zu beantworten.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also soweit ich das verstanden habe, geht es darum, was wir oder welche Organisationen oder welche Netzwerke wir kennen oder wie wir sie beobachten, wie wir sie bearbeiten. Also wir kennen insbesondere zwei Netzwerke, die sich damit beschäftigt haben, auch im Kontext von G20, bestimmte Dinge zu organisieren, sprich, den Protest zu organisieren und auch nach Möglichkeit eine Choreografie aufzulegen. Da ist in vorderster Linie die Interventionistische Linke zu nennen.

Daneben gibt es jede Menge von Organisationen, die sich in diesem Netzwerk und in einem weiteren zusammengeschlossen haben, die ich jetzt allerdings nicht dabei habe, auch nicht aufzählen kann und das würde auch garantiert nicht vollständig sein. Insofern, glaube ich, haben Sie im Moment, da Sie ja angeboten haben, mich da zu unterstützen, sicherlich ein bisschen Herrschaftswissen. Auf jeden Fall gibt es da jede Menge kleiner und Kleinstorganisationen, die wir dazurechnen.

Was die Beobachtung angeht, so sind wir da wieder an den Grenzen meiner Aussagegenehmigung, weil ich über das, wie ich etwas tue oder wie das BfV etwas tut, hier keine Auskunft geben darf.

Vorsitzender: Herr Lohmann.

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Eine Nachfrage.)

– Ja, Herr Warnholz?

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Wenn Sie das nicht können, gestatten Sie dann, Herr Vorsitzender, dass ich diese einzelnen Organisationen, das sind neun im Wesentlichen hier vom "Focus" zitiert, dass ich die dann zur Kenntnis gebe? Ich glaube, das ist kein Geheimnis.

Vorsitzender: Wollen Sie das dem Ausschuss zur Kenntnis geben oder kurz vorlesen? Dann kann das ...

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich kann das auch kurz vorlesen!)

... die Öffentlichkeit auch und dann sparen wir vielleicht auch, dass die Auskunftspersonen jeder die Organisationen noch einmal nennt. Ja, bitte, Herr Warnholz, lesen Sie es einmal vor.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Das ist einmal DIE LINKE, die Links-Partei in Deutschland, mit etwa 58 910 Personen oder Mitgliedern.

(Zurufe)

Das ist die GRÜNE JUGEND. Ja, die GRÜNE JUGEND, Mitglieder etwa ...

(Zurufe)

– Ja, das ist eine ernste Angelegenheit, da kann man nicht drüber lachen, da muss man sich mit beschäftigen, deswegen sind wir hier. Und das ist traurig genug, wenn hier keine Auskunft gegeben werden kann. Die GRÜNE JUGEND, 8 500. Man höre, die Jusos, ...

(Zurufe)

... SPD-Nachwuchsorganisation, 70 000. Es nennt sich die Antifa, kennen Sie auch, Antifaschistische Gruppierung oder Aktion, Frau Schneider, haben wir schon öfter in der Bürgerschaft gehabt, oder die Kommunistische Plattform der Partei, nennt sich DIE LINKE, Mitglieder: 1 200, oder die AKL, Mitglieder: 840, oder Cuba Si, Mitglieder: 536, die Sozialistische Linke, 826, oder die Rote Hilfe e. V. aus Göttingen mit einigen Tausend. Nachzulesen im "Focus", Ausgabe ..., noch einmal für alle, und dann bin ich auch ruhig, Seite 23 und 24, Ausgabe 29/2077. Ich verbessere mich, 2017, Entschuldigung, 2017. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja. Herr Warnholz, ist jetzt noch gewünscht, dass die Auskunftspersonen noch beantworten oder hat sich das jetzt dadurch erledigt?

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Nein.

Vorsitzender: Hat sich erledigt, habe ich auch so wahrgenommen. Herr Jarchow bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Herr Vorsitzender, ich bin überrascht, schon dranzukommen. Sie hatten zur Kenntnis genommen, dass ich mich schon für die nächste Sitzung auf die Rednerliste gesetzt hatte, damit ich rechtzeitig drankomme?

Meine Frage an die Bundesbehörden: Ich habe jetzt, das beschäftigt mich nach wie vor, ein paar Mal den Begriff neue Dimensionen gehört. Uns erstaunt das etwas, denn den Akten konnten wir entnehmen, dass beim Einsatzabschnitt Aufklärung bereits im März 2016 thematisiert wurde, dass sich angesichts hermetisch abriegelter Veranstaltungsorte die Ausschreitungen in weniger gesicherte Stadtgebiete verlagern könnten. Bereits hier wurde auch dargestellt, dass genau dieses Phänomen auch bei der EZB-Eröffnung in Frankfurt zu beobachten war. Der Hessische Innenminister, Herr Beuth, hat gegenüber der FDP-Fraktion im hessischen Landtag schriftlich bestätigt, dass man Hamburg wegen dieser und anderer beim G20-Gipfel aufgetretenen Phänomene explizit vorgewarnt hatte. Wurden Ihnen diese Informationen vorenthalten oder wie verhält es sich damit? Das wäre meine erste Frage.

Die zweite Frage bezieht sich an Herrn Przybyla von der Bundespolizei. Mich würde interessieren, welche Absprachen es gegeben hat zwischen der Bundespolizei und der Polizei Hamburg hinsichtlich des Eingreifens von Bundespolizeikräften für den Fall von gravierenden Vorfällen, zum Beispiel, wie wir sie ja hatten in der Bergstraße in Altona. Wurden diese Absprachen getroffen, wurden sie umgesetzt? Oder gab es lagebedingte Anpassungen? – Vielen Dank!

Vorsitzender: Zur ersten Frage fangen wir mit Frau Büddefeld an?

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, vielen Dank für die Frage. Also bei mir ist gerade hängengeblieben, ob irgendwelche Informationen irgendwo vorenthalten worden sind. Sie haben aus einem mir jetzt nicht bekannten Papier offensichtlich zitiert. Ich finde es ganz wichtig, an dieser Stelle noch einmal herauszuarbeiten, dass man von zwei unterschiedlichen Situationen einfach ausgehen muss. Das eine ist die Situation im Wissen um ein stattfindendes Ereignis. Die Dinge, die man erlebt hat, das Wissen, das man hat, zusammenzuführen und daraus Ableitungen zu treffen, also Prognosen zu treffen, was könnte von diesen Dingen jetzt auch für das nächste Ereignis zutreffen. Das heißt aber lange nicht, dass alles das, was man dort prognostiziert, auch genauso kommt oder vielleicht auch ganz anders kommt.

Davon ganz deutlich zu trennen ist das, was kurz vor der Lage oder während der eigentlichen Lage an aktuellen Informationen reinkommt, die dann zu bewerten sind und die dann halt eben auch in die Lage eingepasst werden müssen. Insofern, Informationen vorenthalten worden sind zumindest oder sind sicherlich nicht, sicherlich nicht aus dem VS in Richtung der Polizeibehörden und umgekehrt auch nicht. Es geht aber wirklich darum, es jedes Mal in das eigene Lagebild einzufügen, in die eigene Bewertung einzufügen. Und je dichter das Ereignis ist oder das Ereignis vielleicht schon stattfindet, umso wichtiger ist es, da mit aktuellen Informationen umzugehen.

Die Prognosen, die wir seit 2016 ja gefertigt haben, konnten immer nur das bewerten, was wir tatsächlich als Informationssituation hatten. Also bitte trennen, Prognosen aufbauend auf dem Erfahrungswissen, dem Wissensschatz, den der VS hat, und die Analysekompetenz, die er hat, und da bitt..., also zweiter Topf, davon zu trennen, ganz aktuelle Informationen, auf die man tatsächlich dann auch während der Lage reagieren muss.

Vorsitzender: Herr Lohmann. – Dazu schon eine Nachfrage, Herr Jarchow? – Ja, bitte, dann machen Sie das einmal.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank. Ja, zu dem, was Sie gesagt haben, eine Nachfrage. Aber es gehört doch dazu, dass man sich auf eine Lage vorbereitet und Informationen sammelt, was zu erwarten ist. Und dabei lässt man sich doch sicherlich auch von ähnlichen Ereignissen, die es gab, zum Beispiel Frankfurt, vorher leiten. Und insofern war ja meine Frage eigentlich, wie weit man sich aufgrund dieses Wissens und dieser Annahmen ... Man hat auch angenommen, es kämen 8 500 Schwarze-Block-Mitglieder, das waren ja nachher sehr viel weniger, die Hälfte nur. Insofern meine Frage, wie weit hat man sich denn da ausgetauscht vorher aufgrund dieser Erfahrungswerte, die man hat. Denn die hätte man ja relativ gut umsetzen können, denn das, was bei uns passiert ist, war ja nicht so anders als bei den anderen Ereignissen.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also die Frage kann ich tatsächlich sehr leicht beantworten. Wir haben unsere Informationen vollständig geteilt und ausgetauscht.

Steffen Russ: Wenn ich dann noch kurz das ergänzen darf aus meinem auch Zuständigkeitsbereich und das nur unterstreichen kann, also es ist nun einmal ein Unterschied zwischen sozusagen einer allgemeinen Lageerkenntnis und einer erwartbaren oder dem Erwartungsgrad einer Prognose, auf das, was passieren kann, und der Frage, was passiert konkret durch wen in welcher Zahl wann und wo. Das sind zwei komplett unterschiedliche Dinge. Natürlich fließen allgemeine Lageerkenntnisse und prognostische Dinge in Lagebilder ein, auch in personenbezogene Lagebilder, die dann wiederum Grundlage für unsere Maßnahmen sind. Das heißt aber noch lange nicht, dass Sie die Konkretheit der Kenntnisse haben, die Ihnen erlauben zu sagen, an dieser Stelle wird dieser Schwarze Block in der Zusammensetzung das Szenario verwirklichen. So weit sind wir leider nicht. Das hätten wir häufig sehr gern, aber das ist klar zu unterscheiden, auch jetzt sozusagen in der Reaktionsfähigkeit dessen, was wir haben. Und das gilt auch für meinen Zuständigkeitsbereich.

Vorsitzender: Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich kenne jetzt nicht den eben angesprochenen Lagebericht. Ich kann nur sagen, wenn EZB-Ereignisse hier angesprochen werden, dann glaube ich schon aus meiner Erfahrung heraus da einen gewissen Unterschied zu sehen, weil, in Frankfurt bei den Ausschreitungen anlässlich der EZB-Eröffnung, das war schon im näheren Umfeld des eigentlichen Einsatzgeschehens, es war nicht vollkommen abseits. Und ich glaube, das ist der entscheidende Unterschied. Details kann ich Ihnen dazu leider nicht sagen – weil ich sie nicht kenne.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, für meinen Part kann ich nur noch einmal wiederholen, dass keine konkreten Erkenntnisse über Personen, Ort, Zeit vorlagen.

Vorsitzender: Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Ja, ich bin dann ja glaube ich dran zur Frage 2. Die Vorbereitungen meiner besonderen Aufbauorganisation haben wir ja auch bereits im Juni 2016, und zwar hier in Hamburg, begonnen. Einem glücklichen Umstand geschuldet, waren wir in der Lage, unseren Vorbereitungsstab ganz in der Nähe des Polizeipräsidiums hier in Hamburg einzurichten. Das hat es uns ermöglicht, kontinuierlich zu allen relevanten Fragen Abstimmungen durchzuführen. Wir haben uns gegenseitig bei allen auch größeren Einsatzbesprechungen jeweils auf den Stand der Vorbereitungen gebracht, sodass man sagen kann, die Einsatzvorberei-

tungen sind schon sehr eng abgestimmt abgelaufen. Jedenfalls mein oberstes Ziel war es, oder eines meiner oberen Ziele war es auch, entstehende Gewalttätigkeiten möglichst im Keim zu unterbinden, sich nicht ausweiten zu lassen. Und in diesem Lichte haben der Polizeiführer der Polizei Hamburg und ich uns zu einem sehr frühen Zeitpunkt abgestimmt, dass natürlich jeder auf der Grundlage seiner Zuständigkeiten agiert, aber keinesfalls an irgendeiner Stelle Polizeikräfte entstehende Gewalttätigkeiten zulassen und etwa vor dem Hintergrund von Zuständigkeitsüberlegungen nicht einschreiten. Das war Konsens zwischen den BAO.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Russ hatte schon geantwortet, insofern ist dann Frau Özdemir dran.

Abg. Cansu Özdemir: Ja, also es macht jetzt keinen Sinn, die Frage zu stellen, sie bezieht sich auch noch einmal auf den türkischen Geheimdienst, von daher würde ich sie dann später stellen, wenn die Möglichkeit besteht.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich würde gern den Bereich der Dimension noch einmal vertiefen und etwas konkreter fassen, weil, dass es nicht um Ort und Zeit gehen kann, ist selbstverständlich, das ist dann ja auch im weiteren Verlauf auch konkretisiert worden, auch hier in Hamburg vor Ort. Es gab ja viele Erkenntnisse, die auch erfolgreich – zum Glück – gewonnen wurden. Was die Dimensionen betrifft, ist jetzt mehrfach das Wort gefallen, ja, die Taktiken waren bekannt, wir haben sie auch erlebt, aber gerade und vor allem die Quantität und auch die räumliche Nähe ist ab und zu gefallen. Nun hat man, da wir ja nicht alle Unterlagen zugänglich haben, sich auf Zeitungswissen berufen, die ja anscheinend oft besser informiert sind, ist ja gerade vor dem Hintergrund des G20-Gipfels, und das war vorhin mit dieser Out-of-Control-Taktik, die ja bewusst angelegt war, wir wollen die Polizei müde spielen, wir wollen sie an möglichst vielen Stellen in der Stadt konfrontieren, sie auseinanderziehen, war das ja schon eins, was im Vorfeld sehr intensiv berichtet wurde. Ich weiß nicht, wahrscheinlich ist hier alle noch vor Augen bekannt, es gab diese schöne – also schön jetzt wirklich in Hochkomma, ironisch gemeint –, diese Karte auf "Linksunten", wo verschiedene Orte, Örtlichkeiten in Hamburg abgebildet waren, was ja nicht nur die Reizobjekte waren wie Messe, Elbphilharmonie oder anderes, sondern denken Sie, Altona, Blankenese waren eingezeichnet. So, dann würde mich schon interessieren, wie weit, auch wenn Sie sagen, die Dimension oder Quantität hat sie überrascht, ist aus den Lageerkennnissen, die Sie als Bund dann aber auch gleichermaßen mit dem Land geteilt haben, es schon Hinweise gab, dass es sich nicht nur auf den Gipfel und die konkreten Örtlichkeiten beschränkt, sondern genau diese von Ihnen ja vorhin bestätigte Out-of-Control-Taktik als Beispiel, aber auch das Dezentrale in der gesamten Stadt schon konkret als Methodetaktik bekannt war und es darauf Hinweise gab, weil, das, was Sie so bisher sagen, deckt sich nicht mit dem, was berichtet wurde, wovon die Behörden gewarnt haben. Vielleicht können Sie das konkretisieren, ohne in VS-Bereiche einzugreifen. Und wenn Sie mir das nur erlauben, weil vorhin gesagt wurde, bei Plünderungen, das sei nun nicht mehr Durchsetzung politischer Interessen, ich möchte es nur einfach anfügen, auch das Werfen mit Steinen und Angreifen von Polizisten hat mit politischen Interessenvertretungen überhaupt nichts zu tun. Das ist schlicht stumpfe Gewalt, wollte ich einfach nur noch einmal aus unserer Sicht so betonen.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also das Wort Dimension treibt jetzt alle um. Also für uns war das im VS nach – wohlgemerkt nach dem Gipfel – ein Wort, was uns als richtig erschien, um zu beschreiben, was wir gesehen haben, weil, und das hatten Sie mich ja auch vorhin schon gefragt, alles, was an Tathergängen da war, war ja nicht neu. Also, und Sie haben es

gerade auch noch einmal gesagt, die typischen Straftaten, die im Kontext einer solchen Aktion geschehen, haben wir wirklich alle gesehen. In Hamburg haben wir sie nur so vermehrt gesehen und wir haben sie vor allen Dingen dann über das Stadtgebiet verteilt gesehen und zu unserer Überraschung haben wir sie auch im Schanzenviertel selbst gesehen. Das sind so die Dinge, die für uns dieses Wort mit prägen. Und, wie gesagt, Dimension ist nicht vor dem Gipfel entstanden, sondern Dimension ist nach dem Gipfel, in der Phase der ersten Bewertung dessen, was wir gesehen haben, als Wort bei uns halt geprägt worden.

Und da geht es tatsächlich um die Quantität und um die Qualität und, wir hatten es vorhin auch schon, um die Blindwütigkeit und wirklich um diese Rauheit auch der Gewalttaten, die dort geschehen sind.

Was Sie jetzt ansprechen, ob wir das vorher schon gesehen haben, dass auch ganz dezentral in der Stadt irgendwelche Gewalttaten verübt werden können oder Straßenmilitanz aufkommt, auch da muss ich sagen, aus den vorhergegangenen Ereignissen, die wir im Zuge der Bewertung ausgewertet haben, und da möchte ich noch einmal auf Frankfurt zurückkommen, da war auch für uns überraschend, dass man am frühen Morgen direkt auf die Straßen gelangt ist und dort in die diese Gewalttätigkeiten halt eingetreten ist. Wir können es auch andersherum formulieren, man kann es nicht ausschließen, dass sich solche Gewalttaten dann auch weg von dem eigentlichen Ereignisort rein in irgendwelche weiteren Gebiete bewegen. Aber wir hatten keine Hinweise darauf, dass bestimmte Bereiche der Stadt besonders jetzt angegriffen werden sollten. Das war für uns auch eine Entwicklung der Situation, die wir quasi live im Internet mitverfolgen konnten dann in dem Moment.

Vorsitzender: Eine Nachfrage dazu oder wollen wir erst noch einmal das BKA ...? Ja? Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, aus meiner Sicht für den polizeilichen Bereich kann ich mich nur noch einmal wiederholen, ich habe auch nicht von Dimensionen gesprochen. Es lagen keine polizeilichen Erkenntnisse vor in dieser Konkretheit, wie ich es auch vorhin schon einmal beantwortet habe. Und zu Ihrer Anmerkung, dass Angriffe auf Polizeibeamte auch wahllos sind und nicht im Spektrum, das würde jetzt widersprechen, weil es schon Spektrum, also Zielspektrum der linken Szene ist, auf Polizeibeamte ... oder sage ich einmal, anzugreifen als Teil des Repressionsapparats. Also da würde ich jetzt nur vielleicht diese Anmerkung mir erlauben.

Vorsitzender: Das ist verstanden. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Die ich übrigens teile, die Anmerkung. Die Nachfrage, weil es eben wieder um konkrete Erkenntnisse ging. Es ging mir nicht darum, noch einmal betont, um Ort und Zeit oder wo genau etwas passiert, sondern dass es Ziel war. Und das ist ja aus Informationen, die wir lesen durften, ob Akteneinsicht oder das, was dann öffentlich berichtet wurde, deswegen interessiert mich, ist das was dran. Es ist ja schon sehr konkret davor gewarnt worden, das war die Frage da, die Nachfrage, ob sich das, was passiert, nur auf die Gipfelorte bezieht oder ob schon damit zu rechnen war. Und deswegen, wir sind heute ja quasi vor dem Gipfel in der Aufarbeitung, ob vor dem Gipfel in Ihren Erkenntnissen damit zu rechnen war, es nicht auszuschließen war, dass Sie nicht eine hundertprozentige Treffergenauigkeit haben zu sagen, dann passiert das genau da und wir wissen das, aber aus dem, was Sie an Lagebildern, Erkenntnissen hatten, damit zu rechnen war, oder wie Sie es sagten, nicht auszuschließen war, dass es dezentral in der Stadt und nicht nur an den Gipfelorten zu Aktionen der linksextremen Szene kommen würde – war das Erkenntnislage, wurde davor auch gewarnt? Das war sozusagen die Frage, ohne Konkretes benennen zu können.

Vorsitzender: Frau Pooth? Frau Büddefeld bitte.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, das wurde beschrieben in den Lagebildern, dass wir gesagt haben, es ist nicht auszuschließen, dass sich auch woanders, also abgesetzt von eigentlichen Gipfelgeschehen, auch Ereignisse dann eben finden werden.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Schönen Dank. Ich habe noch einmal eine Nachfrage. Also wir haben ja jetzt relativ viele Komplexe und es geht ein bisschen durcheinander, aber das lässt sich nicht ändern. Ich habe noch einmal eine Nachfrage zu dem Komplex verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler der Polizei. Ich sehe aber doch richtig, dass es eine Schweizer Observation oder Schweizer Observationsgruppen gegeben hat, die zum Beispiel den Zug begleitet haben. Was war deren genauer Status, was war deren Rechtsstatus? Die sind ja nicht, soweit mir jetzt aus den Akten bekannt ist, an der Grenze ausgestiegen. Das war meine erste Frage. Vielleicht ordnen Sie die ja ganz anders ein. Also das will ich aber einfach wissen.

Eine zweite bezieht sich zu der weiteren europäischen Zusammenarbeit im Rahmen des G20, in der BAO Michel. Da würde mich interessieren, auf welcher Rechtsgrundlage und in welchem Umfang jetzt Kräfte ausländischer Spezialeinheiten im Einsatz waren und ob es zutrifft, dass aus Sicht des Ministeriums für Sicherheit und Justiz der Niederlande die Staatsverträge, die es gibt, nicht ausreichend für die Abordnung von Spezialeinheiten nach Deutschland sind. Das kann man jedenfalls in den Akten lesen, und zwar im Ordner 104-9, Blatt 294 bis Blatt 296.

Dann will ich gern fragen, inwiefern nach Kenntnis des Senats, also das sind jetzt ..., diese letzten Fragen beziehen sich ja alle auf die BAO Michel, also den Senat und die Senatsvertreter, inwiefern nach Kenntnis des Senats jederzeit gewährleistet war, dass ausländische Polizistinnen und Polizisten ausschließlich unter Leitung und in Anwesenheit deutscher Polizistinnen und Polizisten hoheitlich tätig waren. Und sofern das nicht gewährleistet war, könnten Sie vielleicht sagen, warum nicht, wann, wo und warum nicht.

Ich habe dann noch eine Frage zu der Zusammenarbeit der Geheimdienste. Auf welche Weise – das richtet sich dann an die Vertreterinnen und Vertreter des Bundesamts für Verfassungsschutz –, auf welche Weise haben sich die in der Counter Terrorism Group zusammengeschlossenen europäischen Inlandsgeheimdienste oder das geheimdienstliche EU-Lagezentrum INTCEN mit dem G20-Gipfel befasst, etwa in Lagebesprechungen oder dem Austausch von Verbindungsbeamten und Analysen?

Vorsitzender: Die erste Frage ging an Frau Pooth und Herrn Russ.

Heike Pooth: Ja, ich kann mich auch da leider nur noch einmal wiederholen, aus meinem Kenntnisstand war kein Einsatz verdeckter Ermittler aus dem Ausland vorgesehen. Ich will noch einmal daran erinnern, verdeckte Ermittler sind Polizeibeamte. Wenn Sie davon sprechen, dass ...

(Abg. Christiane Schneider: In Deutschland nicht.)

Heike Pooth: – Bitte? Verdeckte Ermittler sind Polizeibeamte. Wenn Sie davon sprechen, dass eine Vielzahl von Leuten den Zug beobachtet hat, ist Ihrer Frage impliziert, dass es dann, wenn Sie nach verdeckten Ermittlern fragen, Polizeibeamte sind. Da kann ich nur noch einmal die Antwort geben, das ist dem BKA nicht bekannt.

Vorsitzender: Herr Russ, Sie können dazu nichts sagen? Sie hatten schon den Kopf geschüttelt. Nein. Okay. Dann Frau Büddefeld.

(Abg. Christiane Schneider: Darf ich da noch einmal nachfragen?)

– Dazu? Ja, klar. Ja, bitte.

Abg. Christiane Schneider: Also heißt das jetzt, dass es diese Observationsgruppen aus der Schweiz nicht gegeben hat, oder heißt das, dass die irgendwie einen ganz anderen Status hatten, nicht unter verdeckte Ermittlung fallen?

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Das heißt, dass das dem BKA nicht bekannt ist, ob das so gewesen ist oder nicht. Wir haben keine Kenntnis darüber. Ich wollte das mit den verdeckten Ermittlern nur kurz zur Klarstellung sagen, dass das dann Polizeibeamte gewesen sein müssten. Das ist uns nicht bekannt.

Abg. Christiane Schneider: (...) ich die Frage auch an die BAO Michel stellen.

Vorsitzender: Also da jetzt die zweite Frage an Frau Büddefeld dann. Frau Schneider?

Abg. Christiane Schneider: Die Frage zu diesen Observationsgruppen aus der Schweiz. Wenn das BKA das nicht weiß, die es aber gegeben hat, das ist ja jetzt bisher nicht bestritten, dann frage ich, wer wusste denn von denen?

Vorsitzender: Weiß hier eine der anderen Auskunftspersonen, also die Behörden, die die anderen Auskunftspersonen repräsentieren, etwas darüber? – Alle schütteln den Kopf, Frau Schneider. Dann die zweite Frage an Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, die Frage ging ja in Richtung internationaler Zusammenarbeit des Inlandsgeheimdienstes mit den anderen Inlandsgeheimdiensten, CTG fiel gerade. Was ich Ihnen dazu sagen kann, ist, dass wir im Rahmen des Berner Clubs ... Der Berner Club ist ein Kooperationsforum der Inlandsdienste der Mitgliedsstaaten der EU, das sind derzeit 28 Länder, dazu gehören aber auch Norwegen und die Schweiz. Also dieser Berner Club hat das Thema G20 durchaus auf der Agenda gehabt und ist auch durch uns genutzt worden, um die anderen Inlandsnachrichtendienste zu sensibilisieren, uns die geeigneten Informationen zukommen zu lassen, sofern sie denn mit dem G20-Gipfel zu tun haben und dann logischerweise auch die Staatsangehörigen, die linksextremistischen Staatsangehörigen der jeweiligen EU-Staaten betreffen. Also dort hat es einen Informationsaustausch gegeben.

Vorsitzender: Frau Möller.

(Abg. Christiane Schneider: Nein, jetzt ist die Frage noch an die BAO Michel zu den (...))

Vorsitzender: Das Mikrofon.

Abg. Christiane Schneider: Die Frage noch, ich hatte mehrere Fragen zu dem Bereich Rechtsgrundlage Spezialeinheiten und so weiter, also an die Vertreter des Senats gestellt. Wahrscheinlich ist Herr Dudde die geeignete Person.

Vorsitzender: Ach so, ja. Bitte, Herr Grote. Es ist ganz ungewöhnlich, dass ich Sie einmal aufzurufen habe hier, aber ...

Senator Andy Grote: Also zur Frage, welche ausländischen Kräfte auf welcher Rechtsgrundlage hier eingesetzt wurden im Rahmen der BAO Michel, Herr Dudde bitte.

Hartmut Dudde: Genau. Die Rechtsgrundlage regelt das nicht nur mit Spezialkräften, sondern mit allen Polizeibeamten. Das ist der Prümer Vertrag vom 27. Mai 2005. Dann gibt es noch einen EU-Ratsbeschluss aus dem Jahre 2008/615/JI, der die Zusammenarbeit der Polizeien zwischen Belgien, Deutschland, Spanien Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Österreich regelt. Das ist übergeführt worden in Paragraph 30 SOG in Hamburg. Und der re-

gelt, welche Rechte und Pflichten dann die Polizeibeamten in den Spezialeinheiten hier in Hamburg haben.

Sie hatten gefragt, wie war sichergestellt, dass die das tun, was wir wollen – durch Informationsveranstaltungen, die wir teilweise vor Ort gemacht haben. Dann gab es für jede Einheit einen Verbindungsbeamten, also einen Hamburger Polizisten, der immer mit dabei war. Und da wir das Ganze sehr kritisch prüfen, ob wir alles richtig machen, haben wir mit den Niederländern sehr lange darüber verhandelt, ob die maritime Einheit der niederländischen Polizei zu uns kommen kann. Das haben wir zum Schluss einvernehmlich beide abgelehnt, weil diese Einheit auch aus militärischen Komponenten besteht und somit keine reine Polizeieinheit war, so wie die Cobra aus Österreich, und dann haben wir gesagt, dann geht das eben nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, ich bin also immer noch bei diesem Punkt, herauszufinden, wie weit die auf der Bundesebene zuständigen Sicherheitsbehörden, die ja die hier in Hamburg zuständigen Sicherheitsbehörden sozusagen bei der Entwicklung des Sicherheitskonzeptes und bei den Details vor allem des Sicherheitskonzeptes unterstützt haben. Und eine Frage dabei ist durchaus auch, hat es da unterschiedliche Auffassungen gegeben. Da gibt es Vorwürfe aus Teilen der Gewerkschaft, aber auch anderer, die ich jetzt gar nicht im Detail nennen will. Ich will nur nach dem Prinzip fragen, wie geht man um mit unterschiedlichen Sicherheitseinschätzungen. Und irritieren ... Also bisher habe ich es so verstanden, dass es diese Zusammenarbeit gegeben hat. So, jetzt haben Sie aber an einigen Stellen, zum Beispiel bei der Frage nach dem ... Ein Kollege, eine Kollegin hat gefragt nach der Mobilisierung in den europäischen Ländern, also Mobilisierung von möglicherweise gewalttätigen Demonstranten und Demonstrantinnen, haben Sie gesagt, da können Sie nichts zu sagen. Sie haben auch gesagt, Sie können zu Personen, die anreisen wollen aus dem Ausland, nichts sagen, da haben Sie keine Erkenntnisse zu. Dann komme ich noch einmal auf meine erste Frage zurück, dann verstehe ich aber nicht, was Sie eigentlich zum Beispiel mit PWGT dann eigentlich sozusagen ermittelt haben. Da geht es doch um polizeibekannt linke Aktivistinnen, das ist ein Stichwort dazu, über die Sie da sich mit den anderen Polizeibehörden ins Benehmen gesetzt haben, ausgetauscht – ich bleibe bei diesem Wort, ausgetauscht, ich weiß, dass es keine Plattform ist. Das Gleiche noch einmal für Dolphin. Ich kann das ... also mir ist unklar, was Sie denn da genau ausgetauscht haben, wenn Sie uns zu den Fragen, was wusste man dann über die Mobilisierung im angrenzenden Ausland im Detail, was wusste man über Personen, die – weiß ich – in Dänemark, in Schweden, in den Niederlanden bekannt waren, oder in der Schweiz eben – wir haben über die Schweiz gesprochen –, einreisen wollten. Was wussten Sie denn darüber? Da würde ich eigentlich gern noch einmal besser verstehen, was war denn konkret die Unterstützung der hamburgischen Sicherheitsbehörden hier an dieser Stelle.

Und dann noch einmal diese grundsätzliche Frage, warum gab es eigentlich keine gemeinsame Rahmenkonzeption der Sicherheitsbehörden von Land und Bund. An welcher Stelle ist das entschieden worden? Und wie sind denn die jeweils ... Da haben wir auch schon drüber gesprochen, jeder hat für seinen Bereich seine Einsatzkonzeption entwickelt, das also gilt ja sozusagen für Bundespolizei, wahrscheinlich auch BKA und LKA, aber wie sind die denn eigentlich miteinander abgestimmt worden und ist da sozusagen ..., gibt es da Abstimmungen, Absprachen, die auch irgendwo festgehalten worden sind, sodass wir möglicherweise als Ausschuss dann auch, auch gern nicht öffentlich, die Möglichkeit haben, das neu nachzuvollziehen.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, vielen Dank für die Frage, das gibt mir die Möglichkeit, vielleicht, wenn ich vorhin ungenau war oder unklar war, das noch einmal zu korrigieren. Also wir haben natürlich Erkenntnisse aus dem Ausland gewonnen, sowohl von den ausländischen Sicherheitsbehörden als auch über Europol. Wir haben Erkenntnisse, ich kann diese nur nicht hier mitteilen. Das wollte ich eigentlich damit sagen. Die Erkenntnisse, die wir bekommen haben, die haben wir weitergeleitet an die zuständigen Stellen, insbesondere an die Kollegen in Hamburg und auch an die Bundespolizei, an alle beteiligten Sicherheitsbehörden. Aber ich bitte um Verständnis, dass ich diese Erkenntnisse hier nicht mitteilen kann. Ich kann es auch im Detail nicht, weil mir dazu jetzt, sage ich einmal, im Detail das Wissen fehlt. Das würde auch, glaube ich, den Rahmen sprengen. – Danke.

Vorsitzender: Dann war noch ... Ein Teil der Frage richtet sich ja auch an Frau Büddefeld dann. Ja. Frau Büddefeld bitte.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, ich möchte auch eins aufgreifen, was Sie gerade im Rahmen Ihrer Frage geäußert haben, dass wir keine Erkenntnisse hatten. Ich habe das nicht so formuliert vorhin, ich habe gesagt, ich kann Ihnen dazu hier keine Auskunft geben. Es gab natürlich aus der internationalen Kooperation mit unseren inländischen oder Inlandsnachrichtendiensten der anderen Staaten Erkenntnisaustausche. Die waren in Teilen natürlich auch personenscharf. Aber da wir hier in einer öffentlichen Sitzung sind, ist es mir untersagt, hier überhaupt dazu eine Auskunft zu geben. Richtig ist jedenfalls, es gab Erkenntnisaustausch, und nicht richtig ist, dass keine Erkenntnisse vorlagen.

Und dann sagten Sie vorhin auch in Ihrer Fragestellung, dass es unterschiedliche Sicherheitseinschätzungen gegeben habe und dass Sie das nicht verstünden. Also nach meiner Kenntnis ist aus der Zusammenarbeit, nicht nur im VS, sondern auch in der Zusammenarbeit des VS mit den jeweils zuständigen Polizeistrukturen es nicht so gewesen, dass wir unterschiedliche Sicherheitseinschätzungen hatten. Die Sicherheitseinschätzungen waren nach meiner Kenntnis, und meine Kollegen mögen mich hier verbessern, wenn ich da irgendetwas falsch jetzt in Erinnerung habe, gleich. Die Frage ist nur, was macht man damit. Und da bin ich als BfV in dem Moment, wo die Lage zu bewältigen ist, sicherlich in einer komplett anderen Situation als ein Polizeiführer vor Ort. Und das bitte ich auch einmal zu berücksichtigen. Also es gab hier keine Streitereien oder Unstimmigkeiten über das, was wir als Lage oder halt eben als Sicherheitslage hier sehen würden.

Steffen Russ: Wenn ich das ergänzen darf, jetzt auch aus meinem Zuständigkeitsbereich, dem kann ich auch nur wirklich zustimmen. Wir haben auf der gleichen Basis agiert, wir haben auf der gleichen Erkenntnislage agiert und wir haben auf der gleichen Einschätzung agiert. Der Unterschied ist natürlich, wir haben unterschiedliche gesetzliche Aufträge, und wir haben unseren gesetzlichen Aufträgen entsprechend unsere Konzeptionen, unsere Einsatzkonzeptionen erstellt, unsere Strukturen gebildet, unser Personal rekrutiert und eingesetzt. Natürlich haben wir überall dort, und ich habe es am Anfang erwähnt, das gilt für die Hamburger Kollegen genauso wie für die Bundespolizeikollegen, dort, wo wir Abstimmungsbedarf hatten, weil wir Schnittstellen produzierten, zusammenarbeiten mussten, sei es bei den Kolonnenfahrten, sei es bei dem Schutz der Veranstaltungsortlichkeiten und dergleichen mehr, uns eng abgestimmt. Aber natürlich bewegt sich jeder im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit und verantwortet die auch allein. Aber das bedeutet nicht, dass wir auf unterschiedlichen Lageerkenntnissen und unterschiedlichen Lageeinschätzungen agiert haben, sondern jeder muss natürlich auf Grundlage der Lageeinschätzung dann seine eigenen Schlüsse ziehen im Verantwortungsbereich, den er hat. Und ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig zu tun, da passt wirklich kein Blatt Papier in die Bewertung der Lage. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dressel. Ach so, Frau Möller hat noch eine Nachfrage.

Abg. Antje Möller: Ja, nur noch ganz konkret die Frage nach dieser Rahmenkonzeption. Hat irgendjemand entschieden, dass es die nicht geben soll, oder war das nie Thema? Das ist auch in einer ... also das ist in einer Bundestagsdrucksache, Kleine Anfrage, schon einmal besprochen worden, aber auch da nicht wirklich beantwortet worden. Deshalb stelle ich diese Frage hier noch einmal.

Vorsitzender: Die Auskunftspersonen schütteln alle den Kopf. Herr Senator kann dazu etwas sagen?

Senator Andy Grote: Ja, ich glaube, dass man das eben eigentlich ein bisschen schon entnehmen konnte dem, was gesagt wurde. Es ist eben tatsächlich so, dass hier unterschiedliche Sicherheitsbehörden mit völlig unterschiedlichen Aufgaben, gesetzlichen Grundlagen, Zuständigkeiten unterwegs waren, die insofern sich auch bei vergleichbaren Einsätzen niemals in ein gemeinsames Rahmenkonzept irgendwie einordnen. Das gibt es nicht und das war auch keine Option, über die man jetzt aktiv entschieden hat, sondern jeder nimmt seine Aufgaben wahr, aber im Rahmen dann wiederum einer sehr engen Abstimmung, eines Informationsaustausches, einer Zusammenarbeit an den Schnittstellen und so weiter.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, mir geht es auch noch einmal in der Tat um die Abstimmung zwischen Landes- und Bundesebene. Das haben wir ja in verschiedenen Sitzungen auch hier noch einmal besprochen, wie es ein bisschen auch zu der Entscheidung kam, Hamburg Austragungsort, die Frage auch der Örtlichkeit, und die Frage, wann welche Bundesbehörden wie in diesen Prozess mit einbezogen worden sind. Und Sie haben ja sicherlich auch die Presse dazu verfolgt. Da war zum Beispiel zu lesen, dass die Frau Bundeskanzlerin nach dem G20-Gipfel im Juli erklärt hat, dass der Ort gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden ausgesucht wurde. Und die Frage ist ja auch, wie früh wurden Sie in diesen Prozess, weil Sie vermutlich ja dann Ihre Leitungen informiert haben, beteiligt haben, die dann ihrerseits die Bundesregierung, können Sie ein bisschen etwas zu dieser Frühphase der Einbeziehung von BKA, Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz sagen? Weil, diese Frage, ob das quasi unter Ihrer Beteiligung ausgesucht wurde, ist jedenfalls nach meinem Kenntnisstand in der Öffentlichkeit noch nicht final beantwortet. Deshalb wäre das wichtig, dass wir da noch einmal Ihre Einschätzung aus der Fachexpertise haben.

Dann, das hat der Senator eben angesprochen, wie dann der weitere Verlauf war, wie die Sicherheitskonzeption entstanden ist, dann haben Sie da einen sehr engen Austausch mit den Hamburger Behörden gehabt. Da würde mich interessieren, sind da alle Ihre Hinweise auch aus Ihrer Sicht in das Hamburger Sicherheitskonzept eingearbeitet worden, ist irgendetwas aus Ihrer Sicht unbeantwortet geblieben, irgendein Ratschlag, den Sie gegeben haben, wurde der nicht eingearbeitet, hatten Sie am Schluss die Einschätzung aufgrund Ihres großen Erfahrungswissens mit ähnlichen Einsätzen, dass Hamburg alle Hinweise der Bundesebene in das eigene Einsatzkonzept mit eingearbeitet hat, sodass Sie aus Ihrer fachlichen Einschätzung sagen, dass Hamburg alles Erforderliche getan hat, was hier zur Bewältigung dieses Einsatzes notwendig war. Und ob zu irgendeinem Zeitpunkt, weil darüber auch in verschiedenen Presseveröffentlichungen immer wieder diskutiert wird, gab es zu irgendeinem Zeitpunkt eine Situation, wo Sie in fachlicher Zulieferung oder eventuell Ihre Hausleitung gesagt haben, man kann das eigentlich in Hamburg, in dieser Örtlichkeit, in dieser Konzeption nicht durchführen? Gab es irgendeine Situation, wo Sie aus fachlicher Einschätzung gesagt haben, hier muss eigentlich eine Notbremse gezogen werden, ja oder nein? Weil auch das ein Gegenstand ist, der immer wieder in Presseveröffentlichungen auftaucht. Diese drei Fragenkomplexe hätte ich an Sie.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also für mich ist es so, dass die Entscheidung, den Gipfel, den G20-Gipfel in Hamburg durchzuführen, eine Entscheidung war, die ich im Rahmen meiner Zuständigkeiten zur Kenntnis genommen habe und entsprechend dann auch mit Maßnahmen versehen habe, wie ich damit umzugehen habe.

Vorsitzender: Frau Pooth bitte.

Heike Pooth: Ja, ich hatte ja schon zu Eingang gesagt, dass die Informationssammelstelle im Januar 2017 ihre Arbeit aufgenommen hat, im Vorfeld hatten wir ebenfalls eine Informationssammelstelle im Rahmen des OSZE-Events. Ich war ebenfalls nicht eingebunden in die Entscheidung des Ortes und hatte auch zu keinem Zeitpunkt dazu eine Position.

Vorsitzender: Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Also die Frage in Bezug auf die Entscheidung, da habe ich aus meinem Aufgabenspektrum heraus keine Erkenntnislage. Und was die Frage betrifft in Hinblick auf die Zusammenarbeit, ich kann nur sagen, dass das, was ich, ich nenne es jetzt einmal in meiner Beobachterrolle, wahrnehmen konnte, hat die Hamburger Seite hier sehr intensiv alle Bereiche, alle anderen Bundesländer, die hier auch unterstützt haben, eingebunden, informiert, in unterschiedlichsten Veranstaltungen. Da kann man eigentlich nur sagen, so wie ich das aus der Erfahrung heraus sehe, war das sehr gut. Es war sehr offen, es war sehr konstruktiv und es haben sich alle Seiten eingebracht. Und da muss ich sagen, ich hätte da jetzt nichts, was ich da irgendwie, wenn ich mir das so erlauben darf an der Stelle, beanstanden würde. Ganz im Gegenteil. Ich fand das ganz hervorragend.

Vorsitzender: Vielen Dank. Also nur, um das einmal anzuschärfen, die Frage war, ob aus Sicht Ihrer Behörden Hamburg als Austragungsort ungeeignet war und ob so etwas vorgebracht worden ist.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ob Sie das persönlich irgendwann einmal vorgetragen haben.

Vorsitzender: Auch gern so, ja.

Steffen Russ: Also wenn Sie mich hier als Person fragen, ich persönlich habe ...

Vorsitzender: Also die Frage ging an alle Auskunftspersonen. Jetzt vielleicht Herr Lohmann noch einmal ganz ... Herr Dressel kann ja seine eigene Frage etwas konkretisieren, da braucht er nicht die Hilfe des Ausschussvorsitzenden.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Es ging jetzt darum, ob in internen Runden in Ihren Häusern ... diese Frage thematisiert worden ist, ob Sie Kenntnis davon haben, dass das Ihre Hausleitungen thematisiert haben oder es in Runden, wo wir ja auch aus den bisherigen Beratungen wissen, dass es auch Runden im Bundeskanzleramt gegeben hat, an denen Ihre Hausleitungen beteiligt gewesen sind und auch Fragen erörtert worden sind, ob das verantwortbar ist oder ob jemand der Meinung ist, dass das nicht stattfinden soll. Und ich nehme an, weil Sie sich so fachlich toll in dieses Thema eingearbeitet haben, dass Sie über solche Diskussionen Kenntnis erhalten haben. Das wäre einfach für unser Aufklärungsinteresse auch nicht ganz irrelevant, das zu wissen, wie die Bundesebene fachlicherseits das bewertet hat. Und ich würde auch, das war ja die Frage 1 von mir, das, was der Kollege der Bundespolizei ja eben einschätzend zu den Hamburger Sicherheitskonzeptionen gesagt hat, ob das auch von BKA und Verfassungsschutz geteilt wird, dass die Zusammenarbeit mit Hamburg gut war, dass die Hinweise eingearbeitet worden sind. Da ist uns einfach wichtig, ob die anderen Bundesbehörden auch so positiv überzeugt von dem Hamburger Konzept gewesen sind.

Vorsitzender: Gut, dann mit der so angeschräfften und zusammengefassten Frage fange ich noch einmal bei Frau Büddefeld an.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ich möchte mit der letzten Frage starten, also ob wir den Eindruck haben oder ob ich den Eindruck hatte, dass irgendetwas, was aus dem Verfassungsschutz erarbeitet wurde, nicht eingeflossen ist, nicht eingearbeitet worden ist. Ich kann nur sagen, alle Erkenntnisse, die wir als BfV oder auch der VS-Verbund hatten und die wir zur Verfügung stellen konnten, sind den handelnden Behörden zur Verfügung gestellt worden. Was mit diesen Informationen dann im eigenen Zuständigkeitsbereich dieser Behörden geschieht, entzieht sich meiner Kenntnis, und das ist auch richtig so, weil dort meine Zuständigkeit schlicht und ergreifend endet. Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit, die wir aber die ganze Zeit über hatten, habe ich überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür zu sagen, dass meine, also die Erkenntnisse meiner Behörde oder des VS-Verbundes nicht entsprechend gewürdigt worden sind. Das vielleicht zur ersten Frage.

Dann die fachliche Bewertung der Bundesebene, das war eine zweite Frage zu dem Austragungsort des Gipfels. Da bitte ich um Verständnis, die Lagen im Bundeskanzleramt, die hier schon mehrfach angesprochen worden sind, das sind Lagen der Führungsebenen der Politik und eben auch der Präsidenten unserer Häuser. Selbst wenn dort intern Informationen an mich als Abteilungsleiterin zurückfließen, sind das Informationen, die intern sind und die auch nicht in die Öffentlichkeit gehören. Insofern möchte ich auch hier an dieser Stelle keine Position beziehen.

Vorsitzender: Aber Sie wissen doch, ob Ihr Haus prinzipiell davon abgeraten hat, Hamburg als Austragungsort zu nehmen oder nicht?

Dinchen Franziska Büddefeld: Ich möchte dazu keine Position beziehen.

Vorsitzender: Dann geht es weiter ...

Abg. Dr. Andreas Dressel: Die Fragen waren ja an alle gestellt.

Vorsitzender: Aber wir sind ja immer noch dabei. Moment. Wir sind ja immer noch dabei, die Frage von Herrn Dressel zu klären. Das hat ja ... Ja, aber jetzt sind ... Die Frage ging ja jetzt an mehrere Auskunftspersonen. Jetzt hat ja gerade einmal die Hälfte der Auskunftspersonen geantwortet, jetzt wollen wir die erst einmal fertigmachen, bevor wir mit neuen Redebeiträgen anfangen. Also, glaube ich, Frau Pooth da noch einmal. Wir hatten ja die Frage noch einmal etwas konkretisiert. Und dann geht es weiter.

Heike Pooth: Ja. Für den polizeilichen Informationsaustausch kann ich mich auch da fast den Ausführungen von Frau Büddefeld, die natürlich den verfassungsschutzrechtlichen Informations... Verfassungsschutzaustausch betreffen, zustimmen. Auch wir hatten keine ... Alle Informationen, die wir gewonnen haben, haben wir weitergeleitet. Wir haben sehr vertrauensvoll mit den Hamburger Kollegen zusammengearbeitet. Wir haben die Bedarfe, die in Hamburg bestanden, in unsere Anfragen ans Ausland und auch an andere Stellen eingearbeitet, wir haben alles dorthin weitergeleitet. Ich habe keine Erkenntnisse dazu, dass irgendwelche Infos dort nicht entsprechend verwendet wurden. Und zu allem Weiteren, was Einsatzplanung betrifft, kann ich natürlich keine Aussagen machen. Das ist dann die Zuständigkeit der Hamburger Kollegen.

Zu der zweiten Frage, ob es Situationen gab, wo man hätte die Örtlichkeiten infrage stellen können, in meiner Zuständigkeit kann ich noch einmal sagen, die Entscheidung war gefallen, wir haben unsere Arbeit aufgenommen, wir haben die Lage bewertet, wir haben Gefährdungseinschätzungen vorgenommen, wir haben das in Lagebildern dokumentiert, die haben wir auch ins BMI, in alle Sicherheitsbehörden gegeben. Es steht mir da nicht zu und es war sicherlich auch nicht von der polizeilichen Erkenntnislage so, dass man hätte diese Einschätzung jetzt kommunizieren müssen. – Danke.

Vorsitzender: Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Ja, vielleicht noch einmal zu der Frage der Zusammenarbeit. Zunächst, wir hatten ja jetzt schon an mehreren Stellen ausgeführt, dass es halt unterschiedliche gesetzliche Zuständigkeiten und Aufgaben gibt, insofern ein komplett integrierter Einsatz sicherlich auch nicht zielführend gewesen wäre. Ich hatte aber vorhin ja schon gesagt, dass wir ganz viele intensive Abstimmungsprozesse gehabt haben. Und wir haben tatsächlich intensiv gemeinsam überlegt, wo denn teilweise gemeinsame Arbeit Sinn macht. Das prominenteste Beispiel dafür, wo wir, Polizei Hamburg und BAO Hanseat, der Bundespolizei gesagt haben, das macht auf jeden Fall Sinn, ist der gemeinsame Einsatzabschnitt Eingreifkräfte gewesen. Wir haben aber auch ganz eng zusammengearbeitet im Bereich der Gefangensammelstelle, wir haben uns ganz eng zusammengetan im Bereich der medizinischen Versorgung. Nur um einmal drei Beispiele zu nennen. Also da, wo auch angesichts unterschiedlicher Zuständigkeiten und Aufgaben das sinnvoll gewesen ist, haben wir durchaus Synergien genutzt und auch Schnittstellen so minimieren können.

Zum ersten Teil Ihrer Frage. Ich bin ja nun hier als Vertreter einer Regionalbehörde. In die von Ihnen erwähnten Entscheidungsprozesse bin ich nicht eingebunden gewesen. Ich habe die Entscheidung zur Kenntnis genommen und dann meine Arbeit aufgenommen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine Nachfrage, Herr Dressel?

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, zu dem finalen Sicherheitskonzept, was dann unter Zuhilfenahme aller Informationen aus allen Ebenen, was dann erstellt wurde, wird es ja am Schluss auch noch einmal eine abschließende Runde gegeben haben, wo man gesagt hat, das ist es dann jetzt. War das aus Ihrer Sicht unter Einbeziehung aller Erkenntnisse, die Sie beige-steuert haben, dann ein Produkt, wo Sie sagen, das ist von Ihrer fachlichen Einschätzung her das, was hier für diesen Einsatz erforderlich war? Fehlte etwas aus Ihrer Sicht, was in dem Einsatzkonzept aus Ihrer Sicht unberücksichtigt gewesen ist? Es ist ja wichtig, dass einfach die Bundeseinschätzung hierbei berücksichtigt worden ist. Dass Sie das abschließend noch einmal ... Ihre Einschätzung dazu sagen.

Und dann zu der Beantwortung der Kollegin aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz würde ich schon auch noch einmal die Frage hier in den Raum stellen, ob das eine Frage ist, wo Ihre Einschätzung, dass das der Geheimhaltung unterliegt, wie ein Willensbildungsprozess sich zwischen Ihrer Hausleitung und Ihnen oder dem Ministerium, in diesem Fall ja das BMI, ob das tatsächlich ein Akt ist, ein Thema ist, was der Geheimhaltung unterliegt. Das würde ich jetzt hier durchaus einmal infrage stellen. Gegebenenfalls ist das etwas, was wir nachher auch im verschwiegenen Teil noch einmal aufgreifen müssten, weil, ich kann jetzt jedenfalls keinen Aspekt erkennen, der irgendwie hier geheimhaltungsbedürftig ist, weil es um eine Frage geht, die wir nachher letztlich politisch zu bewerten haben. Also ich kann nicht sehen, dass diese Frage ... Wir sind jetzt auch rückblickend hier, es geht nicht um den Akt einer exekutiven Meinungsbildung, die natürlich geschützt ist, sondern es geht um eine rückblickende Aufklärungsfrage, und da würde uns hier schon interessieren, wie auch eine Meinungsbildung auf Bundesebene passiert ist. Das ist für uns ein zentraler Punkt, wo wir genauso unseren Hamburger Senat zu solchen Fragen nachträglich befragen, und wenn hier Kollegen ...

(Zuruf Abg. Dennis Gladiator)

– Ja, ich sage das hier, weil ja eine Sache nicht beantwortet ist explizit, und dazu ist für mich das Fragebedürfnis nicht erledigt.

Vorsitzender: Gut, darauf kommen wir auch noch einmal zurück. Jetzt die Frage von Herrn Dressel. Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ich habe in dem Kontext gerade nicht gesagt, dass meine Antwort der Geheimhaltung unterläge, sondern ich habe gesagt, dass ich zu dieser Frage, die mir gestellt wurde, nämlich die fachliche Bewertung der Bundesebene in Sachen Hamburg als Austragungsort auszuwählen, dass ich dazu keinerlei Position beziehen werde. Und dabei bleibe ich auch.

Vorsitzender: Gut. Herr Tjarks. Ja, das war fast keine Nachfrage mehr, Herr Dressel. Das war eine ganz neue Frage. Aber die stellen wir dann am Ende noch einmal, weil, es sind noch ein paar andere auf der Rednerliste. Herr Tjarks. Und dann kommt (...).

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, auch ich muss von meiner Seite aus sagen, dass ich das ... dass ich die Einlassungen nicht so zielführend finde, weil ich glaube, das ist die spannende Frage, und daran knüpft sich ja folgender Sachverhalt, der öffentlich berichtet worden ist am 21. September 2017 in der "Welt" an. Nämlich die "Welt" hat behauptet am 21. September 2017, dass die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz erst aus den Medien von den Planungen für Hamburg als G20-Ort erfahren hätten und gar nicht durch die für sie eigentlich zuständige und veranstaltende Bundesregierung.

Deswegen die konkrete Frage, wenn Sie zu dem ersten Punkt schon nichts sagen, was ich reichlich merkwürdig finde, ist, ob Sie diese Behauptung der Zeitung "Die Welt" widerlegen können und ob Sie uns mitteilen können, wann genau BfV und Bundespolizei erstmals von Hamburg als geplantem Austragungsort erfahren haben.

Das zweite Thema, das ist jetzt ein bisschen als Fragenkomplex abweichend davon, das ist das Thema der prognostizierten Gewalttäter. 8 000 Gewalttäter sind prognostiziert worden. Da frage ich Sie, ob diese Schätzung der Hamburger Polizei mit Ihren Lagebildern übereinstimmt, ob das sozusagen dasselbe ist.

Und das dritte Thema ist die Frage, dass in Bundestagsdrucksache 18/13033 vom 29. Juni 2017 gesagt wird, dass der Bundesregierung die Planungen der Hamburger Polizei über den Einsatz von 10 000 Einsatzkräften bekannt sind. Und in dem Zusammenhang frage ich Sie, wann Ihnen bekannt geworden ist, dass die Hamburger Polizei deutlich mehr, nämlich mehr als doppelt so viele Einsatzkräfte eingesetzt hat. Und die Frage ist vor allen Dingen, ist das mit Ihnen auch abgestimmt und wie haben Sie diese Erhöhung der Einsatzkräfte bewertet. – Danke.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, vielen Dank für die Fragen. Der Artikel in "Der Welt" oder "Die Welt" vom 21. September, das ist ja im Prinzip nur noch einmal ein bisschen umgedreht die Frage, die Sie mir gerade gestellt haben. Wann haben ... Was steht da drin? BfV und B.-Pol. haben das aus den Medien erstmalig erfahren. Sie haben den Artikel vorliegen, ich jetzt gerade nicht, aber ich glaube schon, dass das da derartig drinsteht. Ich bleibe dabei, ich beziehe dazu keine Position. Ich kann dazu auch jetzt hier an dieser Stelle nichts sagen und möchte das auch nicht. Was die 8 500 angeht, da sind wir wieder in dem Bereich, den ich vorhin schon einmal versucht habe, etwas auseinanderzuziehen. 8 500 Personen, das war eine Schätzung, eine Prognose, die wir durchaus auch hatten. 8 500 Personen aus dem gewalttätigen Bereich. Das heißt aber ja nicht, dass am Ende des Tages dann während der Veranstaltung, um die es geht, auch tatsächlich 8 500 Personen sich hier in Hamburg dann quasi sehen gelassen haben und die auch entsprechend gezählt worden sind, sondern da geht es ja um die Dimensionen, muss ich schon wieder (...) um die Größenordnung, möchte ich jetzt lieber sagen, der Personen, die wir kennen im Verfassungsschutzverbund und die wir, in Anführungsstrichen, gut dafür halten, sich solchen Aktionen anzuschließen.

10 000 Einsatzkräfte oder mehr Einsatzkräfte im Rahmen der BAO-Konzeption, das ist wirklich ein Bereich, der sich dem Verfassungsschutz komplett entzieht und der auch mitnichten mit uns abgestimmt werden muss. Dafür gibt es ... Und auch nicht wird, und den Anspruch erhebe ich auch nicht und habe ich auch nicht zu erheben, sondern wir liefern unsere Informationen zu und daraufhin wird dann unter Berücksichtigung der Informationen aus allen Bereichen, die das eben genauso tun wie wir, das polizeiliche Konzept entwickelt und die Kräfteplanung eben auch entsprechend angepasst. Das ist kein Thema, wo der Verfassungsschutz einzubinden ist.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Die Nachfrage erst, wenn die anderen Auskunftspersonen sich zu der Frage geäußert haben.

Vorsitzender: Ja, das ist mit den Meldungen während ... Das ist dann verwirrend. Für Nachfragen können Sie einfach, wenn die Antworten durch sind, einfach ein Handzeichen geben. Dann machen wir das so.

So, Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Ja, also noch einmal zu der Frage, aus der Zeitung erfahren. Also ich kann das jetzt nicht nachvollziehen, ich habe es jedenfalls ganz formal bei uns im Bundesinnenministerium auf dienstlicher Schiene erfahren. Inwieweit andere Fachabteilungen, das Bundesinnenministerium ist ein sehr großes Haus, im Vorfeld eingebunden waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Dazu kann ich keine Auskunft erteilen. Und zu den Fragen Schwarzer Block, das ist nicht mein Thema, was diese Erkenntnislagen betrifft. Und der dritte Punkt zu den Einsatzkräften, auch das aus meiner, wie ich vorhin schon einmal gesagt, Beobachterrolle, natürlich entwickelt sich auch ein Einsatzkonzept und man beurteilt ja auch, wie viele Kräfte man braucht. Und natürlich haben wir gewusst, dass die Hamburger Polizei hier eine große Unterstützung braucht, und es war ein Prozess bis dahin, dass bis zum Schluss auch darüber gesprochen wurde, inwieweit weitere Kräfte zur Verfügung gestellt wurden. Was ja selbst auch noch im Einsatz dann geschah. Insoweit ist das keine Zahl, die man als absolut feststehend sehen kann, sondern als eine Zahl, die sich entwickelt im Prozess.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, die erste Frage betrifft das BKA ja nicht, deswegen zu der Frage 2, zu den prognostizierten Gewalttätern. Dazu kann ich leider an dieser Stelle keine Angaben machen, weil mir das jetzt nicht mehr bekannt ist. Generell haben wir in der ISA keine Prognosen abgegeben, sondern uns auf polizeiliche Lagemeldungen gestützt. Ich will aber jetzt nicht ausschließen, dass diese Zahl irgendwo auch mitgeteilt wurde, aber ich kann das nicht beantworten an dieser Stelle. Ich bitte um Verständnis.

Und zu der Frage 3, die Einsatzkräfte der Hamburger Polizei sind nicht in der Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes, und aus diesem Grund ist aus meiner Sicht auch nicht relevant, wann ich davon oder wir davon wussten und ob das abgestimmt war. Abgestimmt war es natürlich nicht, weil es eben auch keine Bundeskriminalamtszuständigkeit ist.

Vorsitzender: Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Ja, die Fragen von Herrn Dressel und Herrn Tjarks ergänzen sich ja so ein bisschen. Nun ist Polizei Ländersache. Wir haben ja über die Zuständigkeiten schon eine Weile gesprochen. Ich glaube, es verbietet sich schlichtweg, den Einsatz der Polizei Hamburg hier zu bewerten. Ich war jedenfalls mit der Zusammenarbeit außerordentlich zufrieden und die Konzepte haben auch zusammengepasst. Soviel kann ich dazu sagen.

Das Gleiche gilt für die Frage, Zahl der Einsatzkräfte. Wir haben eben unterschiedliche Konzepte, basierend auf unseren Aufgaben, gehabt. Ich war mit den Kräften, die mir zur Verfügung gestellt worden sind, zufrieden. Natürlich habe ich den Planungsprozess innerhalb der Polizei Hamburg verfolgt und habe auch gesehen, dass da Entwicklungen eingetreten sind, das ist aber ganz normal.

Und dann zu der Frage, wann ich was erfahren habe. Ich kann mich nur wiederholen, ich bin in den Planungsprozess als Vertreter einer Regionalbehörde nicht eingebunden gewesen, ich habe das auf dem Dienstweg erfahren. Ich hatte Ihnen vorhin gesagt, dass ich meinen Vorbereitungsstab etwa Mitte Juni 2016 hier eingerichtet habe, also relativ kurz davor werde ich persönlich Kenntnis bekommen haben und auch den entsprechenden Auftrag.

Vorsitzender: Herr Russ.

Steffen Russ: Ja, zur Frage Entscheidungsprozess Hamburg kann ich nur darauf verweisen, dass es sich dabei um einen Entscheidungsprozess in der Zuständigkeit des Bundes handelt. Es gibt auch Antworten auf Kleine Anfragen des Parlaments an die Bundesregierung. Ich bitte, dort nachzusehen und das da entsprechend zur Kenntnis zu nehmen. Ich persönlich habe keine Erkenntnisse, die ich dazu beitragen kann.

Was die Anzahl der Kräfte angeht, verbietet sich einfach eine Bewertung. Ich kann nur so viel sagen, dort, wo ich mit den Hamburger Kollegen in meinem, dem von mir zu verantwortenden Einsatz zusammengearbeitet habe, hat das auf einem sehr, sehr hohen professionellen Niveau stattgefunden. Unsere, sagen wir einmal, Wünsche oder das, was wir notwendig hatten, um unseren Einsatz durchzuführen und von den Hamburger Kollegen beizubringen, war wohl exzellent beigebracht. Es gibt da keinerlei Anlasspunkt zur Kritik. Und die Bewertung, wie gesagt, des Hamburger Einsatzes in Bereichen, die ich nicht überblicke, das verbietet sich schlichtweg. Das wäre es, was ich dazu zu sagen habe. – Danke.

Vorsitzender: Herr Senator, eine Ergänzung.

Senator Andy Grote: Ja, nur kurz der Hinweis, weil mehrfach die Zahl 8 500 genannt wurde. Das ist eigentlich nicht die Zahl, mit der wir gearbeitet haben. Die Zahl in den Lagebildern und ... auf die wir uns in der Regel bezogen haben, war 7 000 bis 8 000, also nicht 8 500.

Vorsitzender: Okay, vielen Dank. Herr Tjarks, die Nachfrage hat sich erledigt? Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank. Es gibt ja aus gutem Grund Verschlussachen und aus gutem Grund auch geheime oder streng geheime Vorgänge. Das will ich ja gar nicht anzweifeln. Aber die Frage, ob es seitens gewisser Bundesbehörden Bedenken gegen Hamburg als Austragungsort gegeben hat, die berührt ja nun eigentlich die Kernaufgabe dieses Ausschusses. Und wenn eine derartige Frage hier nicht beantwortet wird oder nicht bewertet wird, dann lässt mich das gewisse Schlüsse ziehen. Denn wenn es keine Bedenken gegeben hätte, dann kann man das ja mit gutem Gewissen und in aller Ruhe und Konsequenz hier auch sagen. Also schließe ich aus der Nichtbeantwortung dieser Frage, dass es seitens der Bundesbehörden eben doch Bedenken gegeben hat. Wenn ich damit falsch liege, können Sie mich gern korrigieren.

Zum nächsten Punkt. Der Kollege Tjarks hat vor ungefähr einer Stunde die Frage gestellt, ob es Erkenntnisse gibt, dass, na ja, linksextreme Kräfte aus dem Hamburger Bereich der Flora in Europa vielleicht mäßigend auf andere Linksextreme eingewirkt haben. Auch diese Frage wurde nicht beantwortet. Mir ist natürlich klar, warum der Kollege Tjarks diese Frage gestellt hat, ist ja in den letzten Wochen und Monaten ganz offensichtlich, dass politische Kräfte in der Stadt versuchen, davon abzurücken, dass Verantwortung für diese schrecklichen Brand-

schatzungen von der Flora ausgegangen sind, dass man versucht, davon abzurücken und dass man jetzt auch versucht, dafür Belege zu finden.

Auch da frage ich mich, warum kann man diese Frage denn nicht beantworten? Oder wenn man diese Frage nicht beantworten kann, kann man denn wenigstens sagen ...

Entschuldigung, Sie haben Ihre Frage gestellt, Herr Dr. Tjarks, jetzt lassen Sie mich einmal. Nach zwei Stunden habe ich auch das Recht, Fragen zu stellen. Und kann man denn wenigstens die andere Frage beantworten, kann man denn wenigstens deutlich sagen, es hat, ja, es hat Erkenntnisse gegeben, dass vielleicht Hamburger oder Linksextremisten aus dem Bereich der Flora in Europa unterwegs gewesen sind und geworben haben, massiv geworben haben für die Teilnahme an den diversen Brandschatzungen beziehungsweise an den diversen gewalttätigen Auseinandersetzungen? Diese Fragen hätte ich hier gerne beantwortet. Und wenn man mir sagt, das kann man nicht und das möchte man nicht, dann kann man hier in dem Ausschuss auch gerne das Licht ausmachen und nach Hause gehen.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, zunächst einmal, ich kann Ihren Namen jetzt leider nicht erkennen, aber das, was Sie uns gerade ... Danke schön. Das, was Sie uns gerade versucht haben, in den Mund zu legen, das möchte ich wirklich zurückweisen. Und nur, weil wir auf eine Auslegung unserer Antwort Ihrerseits jetzt keine Position beziehen, heißt es nicht, dass wir uns Ihrer Auslegung anschließen. Das möchte ich hier zumindest für meine Person ganz deutlich sagen und auch klarstellen. Vielleicht bleiben wir auch erst einmal dabei. Aber ich glaube, mein Kollege hatte da auch eine Anmerkung zu.

Vorsitzender: Herr Russ, bitte.

Steffen Russ: Ja, ich möchte diese Anmerkung auch in aller Form zurückweisen. Wir haben hier eine Aussagegenehmigung, die Entscheidungsprozesse, die rein auf der Bundesebene laufen und nicht die Landeszuständigkeit berührt, nicht umfasst. Und ich bitte, nicht den Fehlschluss zu ziehen, dass es irgendwelche abratenden Beurteilungen gab. Es ist schlicht von unserer Aussagegenehmigung nicht gedeckt und insofern bitte ich das zu berücksichtigen. – Danke schön.

Vorsitzender: Herr Gladiator. Herr Nockemann, die zweite ... Ja, bitte?

Abg. Dirk Nockemann: Das war jetzt eine Nachfrage. Man weiß doch, auf welche Fragen es hier im Ausschuss hinausläuft. Kann man denn da nicht entsprechende Aussagegenehmigungen im Vorhinein erwirken? Kann man darauf denn nicht hinarbeiten? Also das befremdet mich in der Tat. So eine Frage liegt doch geradezu auf der Hand.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich wollte zunächst einmal kurz auf Herrn Dressel eingehen. Weil, ich habe mich bei seiner Frage sehr an den November des letzten Jahres erinnert gefühlt, als wir hier den Ersten Bürgermeister als Zeugen vernommen haben oder befragt haben – ist ja kein PUA – und der sehr deutlich gemacht hat, dass die Entscheidung für Hamburg er getroffen hat, weil die Kanzlerin ihn befragt hat und er deutlich machte – ja, hören Sie zu, Herr Tjarks, das ist spannend für Sie –, er zu jeder Zeit hätte Nein sagen können, sowohl bei der Frage als auch im weiteren Verlauf. Weil wir gehört haben, dass er ja vor seiner Entscheidung zuzusagen, die Hamburger Sicherheitsbehörden eben nicht befragt hat.

Ich erinnere auch an das, was, ich glaube, es war der Vertreter des BKA vorhin noch einmal sehr deutlich auf die verfassungsgemäße Ordnung unseres Landes hingewiesen hat, dass für die Sicherheit, die innere Sicherheit das Land Hamburg in Hamburg zuständig ist und wir

auseinander gefriemelt haben auch, welche Kompetenzen, welche Aufgaben für den Personenschutz, den Objektschutz anderen Behörden des Bundes dann auch zufallen, plus das, was die Bundespolizei macht, plus das, was in Amtshilfe geschehen ist. Wäre übrigens gleich noch eine Frage, was, welche Amtshilfe Hamburg oder welche Amtshilfeanforderung Hamburg an Bundesbehörden gestellt hat – wobei das, was Sie im Vorfeld des Gipfels gestellt haben, wir sind ja nur in dem Bereich, aber nur, um das abzurunden – haben wir hier gehört, Entscheidungen in Hamburg getroffen, ja, wir machen das, auf Vorschlag der Kanzlerin, gar keine Frage. Aber zu jedem Zeitpunkt war das von Hamburg zu negieren nach Sicherheitseinschätzung. Das war ja unsere Kritik auch, dass man die Zusage gemacht hat, ohne die Polizei in Hamburg zu erfahren. Der neue zuständige Innensenator hat das dann auch erst Wochen nach seinem Amtsantritt erfahren, dass das überhaupt in Hamburg stattfinden soll. Also hier müssen wir schon auch nach unserer Grundordnung und den verfassungsgemäßen Aufgabenzuteilungen, glaube ich, unterscheiden.

Mich würde jetzt interessieren einmal noch mal konkret zu dem Sicherheitskonzept, das ja mehrfach angesprochen wurde und zu dem Herr Dressel ja auch eine Einschätzung haben wollte, wo wir übrigens gar keine Kritik im Detail haben. Mich würde interessieren, welche Beiträge der Bundesbehörden an diesem Sicherheitskonzept oder zu diesem Sicherheitskonzept gab es dann. Sie haben ja gesagt Ihre Aufgaben, aber wenn es dieses Sicherheitskonzept, das es hier gab, das in Hamburg gefahren wurde – vielleicht können Sie noch mal konkretisieren, vielleicht auch noch mal genauer darstellen –, welche Anteile am Ende die Bundesbehörden daran hatten.

Und das Zweite ist, das wäre die Frage an den Vertreter des Hamburger Senats, Herrn Grote, welche Amtshilfeersuchen aus Hamburg an Bundesbehörden gab es denn?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, vielen Dank für die Frage. Es tut mir leid, aber ich muss mich da wiederholen. Der Anteil, den wir an der letztendlichen Erstellung des Konzeptes oder auch der Umsetzung des Konzeptes im Rahmen von G20 durch die Hamburger Behörden und die weiter auch mit den Hamburger Behörden zusammenarbeitenden Behörden hatten, war der, den ich schon mehrfach vorgetragen habe. Wir haben im Vorfeld, und zwar seit März 2016 federführend die Informationen zusammengetragen im In- und im Ausland, von denen wir wussten oder von denen wir glaubten, dass sie zur Lagebewältigung dienlich sein können. Diese Erkenntnisse sind in Lagebildern eingeflossen, sind in Bewertungen eingeflossen, sind allen, die es gebraucht haben im Kontext des G20-Gipfels zur Verfügung gestellt worden und dort in eigener Zuständigkeit dann auch verwertet worden. Insofern, das ist der Beitrag des BfVs zu dem Konzept, nämlich weit im Vorfeld. Das Konzept selbst, das Sicherheitskonzept, was hier durch die Hamburger Behörden erstellt wurde, das ist nichts, was mit uns abzustimmen ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Ja, vielleicht an der Stelle noch mal, es ist ja nun mehrfach von Kollegen oder Kolleginnen hier auch gesagt worden, wir haben natürlich eine Aussagegenehmigung. Aber losgelöst davon, was die Eignung des Veranstaltungsortes hier betrifft, kann ich zumindest so viel sagen, nehmen Sie die Drucksache 18/13535 der 18. Wahlperiode, dort ist eine entsprechende Anfrage gestellt worden und dort hat die Bundesregierung Stellung genommen zur Eignung des Veranstaltungsortes.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, auch an dieser Stelle ist es immer angenehm, wenn die Frau Büddefeld den Part vor mir beantwortet, weil, auch hier kann ich fast das Gleiche wieder für die

polizeilichen Erkenntnisse übertragen. Auch bei uns ist es so, dass alle unsere Lageerkennnisse immer in enger Abstimmung an die Hamburger Kollegen weitergeleitet wurden. Wir hatten auch ab, ich glaube, dem 6. Juni eine Verbindungskraft vor Ort in Hamburg, wir haben auch die Lagebilder geschrieben, wir haben Gefährdungsbewertungen vorgenommen, in die Lagebilder eingefügt. Und alle diese Erkenntnisse sind den Hamburger Kollegen gegeben worden und alles Weitere zum Sicherheitskonzept ist nicht in der Zuständigkeit des BKA und bedarf auch keiner Abstimmung.

Vorsitzender: Danke. Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Ja, ich glaube, ich hatte jetzt schon ein-, zweimal doch relativ konkret gesagt, an welchen Stellen wir besonders eng uns konzeptionell abgestimmt haben. Darüber hinaus wüsste ich jetzt keine Ergänzung.

Vorsitzender: Herr Russ.

Steffen Russ: Also ich kann mich im Grunde genommen auch nur wiederholen. Wir haben unterschiedliche gesetzliche Zuständigkeiten, unterschiedliche Aufträge, wir planen und konzeptionieren unsere Einsätze natürlich in diesem Zuständigkeitsrahmen eigenverantwortlich auf der Basis gleicher Lageerkennnisse. Und ich kann nur sagen, wir beziehen unsere Lageprodukte von den zuständigen Stellen und sozusagen transformieren sie dann in unsere Einsatz..., jeweiligen Einsatzkonzeptionen auf gesetzlicher Grundlage. Insofern gibt es keine – und so arbeitet Polizei auch nicht – keine sozusagen einheitliche Einsatzkonzeption für alles, weil wir unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen Land und Bund haben. Insofern kann ich nur sagen, es gibt Berührungspunkte, es gibt Schnittstellen, die wir zusammenarbeiten müssen und uns abstimmen. Das hat hervorragend funktioniert, aber ein einheitliches Einsatzkonzept kann es nicht geben, weil es unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen Bund und Land gibt. Und insofern erübrigen sich da weitere Kommentare. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich hatte jetzt noch auf der Liste Herrn Warnholz, Herrn Jarchow, Herrn Dressel, Herrn Tjarks. Und dann hatten sich ... Und dann wollte ich eigentlich eine Pause machen, und dann haben sich aber zwischenzeitlich Herr Gladiator, Frau Schneider und Frau Friederichs gemeldet. Aber ich würde trotzdem vorschlagen, dass wir jetzt erst einmal Herrn Warnholz, Herrn Jarchow, Herrn Dressel, Herrn Tjarks machen, dann machen wir eine Pause. Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Wir haben heute die vierte Sitzung des Sonderausschusses, drei Protokolle liegen vor, einige haben wir noch bis zum nächsten oder bis Mitte des Jahres. Hat oder findet jeweils nach einer Sitzung, wenn diese Protokolle vorliegen, zwischen den Beteiligten, jeweils Anwesenden ein Austausch statt, zieht man schon einen Strich oder für wann ist das vorgesehen?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also, kein Kommentar. Dazu weiß ich wirklich nicht, was ich aus Bundessicht sagen soll.

Vorsitzender: Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Also Ihre Aufarbeitung hier und die Protokolle, kann ich Ihnen sagen, ich habe die vorher nicht gelesen und es gab auch da keine Ausarbeitung. Wir berichten oder beziehungsweise ich persönlich hier, wir berichten aus unserem Kenntnisstand und mehr kann ich dazu nicht sagen.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, für mich gilt das Gleiche.

Vorsitzender: Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Für mich gilt auch das Gleiche.

Vorsitzender: Herr Russ.

Steffen Russ: Ich kann mich dem nur anschließen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich will noch mal zurückkommen auf zwei Gesichtspunkte. Einmal ist, glaube ich, die Frage nach den Amtshilfeersuchen noch unbeantwortet.

Und vorab noch mal eine Bemerkung, weil vielleicht da sonst ein schräges Bild irgendwie stehenbleibt. Zu der Frage Sicherheitskonzept, Einsatzkonzeption und so weiter und wie hängt das eigentlich miteinander zusammen. Natürlich ist es so wie dargestellt, dass die jeweiligen Sicherheitsbehörden für ihre Aufgabenbereiche am Ende in drei unterschiedlichen Aufbau..., besonderen Aufbauorganisationen, plus einer Sonderorganisationsform des BfV für den Verfassungsschutzverbund unterschiedlich gearbeitet haben und jeweils in eigener Verantwortung gearbeitet haben. Das heißt, da hat niemand dem Konzept des anderen irgendwie zugestimmt oder hat das formal irgendwie geprüft oder irgendetwas oder hat Beiträge geliefert, im Sinne, hier ist mein Baustein, arbeitet das einmal irgendwie mit ein. Aber trotzdem hat es natürlich Teil..., einen ... zum Teil integrierte Aufbauorganisationen gegeben, so war die Bundespolizei in der BAO Michel ja mit vertreten. Es hat einen intensiven Austausch die ganze Zeit gegeben, die Lagebilder waren gemeinsam, und es ist an vielen Schnittstellen zusammengearbeitet worden, sodass es zwar keine formalen Abstimmungen und Zustimmungen und Einvernehmensverfahren gegeben hat – das findet nie statt in solchen Zusammenhängen –, aber natürlich ein gemeinsames Bild, mit welcher Sicherheitslage man umzugehen hat und wie man das dann am Ende in enger Abstimmung auch hinbekommt.

Dann würde ich für die Frage der Amtshilfeersuchen und an wen wir welches gerichtet haben und wer dann hier war und was gemacht hat, noch mal an Herrn Dudde geben.

Vorsitzender: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Ja, das Thema Amtshilfe ist opulent und stand nicht auf der Tagesordnung. Wir haben das ja in den Akten Ihnen übergeben, weil, wir haben eine ganze Menge natürlich gestellt, Bundeswehr, Technisches Hilfswerk, Feuerfahrzeuge. Also wenn es gewünscht ist, kann ich es zum nächsten Mal noch mal aufbereiten als lange Liste, was wir da gemacht haben. Aber wir haben einige Amtshilfeersuchen gestellt, wobei es mit der Bundespolizei eben eine etwas andere Form der Zusammenarbeit gab, weil wir mit zwei BAO nebeneinander gearbeitet haben und überall da, wo Arbeit zu erledigen war, wir erst einmal den formalen ... die formale Abarbeitung nach hinten gestellt haben, sondern erst einmal die Arbeit erledigt haben. Und für alle weiteren Fragen zur Amtshilfe, wie gesagt, kann ich gerne aufbereiten, war eine ganze Menge.

Vorsitzender: Also wenn es dazu etwas gibt, hat Herr Gladiator gerade gesagt, dann geben Sie uns das zu Protokoll. Und ansonsten reicht das. Auf die Behörden, die jetzt hier vertreten sind ... Die Frage ist bezogen auf die Behörden, die hier vertreten sind. Aber das wissen Sie vielleicht auch nicht; das können Sie auch zu Protokoll geben.

Die Behörde für Inneres und Sport erklärte am 14. Februar 2018 Folgendes zu Protokoll:

„Der Abgeordnete Gladiator bittet um Benennung der Amtshilfeersuchen.“

Zu Protokoll wird erklärt:

Einsätze dieser Größenordnung erfordern stets die Unterstützung der eigenen Kräfte durch Kräfte anderer Polizei/Feuerwehren und weiterer Kräfte. Das Vorsehen entsprechender Kräfteanforderungen war daher fester Bestandteil der Vorplanungen.

Daher wurden neben den bekannten Amtshilfeersuchen, die im Wesentlichen technische / medizinische Unterstützung durch die Bundeswehr umfassten, auch Polizeikräfte von Bund und Ländern im Sinne des § 30b Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) angefordert. Diesem Unterstützungsersuchen kamen sowohl der Bund als auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Saarland nach und entsandten Kräfte der Bundes- bzw. jeweiligen Landespolizei.

Darüber hinaus ergingen Unterstützungsersuchen an Österreich, Dänemark und die Niederlande, sowie in Bezug auf eine spezielle Absperrentechnik mit Bedienpersonal auch an Frankreich. Durch die Republik Österreich wurde neben Verkehrskräften auch die Wiener Einheit „WEGA“ (vergleichbar mit einer deutschen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit) und die Spezial-einheit „COBRA“ (vergleichbar deutscher SE-Einheiten), durch Dänemark und die Niederlande ausschließlich Verkehrskräfte entsandt.“

Hartmut Dudde: Also mit dem BKA – sonst muss mir Herr Russ widersprechen – gab es nicht ein Amtshilfeersuchen, und mit der Bundespolizei – das klang hier ja schon durch – haben wir geguckt, in welchen Bereichen wir zusammenarbeiten können und wo es beiden nutzt. Das ist formal dann erst einmal kein Amtshilfeersuchen, also wenn die Mediziner der Bundespolizei unsere ärztliche Praxis betreiben, dann ist das der Anlaufpunkt für alle Verletzten oder kranken Kollegen. Und, Herr Przybyla, ich wüsste nicht, dass wir ansonsten an anderen Ecken irgendwas gemacht hätten, weil, auch der EA Luft, also die Hubschrauberei, lief über einen gemeinsamen Einheitsabschnitt.

Vorsitzender: Eine Amtshilfe mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz gab es auch nicht? Und Amtshilfe mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz gab es auch nicht?

Hartmut Dudde: Nein, die würde sich aus polizeilicher (...)

Vorsitzender: Das haben wir uns schon gedacht. Einfach nur der Sicherheit halber noch mal nachfragt. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, vielen Dank. Mein Eindruck ist, dass wir uns langsam dem Ende dieser Runde nähern, und ich würde gerne die Gelegenheit ergreifen, um einmal kurz zusammenzufassen, wie ich die Aussagen aufgenommen habe, und vielleicht haben Sie dann dazu etwas zu sagen oder mich zu korrigieren. Meine ... Ich nehme mit: Sicherheitskonzept, Einsatzkonzept, alles abgestimmt, alles stimmig, Lagekonzepte in Ordnung, Zusammenarbeit gut und vertrauensvoll, der Austausch hat ge.... Die Prognosen, die wir vorher gehört haben, sind zu relativieren, das muss man nur richtig verstehen, auch die Einsatzzahlen. Das Einzige, was überrascht hat, war die neue Dimension der Auswüchse der Krawalle. Eigentlich habe ich nichts von Fehlern gehört, Fehler gab es scheinbar nicht. Alles ist gut, kein Anlass zur Kritik. Das ist so das, was sich mir erschließt, wenn ihr Ihre, die Aussagen insbesondere der Herren der Bundesbehörden und Damen der Bundesbehörden so noch mal Revue passieren lasse. Ich bin mir nicht sicher, ob die Anwohner in den

Gebieten, um die es geht, das in den Tagen ähnlich empfunden haben. Und ich muss sagen, ich hätte mir schon gewünscht, dass wir da etwas mehr Kritik auch im Nachhinein hören und nicht immer nur der Schwarze Peter weitergeschoben wird. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Jarchow. Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Gut. Also ich weiß nicht, ob das jetzt Sinn macht, dass wir zweistündige Aussagen in einem halbaminütigen FDP-Zusammenfassung so nehmen, sondern ich glaube, wir sollten dann schon die Aussagen, die hier gemacht worden sind, nachher auch sehr genau im Protokoll noch mal angucken. Die waren, glaube ich, sehr differenziert und lassen sich, glaube ich, jetzt nicht so holzschnittartig zusammenfassen.

Ich will nur noch mal auf den Kollegen Gladiator reagieren, weil Sie ja zu Recht den Bürgermeister gefragt haben, inwieweit hat sich der Bürgermeister vorher mit seinen Sicherheitsbehörden abgestimmt. Aber für uns ist doch ... sind zwei Seiten einer Medaille, dass wir natürlich heute auch die Bundesebene fragen, inwieweit sozusagen dort eine Abstimmung vorher stattgefunden hat, in diesem Fall dann der Bundeskanzlerin, denn das war natürlich ihre Entscheidung, die sie dann zwar gemeinsam mit dem Bürgermeister getroffen hat, aber das hier jetzt so darzustellen, als wäre das eine einsame Entscheidung des Bürgermeisters auf Vorschlag der Bundeskanzlerin, ich glaube, das trifft die Realität nicht. Es war eine sozusagen letztlich gemeinsame Entscheidung. Sie fragen völlig zu Recht den Bürgermeister, was hat er mit den Hamburger Sicherheitsbehörden abgestimmt. Und wir wollen logischerweise, damit es eben kein Schwarzer-Peter-Spiel ist, sondern auf der Bundesebene genauso auch wissen, inwieweit dort eine Abstimmung stattgefunden hat hinsichtlich des Austragungsorts und der Modalitäten sozusagen in der Frühphase dieser Entscheidungsfindung. Dieser Erkenntnis sind wir jetzt heute nicht wirklich nähergekommen, jedenfalls was den öffentlichen Teil der Befragung angeht. Vielleicht können wir das ja im nicht öffentlichen Teil noch mal vertiefen, weil, ich finde in der Tat, das ist nicht etwas, was eine Verschlussachengeschichte ist, sondern das ist etwas, wo wir jetzt rückblickend eine Frage einer Bewertung zuführen, und da ist diese Frage, ob dort im administrativpolitischen Raum es eine Kommunikation gegeben hat, etwas, was einer Nachfrage zugänglich ist. So, das würde ich gerne noch mal festgehalten haben.

Und zuletzt die Frage, ich habe das vom Senator noch mal so verstanden, in der Tat hat es zu den Sicherheitskonzepten der verschiedenen Beteiligten keine Zustimmungsvorbehalte unter den Behörden gegeben, aber man hat sich abgestimmt und hat jedenfalls das voneinander zur Kenntnis genommen, Erkenntnisse ausgetauscht und so weiter. Deshalb an die Bundesbehörden einfach nur noch mal abschließend die Frage, sind denn irgendwelche, aus Ihrer Kenntnis heraus irgendwelche Sachen, die Sie beigesteuert haben, die Informationen, die Sie weitergegeben haben, nicht aufgenommen worden oder ist alles eingeflossen, was Sie beigesteuert haben. Das einfach nur noch mal, um das abzuschließen.

Vorsitzender: Dann Frau Büddefeld, bitte.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ich darf vielleicht auf ein Wort eingehen, nämlich die Zustimmungsvorbehalte. Ich glaube, alle Auskunftspersonen und auch die Hamburger hier anwesenden Kollegen haben deutlich gemacht, es gibt keinen Zustimmungsvorbehalt zu Konzepten – ich bitte, das auch wirklich ernst zu nehmen – sondern wir arbeiten auf unterschiedlichen Grundlagen, in unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen, und wir stimmen natürlich ... wir stimmen unser – ja, wie soll ich das sagen – Handeln ab, aber nicht die Konzepte. Mir wird kein Konzept irgendeiner Behörde vorgelegt, die eine Lage zu bewältigen hat, also auch als Bundesbehörde nicht. Das ist schlicht nicht so, und das möchte

ich bitte noch mal ganz deutlich auch hier sagen. Das war noch mal eine Anmerkung von meiner Seite.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Ich sehe von den anderen Auskunftspersonen und Frau Pooth auch ein Nicken dazu. Sie müssen jetzt nicht alles (...), einfach nur fürs Protokoll vielleicht, ob Sie sich dem anschließen.

Heike Pooth: Ja, ich schließe mich dem an, möchte nur noch mal auch ... Wir sitzen ja hier zu zweit vom Bundeskriminalamt. Ich möchte nur noch mal sagen, dass ich natürlich hier nur für meinen Zuständigkeitsbereich sprechen kann, das heißt, für die Informationssammelstelle, die wir in der Abteilung Polizeilicher Staatsschutz geführt haben. Ich bin ja nicht als Behördenvertreter hier und kann jetzt nicht meine Behördenmeinung Ihnen hier mitteilen. Von daher, das, was ich sage, betrifft immer nur meine Zuständigkeit im Rahmen des G20-Kontextes. Und da, in Bezug auf Ihre Frage jetzt noch mal konkret, habe ich keine Erkenntnis, dass Infos, die wir an Hamburg weitergeleitet haben, dort nicht entsprechend verwendet, genutzt wurden im Rahmen des Sicherheitskonzepts. Mir liegen einfach dort keine Erkenntnisse vor.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Ja, ich habe ja in meiner Einführung deutlich gemacht, dass ich als Inspekteur keine operative Verantwortung habe. Insoweit konnte ich hier auch keine, in dem Sinne keine operativen Erkenntnisse beisteuern und habe den Einsatz und die Einsatzplanung begleitet und habe Erfahrungswerte auch an der einen oder anderen Stelle mitgeteilt. Aber Ihre Frage zielt ja darauf ab, ob es konkrete Hinweise gab. Das trifft für meinen Aufgabenbereich nicht zu.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Natürlich hat es, insbesondere da, wo sich die Einsätze sozusagen ganz nahegekommen sind, Diskussionen gegeben, alles andere wäre ja auch unprofessionell, aber am Ende, kann ich Ihnen sagen, ist nichts offengeblieben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Russ.

Steffen Russ: Ja, ich kann mich an dem Punkt wirklich nur wiederholen, aber noch mal bestätigen, natürlich machen wir das alles in unserem jeweiligen eigenen Zuständigkeitsbereich. Gleichwohl gab es natürlich sowohl in der Vorbereitung als auch in diesen Einsatzdurchführungen immer wieder Gespräche, engste Abstimmungen auf unterschiedlichsten Ebenen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich, wo wir uns ausgetauscht haben, wo wir Erkenntnisse, wo wir sozusagen Maßnahmen abgesprochen haben. Das ging wirklich im engen Schulterschluss, aber klar ist natürlich, das bleibt jeweils ... bleibt man in seiner Zuständigkeit verantwortlich am Ende des Tages für das, was ... für die Entscheidungen, die man trifft. Aber insofern, sage ich 'mal, ist da auch nichts offengeblieben, ganz im Gegenteil, wir blicken in dieser Hinsicht sehr, sehr positiv auf diesen Einsatz zurück, was die Zusammenarbeit angeht. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch für meine Fraktion festhalten, also dass sozusagen ja die besondere Erkenntnis neben der Frage, dass offensichtlich aus dem Ausland keine verdeckten Ermittler eingesetzt worden sind oder dass Sie zumindest keine Kenntnis davon hatten, Sie die Darstellung gestützt haben, dass Art und Ausmaß der Militanz, der blindwütigen Gewalt und auch der Quantität der Gewalt, der Art und Weise sozusagen Sie jetzt überrascht hat. Das zum Dritten, das Thema, wann Sie von der Ortswahl erfahren haben, ob Sie vom Ort abgeraten haben, hier bisher nicht weiter

aufgeklärt werden konnte von Bundesebene. Und, Herr Gladiator, also wenn Sie sozusagen ... Wir hatten das Thema in der letzten Sitzung ja auch schon. Also wenn Sie ein Interesse daran haben, dass wir das Thema Journalisten und die Aufklärungsmöglichkeiten, die so das Bundespresseamt da für sich selber sieht ... Wenn Sie da ja auf den Geschäftsführenden Bundesinnenminister noch mal einwirken wollen, inwieweit er dort mehr Auskunft geben kann zu dem Thema, dann können Sie ja hier noch mal Ihr Gewicht in Fragen der Aufklärung in die Waagschale legen. Aber da ist an der Stelle bisher auch von Bundesebene das immer so ein bisschen dürrtig geblieben.

Ich erhoffe mir gleich in dem anderen Teil noch mal die Beantwortung der Fragen, die ich gestellt habe, Herr Nockemann, und nicht Sie, in Bezug auf die Frage, welche Aktivitäten haben Hamburger Gruppierungen im Ausland verübt. Weil, ich glaube, das ist in der Tat eine relevante Frage, es ist eine relevante Frage, der wir im Rahmen dieses Ausschusses auch nachgehen werden.

Ich habe eine konkrete Sachfrage noch an Frau Büddefeld. Sie hatten vor längerer Zeit jetzt schon gesagt – und ich hoffe, ich zitiere Sie oder ich gebe Ihre Aussage dort sinngemäß wieder –, dass Sie überrascht waren, dass die Ausschreitungen im Schanzenviertel stattgefunden hätten. Ich hoffe, ich kann das sozusagen ... habe ich Sie sinngemäß wiedergegeben. Ich würde Sie bitten, diese Aussage noch mal ein wenig zu konkretisieren, warum Sie davon überrascht gewesen sind, weil, vielleicht zwei Hinweise: Das ist ja, ich sage 'mal so, für Hamburger einer der zentralen Orte, und es ist jetzt auch nicht so weit vom Veranstaltungsgelände entfernt. Und deswegen die Frage.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Vorausschicken möchte ich, dass das jetzt tatsächlich meine ganz persönliche Einschätzung ist. Das ist in diesem Kontext, glaube ich, ganz wichtig. Überrascht bin ich deshalb, weil das Schanzenviertel für mich ein Viertel ist, wo tatsächlich sehr viele Menschen leben, die sich, ich sage 'mal, eher links orientieren – damit will ich nicht sagen, dass es alles linksextremistische Personen sind – und ich mich wirklich gefragt habe, warum ein Viertel, in dem also diese Interessen sind, warum das zerstört wird. Das ist eine Frage, die ich an mich persönlich gerichtet habe und die mir bisher auch noch keiner beantworten konnte.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Dann frage ich noch mal nach. Das ist jetzt ein Thema, was Sie sozusagen im Nachhinein umgetrieben hat oder ist das etwas, was Sie auch quasi im Vorwege, wenn Sie jetzt selbst gesagt haben, so und so könnte sich die Lage entwickeln – nicht nur Sie als Person, sondern auch als Organisation –, als Gedanken einmal aufgeschrieben haben, dass Sie da eher nicht mit Aktionen rechnen. Oder ist das sozusagen ein Thema, was Sie nur sagen, im Nachhinein, wenn man die Situation betrachtet, wie sie gewesen ist, überrascht es Sie immer noch, dass es da gewesen ist?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, es ist tatsächlich so, dass das im Nachhinein ein Gedanke ist, ja, so Gedanken sind, die ich habe. Warum das Schanzenviertel und warum dann auch in diesem Ausmaß?

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Gladiator, jetzt noch einen kurzen Antwortsatz, bevor wir in die Pause gehen.

Abg. Dennis Gladiator: Ganz kurz, weil Herr Dr. Tjarks mich angesprochen hat. Bis auf Frau Büddefeld, die Herrn Dr. Maaßen vertritt, sind alle Auskunftspersonen heute von den

Fraktionen so eingeladen worden, wie Sie hier auch erschienen sind. Wenn Sie also andere Fragen haben, die von anderen Personen auch nur beantwortet werden können, müsste man die einladen. Ich finde es schwer jetzt, das den Personen vorzuwerfen.

Vorsitzender: So, der Senator hatte sich jetzt noch gemeldet, und dann würde ich aber gerne in die Pause gehen wollen.

Senator Andy Grote: Ja, geht um eine Anregung oder Fragestellung zum weiteren Verfahren. Es hat sich ja, ich glaube, so ein bisschen der Eindruck herausgebildet, dass in einem nicht öffentlichen Teil der Sitzung andere Antworten gegeben werden könnten. Das bitte ich noch mal zu hinterfragen und zu prüfen, bevor wir hier die Öffentlichkeit ausschließen. Wenn ich in das Antwortverhalten so richtig reingehört habe, dann habe ich den Eindruck, dass ganz unterschiedliche Gründe dazu geführt haben, dass keine Auskunft gegeben wird, ob das die Begrenzung der Aussagegenehmigung betraf oder andere Dinge. Deswegen würde ich das einmal ... Bevor wir hier sozusagen die Öffentlichkeit ausschließen und dann auch keine Auskünfte erhalten, sollten wir das einmal miteinander besprechen, ob das sinnvoll ist.

Vorsitzender: Also zum einen haben wir ja jetzt die Pause. Das ist schon einmal ganz gut. Das habe ich in weiser Voraussicht mir vorgenommen, gleich einmal mit den Obleuten zu besprechen. Und die Beratung darüber, ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, findet ja auch schon nicht öffentlich statt, und dann haben wir auch noch mal Gelegenheit, das auch noch mal zu wägen an der Stelle.

Jetzt keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung an der Stelle? Dann würde ich sagen, machen wir jetzt die Pause und können auch darüber, was der Senator eben gesagt hat, noch mal sprechen. Für 15 Minuten.

(Sitzungsunterbrechung von 19.27 Uhr bis 19.54)

Vorsitzender: So, und um den anwesenden Gästen der Bürgerschaftskanzlei und den Bürgerinnen und Bürgern vor allen Dingen, die auch ja hier sind, es etwas einfach zu machen, greifen wir jetzt zu dem etwas ungewöhnlichen Schritt, dass wir die Sitzung jetzt offiziell unterbrechen und ich die Ausschussmitglieder und die Auskunftspersonen bitte, mir zu folgen in Raum B. Also bitte gehen Sie zu dem Ausgang, folgen Sie uns, damit wir uns dort noch einmal austauschen können. Und dann ist die Sitzung unterbrochen bis auf Weiteres.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Gehe ich davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierbleiben?

Vorsitzender: Ja.

Abg. Christiane Schneider: Gut.

Vorsitzender: Nur die Ausschussmitglieder, die Abgeordneten, der Senat kann natürlich auch anwesend sein, das ist klar.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider: Das hatte ich schon gehört, ja.)

Und die Auskunftspersonen.

Ich stehe jetzt auf und gehe und Sie folgen mir alle.

(Sitzungsunterbrechung von 20.17 bis 20.30 Uhr)

Vorsitzender: So. Dann heiße ich Sie ganz herzlich willkommen. Wir machen weiter mit der Sitzung. Für die Öffentlichkeit und alle Anwesenden, der Ausschuss hat die Sitzungspause genutzt und hat sich noch einmal intensiv mit der Frage beschäftigt, ob wir weitere Aussagen der Auskunftspersonen zu erwarten haben, wenn wir die Öffentlichkeit ausschließen oder ob wir dann weitere Probleme hinsichtlich der formalen Zuständigkeit dieses Ausschusses haben, also rechtliche Probleme haben, und auch tatsächliche Probleme dahingehend haben, dass jetzt erteilte Auskunftsgenehmigungen nicht umfangreich genug sind, sodass man das nur heilen könnte, wenn man eine weitere Sitzung macht.

Und vor dem Hintergrund hatten wir jetzt zu entscheiden, ob wir in nichtöffentlicher Sitzung darüber beschließen, ob wir die Öffentlichkeit ausschließen. Die Fraktion DIE LINKE hat ja das beantragt, aber wir sind jetzt übereingekommen, dass wir darüber nicht abstimmen werden, weil alle Fraktionen bis auf DIE LINKE, die diesen Antrag aufrechterhalten würde, aber signalisiert haben, dass sie die Öffentlichkeit nicht ausschließen werden, sondern wir weiter fortfahren in öffentlicher Sitzung. Und deswegen ist also klar zu Protokoll auch, dass DIE LINKE diesen Antrag gestellt hätte, aber da klar ist, dass die anderen Fraktionen dem nicht zustimmen, darauf verzichtet, da ansonsten der Saal geräumt werden müsste, die Öffentlichkeit schon für die Beratungen auch ausgeschlossen werden müsste, und vor diesem Hintergrund wird der Antrag von Frau Schneider zurückgezogen. Vielen Dank, dass Sie auch im Hinblick auf die Öffentlichkeit so unbürokratisch mit dieser Sache umgehen. Und fürs Protokoll ist klar, wie das gemacht worden ist. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Wir wollten noch einen Satz zur Begründung sagen.

Vorsitzender: Machen Sie bitte Ihr Mikro ...

Abg. Dirk Nockemann: Wir wollten noch einen Satz zur Begründung sagen, warum die anderen Fraktionen gegen diesen Antrag stimmen. Das wäre mir sehr wichtig.

Vorsitzender: Wir stimmen gegen den Antrag, weil wir nicht zu erwarten haben, dass wir in der nichtöffentlichen Sitzung weitere Antworten bekommen. Wie wir damit politisch und formal weiter umgehen, ist eine Frage der weiteren Ausschussberatung, werden die Fraktionen untereinander und bis zur nächsten Ausschusssitzung entscheiden. Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir jetzt die Öffentlichkeit ausschließen. Vielen Dank für den Hinweis.

So. Dann machen wir allerdings weiter. Wir sind nach wie vor beim Tagesordnungspunkt a und ich habe Herrn Gladiator als Nächsten auf der Liste. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ich wollte zum einen auf den Kollegen Jarchow antworten, der ja sein Fazit gezogen hat vor der Sitzungspause, wollte ihm nur entgegen, weil er selbstkritische Haltungen vermisst hat ... Ich will noch einmal darauf hinweisen, wir haben es mit einer Kompetenzuordnung nach einem Grundgesetz zu tun und wir haben heute hier die Vertreter der Bundesbehörden befragt, die für die Sicherheit des Messezentrums, der Hotels und der Schutzpersonen zuständig waren und nicht für das, was in der Schanze oder an der Elbchaussee passiert ist. Und wir haben auch gehört, dass alles, was an Erkenntnissen war, zugeliefert wurde. Und ich erinnere daran, dass wir in vielen Sitzungen hier als CDU-Fraktion gesagt haben, an der Erkenntnislage hat es wahrlich nicht gemangelt. Die Behörden haben die Erkenntnisse geliefert. Es ist auf die Frage gegangen, wie das politisch bewertet und eingestuft wurde. Ich will das hier nicht wiederholen. Wir wissen alle,

dass wir den Bürgermeister gehört haben, der sagte, niemand konnte diese Gewalt in der Form vorhersehen. Ich halte das für nicht vertretbar, aber das mag ja jeder anders bewerten. Nur jetzt zu schließen, dass die Bundesbehörden nicht die Verantwortung für das übernehmen, was hier ansonsten passiert ist, wäre schlichtweg mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Insofern wollte ich darauf gern hinweisen, dass ich da zu einer anderen Auffassung komme.

Ich hätte noch eine Frage, die mich tatsächlich interessieren würde, inwieweit auch aus den Bundesbehörden die Frage einer besonders ausgeprägten linksextremen Szene, die wir in Hamburg ja haben, anders als auch in anderen Großstädten, wie weit darüber Erkenntnisse im Vorfeld erhoben und bewertet und auch an das Land Hamburg weitergegeben worden sind. Ich will gar nicht nur auf die Rote Flora kaprizieren. Sie haben die IL genannt. Sie haben andere genannt. In Hamburg ist die halt ausgeprägter, was wir auch daran erlebt haben, dass die Versuche schon Einreisen zu verhindern, die ja nicht so erfolgreich sein konnten, weil diejenigen, die zu uns gekommen sind, gar keine Vermummungsgegenstände und anderes mitbringen mussten. Das haben ja deren Freunde in Hamburg schon gut unternommen, für die übernommen. Insofern, inwieweit sind da Erkenntnisse im Vorfeld erhoben worden, bewertet worden und auch an Hamburg gegeben worden.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir fangen jetzt einmal anders herum an. Herr Russ. Kam das jetzt überraschend? Ich hoffe nicht.

Steffen Russ: Das kam nicht überraschend. Also ich sag 'mal, wie gesagt, ich kann immer nur im Rahmen meines Zuständigkeitsbereichs antworten, aber ich möchte jetzt einmal behaupten, dass die Hamburger Behörden über ihre linksextremistische Szene wohl besser Bescheid wissen als der Bund. Insofern, glaube ich, bedurfte es da keiner Nachhilfe, aber das ist wie gesagt meine persönliche Auffassung.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Przybyla.

Thomas Przybyla: Dem ist nichts hinzufügen.

Vorsitzender: Danke. Frau Pooth?

Heike Pooth: Von meiner Seite die gleiche Auffassung.

Vorsitzender: Herr Lohmann?

Wolfgang Lohmann: Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender: Und Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Ich schließe mich dem auch an, aber vielleicht nur eine Anmerkung. Wir arbeiten ja im föderativen System. Das heißt, wir haben ja eine bestimmte Art der Abläufe der Informationserhebungen und der Zuständigkeiten. Und für die regionalen Belange sind immer auch die regionalen Behörden in erster Linie zuständig.

Vorsitzender: Okay. Vielen Dank. Noch einmal ein Hinweis erst einmal zu den Wortmeldungen und dann auch zur weiteren Tagesordnung. Also ich habe noch Frau Schneider, Frau Friederichs ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Ja okay. Dann also Frau Friederichs, Herrn Dressel für diesen Tagesordnungspunkt drauf. Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 1b, für den die Auskunftspersonen ja auch noch zur Verfügung stehen. Das mag auch etwas kürzer werden, weil beides sicher doch auch ein bisschen überlappt, aber das kann man nicht sagen. Die Fragefreudigkeit des Ausschusses ist ja ausgeprägt, wie Sie alle wissen. Das ist auch gut so. Und deswegen stellt sich aber die

Frage, wie wir perspektivisch mit den Tagesordnungspunkten c, d und e umgehen. Und dann blicke ich einmal so ein bisschen in die Ausschusssrunde, weil ja auch wir vereinbart hatten, dass wir nicht länger als bis 22 Uhr tagen wollen. Frau Schneider, Herr Jarchow.

Abg. Christiane Schneider: Also ich hätte jetzt ehrlich gesagt nicht gedacht, dass der erste Punkt so lange dauert. Und jetzt kommt noch b. Das wird jetzt nicht mehr viel sein, weil das ja schon mit behandelt worden ist, aber ich gehe davon aus, dass die Frage des Camps, was unsere Fragen angeht, mindestens zwei Stunden dauern wird. Also wir werden das auf gar keinen Fall schaffen bis 22 Uhr.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Christiane Schneider: Das will ich zu bedenken geben.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Wie schon erwähnt ist ja leider unser benannter Experte Herr Dr. Törber krankheitsbedingt nicht dabei heute. Insofern liegt es auch in unserem Interesse, insbesondere die Punkte d und e heute nicht zu behandeln, weil er für uns da absolut wichtig ist.

Vorsitzender: Also es geht ja nur darum, wir können einfach erst einmal weitermachen, sehen, wie weit wir kommen. Das ist schon klar. Aber wenn wir das absehen können, kann ich natürlich auch insbesondere Herrn Dr. Ernst, der ja da ist und nicht Behördenvertreter ist, vielleicht sonst auch gehen lassen und auch andere Personen, die dem Senat angehören und ausschließlich für diese Tagesordnungspunkte da sind und wahrscheinlich schon alle Akten gelesen haben, die zu lesen sind, dann nach Hause schicken. Deswegen würde ich das ungern so machen. Ja, Herr Gladiator?

Abg. Dennis Gladiator: Zum einen, die Ankündigung der Kollegen der LINKEN zeigt, würde nicht einmal Punkt c heute fertig werden, und ein Zerreißen dieser Punkte bei identischen Auskunftspersonen macht auch keinen Sinn, und auch der Fairness halber das jetzt – da Sorge ich mich sogar um GRÜNE-Senatoren –, dass die hier einen Abend verbringen, den sie auch zu Hause verbringen können bei der Familie – meine ich jetzt ehrlich –, wäre sinnvoll, jetzt zu entscheiden, dass wir Punkte c, d und e dann vertagen.

Vorsitzender: Ich gucke einmal in die Runde. Ich sehe es jetzt auch so. Herr Nockemann ist jetzt gerade draußen, aber ich denke einmal, dass er da nicht so das Problem mit haben wird. Dann würden wir das auch so machen. Dann ...

(Zurufe)

Dann vertagen wir die Punkte c, d und ... Antje Möller.

Abg. Antje Möller: Entschuldigung. Ich möchte dann aber die dringende Bitte loswerden, dass wir uns wenigstens noch einmal als Obleute nach dann dieser dann nicht mehr so lang andauernden Sitzung zusammenhocken kurz, um zu klären, ob wir möglicherweise eine Sondersitzung brauchen und wie wir die nächste Sitzung vorstrukturieren.

(Zuruf: Ja genau!)

Wir tun uns keinen Gefallen damit, wenn wir die Dinge immer weiter vertagen. Das wäre meine Bitte.

Vorsitzender: Gut. Das ist dann der politische Preis, den die Obleute dann dafür bezahlen müssen, dass wir noch etwas hierbleiben. Dann vertagen wir die Tagesordnungspunkte c, d und e und befassen die heute nicht. Und dann darf ich insbesondere Herrn Dr. Ernst, der irgendwo dort hinten, glaube ich, sitzt, um Entschuldigung bitten, dass Sie haben so lange ausharren müssen und dann doch nicht dran gekommen sind, aber vielleicht war es trotzdem auch interessant. Sie sind ja als Jurist auch an solchen Dingen vielleicht

interessiert. Vielen Dank, dass Sie da waren. Und vielleicht können die Senatsvertreter einrichten, dass dem wartenden Justizsenator noch ein Signal gegeben wird, dass er heute nicht mehr angehört wird. Dann ist er uns, glaube ich, auch sehr dankbar. Hat das jemand von Senatsseite gehört, dass Sie noch dem Justizsenator Bescheid sagen?

(Zuruf: Ja!)

Gut. Dann ist jetzt Frau Friederichs dran.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. In Anbetracht dessen, was eben gesagt wurde, bin ich gespannt, ob Sie was zu der Frage sagen können. Mir geht es noch einmal allgemein um den Austausch der Bundessicherheitsbehörden mit den anderen Staaten. Das war ja auch explizit das Thema des Punktes, den wir hier jetzt seit zwei Stunden beleuchten, und zwar würde ich da einfach noch einmal gern wissen, wie da der zeitliche Horizont war, wann der Austausch angefangen hat und in welcher Art und Weise, also Form, er über die Zeit bis zum Gipfel und – ja, wir sind ja im Vorwege – bis zum Gipfel dann stattgefunden hat.

Vorsitzender: Wir fangen jetzt ja immer ... Herr Russ. Wir fangen jetzt bei Ihnen an.

Steffen Russ: Also wie gesagt, im Rahmen meines Zuständigkeitsbereichs als Polizeiführer der BAO Hanse haben wir jetzt keinen direkten Austausch mit dem Ausland. Das gibt einfach der Einsatz und die Einsatzkonzeptionierung nicht her, sondern wir sind sozusagen, wenn es den Informationsaustausch angeht, auf Lageprodukte, wenn man so will, der dann zuständigen Stellen, sei es aus dem Verfassungsschutzverbund, aus dem polizeilichen Verbund angewiesen und wandeln das dann um sozusagen in unsere eigenen personenbezogenen Lagebewertungen. Insofern bin ich, glaube ich, da nicht der richtige Ansprechpartner.

Vorsitzender: Herr Przybyla?

Thomas Przybyla: Für mich gilt genau das Gleiche. Ich war Konsument der Lageprodukte der Sicherheitsbehörden, die dafür zuständig sind.

Vorsitzender: Frau Pooth?

Heike Pooth: Dem kann ich mich jetzt nicht anschließen. Wir haben natürlich den international polizeilichen Informationsaustausch von unserer Seite ja betrieben. Zur Art und Weise hatte ich ja schon den PWGT-Weg erklärt. Das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen. Vielleicht noch zusätzlich, zu diesem Austausch haben wir auch noch eine Unterstützung der Europol-Komponente gehabt, und zwar sind ja bei Europol die Länder vertreten mit ihren nationalen Verbindungsbeamtenbüros, so hat Deutschland ja auch ein nationales Verbindungsbeamtenbüro bei Europol, bestückt vom BKA, aber auch von Länderkollegen, und die anderen Staaten haben das auch. Und unser nationales Büro hat unsere Anfragen in dem Sinne unterstützt, dass sie jeweils die Anfrage auch noch einmal an das entsprechende nationale VB-Büro bei Europol gesteuert hat mit der Bitte um Sensibilisierung, schnellstmögliche Antwort, um das noch einmal zu begleiten, zu unterstützen. Zusätzlich zu dieser Unterstützung haben wir natürlich auch noch unsere eigenen BKA-Verbindungsbeamten eingebunden und informiert, sodass wir eigentlich auch verschiedene Wege hatten.

Zur Art und Weise noch, ich kann sagen, wir haben ja, hatte ich Ihnen gesagt, im Januar die ISA eingesetzt und haben erstmalig die internationalen Staatsschutzdienststellen im März, am 20. März mit einem PWGT-Schreiben informiert und zuvor mit den Hamburger Kollegen abgestimmt, wie sind die Bedarfe in Hamburg, und haben entsprechend gebeten, alle Er-

kenntnisse im Detail zu Mobilisierung, zu Anreisen, aber auch zu Aktionen im Ausland, alles, was denkbar dazugehört, uns aktiv mitzuteilen.

Dann haben wir ein weiteres PWGT-Schreiben am – ich gucke gerade nach – am 10. Mai, wo wir dann noch einmal konkret Länder angeschrieben haben, ich sage jetzt einmal, ungefähr zehn, wo wir auch schon vorher Erkenntnisse bekommen haben und auch dort noch einmal sensibilisiert haben, noch einmal mit der Bitte, aktiv uns Erkenntnisse mitzuteilen und auch vor allen Dingen sensibilisiert haben in Form einer 24/7-Erreichbarkeit, weil, der PWGT-Weg ist nicht 24/7 besetzt, und haben dann gebeten, zum Zeitpunkt des Gipfels selbst eine 24/7-Erreichbarkeit herzustellen, sodass unsere Anfragen möglichst zeitnah beantwortet werden. Wir haben dann noch an alle PWGT-Staaten ein Sensibilisierungsschreiben im Juni, am 20. Juni, geschickt, und da haben wir insbesondere noch einmal den Bedarf der Hamburger Kollegen, was im konkreten Gipfelzeitraum die Ingewahrsamnahme von ausländischen Staatsangehörigen betrifft, weil hier es erforderlich war auf Hamburger Seiten, dass möglichst zeitnah eine Antwort zu den Erkenntnissen dieser Personen aus dem Ausland eingeht, weil ansonsten der Richter nicht entscheiden kann über die entsprechende Fortsetzung der Ingewahrsamnahme. Da haben wir zusätzlich noch einmal sensibilisiert und das Ausland gebeten, oder unsere Staatsschutzdienststellen, möglichst zeitnah, zwei bis drei Stunden, uns eine Antwort mitzuteilen, dann mir umgehend dann auch die Hamburger Kollegen informieren können. Das war vielleicht zur Art und Weise. Wann, hatte ich damit auch beantwortet. Und jetzt weiß ich nicht, ob da noch eine Frage offen war. Oder ob das ...

Vorsitzender: Ich glaube nicht. ...

(Frau Heike Pooth: Okay.)

... Herr Lohmann.

Wolfgang Lohmann: Ja, vor dem Hintergrund meiner Aufgaben bekomme ich natürlich die Produkte. Die Entstehung der Produkte auf welcher Grundlage, das ist nicht mein Thema und insoweit kann ich da keine Einzelheiten weiter zu darstellen.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Auch wir haben die inländischen Partnerdienste frühzeitig eingebunden – ich habe jetzt gerade nicht das Datum, weil, da habe ich es nicht so schnell im Zugriff, wann das erste Anschreiben war, aber sehr frühzeitig, nachdem wir wussten, dass der Gipfel hier in Hamburg stattfinden wird – und sie um Unterstützung, also sprich, Informationsweiterleitung gebeten. Wenn man das jetzt vor dem Hintergrund der Mobilisierung sieht, ist es natürlich so, dass, wenn wir im Frühjahr 2016 angefragt hätten, sicherlich noch keine Erkenntnisse dazu aus dem Ausland hätten kommen können, weil, Mobilisierung läuft ja dann auch erst an und braucht eine Weile.

Wir haben insgesamt, und das sagte ich ja vorhin schon auf eine Frage, die mir gestellt wurde, über den Berner Club auch kommuniziert, haben dort auch die Nachrichtendienste sensibilisiert, uns Informationen zu geben. Wir haben vor allen Dingen dann in der Nähe des Gipfels, März und Juni, auch noch einmal schriftliche Unterrichtungen gemacht und haben dann auch noch dichter dran am Gipfel die einzelnen Verbindungsbeamten der Nachrichtendienste, die hier in Deutschland ansässig sind, auch gebrieft.

Insgesamt haben wir einen Informationsaustausch mit 13 ANDs in diesem Kontext gehabt. AND heißt ausländischer Nachrichtendienst.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, das passt ganz gut dazu, weil natürlich auch eine Hoffnung im Vorfeld war, dass diese intensive Abstimmung mit den ausländischen Nachrichtendiensten und dann auch Polizei und Sicherheitsbehörden in anderen Ländern auch dazu führt, dass man möglichst frühzeitig auch in den Herkunftsländern, gerade wenn es eben das Ausland betrifft, eben mit dafür sorgt, dass auch viele dieser potenziellen Gefährder oder welche, die dann hier auch nach Hamburg kommen wollen, um hier Straftaten zu verüben, dass man sie auch daran hindert, überhaupt hierherzukommen. Und die Frage ist, ob sie dann noch einmal ein bisschen Ihre Erkenntnislage schildern können, wie dieser Prozess gelaufen ist, welche Erkenntnisse Sie darüber hatten, was dann in Kooperation mit den Sicherheitsbehörden in den anderen Ländern passiert ist, und warum jetzt gefühlt aus der Hamburger Perspektive, da bin ich jetzt durchaus bei Herrn Jarchow, dass wir uns natürlich hier fragen, was hätte noch besser laufen können, sozusagen, warum es nicht gelungen ist, dort auch mehr in den Ländern auch sozusagen an einer Reise nach Hamburg zu hindern und nicht erst zu gucken, dass man hier eine Ingewahrsamnahme vornimmt, sondern mit Gefährderansprachen in den Herkunftsländern und, und, und auch sagt, das ist hier auch nicht erwünscht, dass ihr nach Hamburg fahrt, dass Sie dazu vielleicht was sagen können.

Und dann noch die umgekehrte Fragestellung, weil wir natürlich auch dem Thema nachgehen, wieweit Autonome aus Hamburg ganz gezielt in anderen Städten, anderen Bundesländern, in Deutschland, aber auch gegebenenfalls darüber hinaus Werbung gemacht haben, kommt nach Hamburg und veranstaltet hier die szenetypischen Straftaten, was ja zum Beispiel in diesem Transparent, was, glaube ich in Zürich hing, ja so ein bisschen gipfelte, dass sozusagen ..., nach Hamburg kommen, so lange es noch steht. Ich weiß nicht, ob ich das jetzt richtig zitiert habe, aber das war jedenfalls etwas, was durchaus eine bedrückende Information gewesen ist, auch für viele Hamburger Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, welche Erkenntnisse haben Sie aus dem Verfassungsschutzverbund, aus den Erkenntnissen, die Sie gewinnen konnten, feststellen können, inwieweit Akteure aus der Hamburger autonomen Szene, Flora und Umfeld, in anderen Städten, in anderen Ländern unterwegs gewesen sind, um gezielt für autonome Aktionen, Demonstrationen und, und, und, also alles, was dazugehört, hier nach Hamburg zu werben. Welche Erkenntnisse haben Sie dazu?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Okay. Erst einmal vielen Dank für die Frage. ...

(Abg. Christiane Schneider: Näher ans Mikro!)

... Vielen Dank für die Frage. Die erste habe ich jetzt so für mich notiert, was ist uns zurückgemeldet worden, was Sicherheitsbehörden im Ausland, insbesondere natürlich dann dort unsere – hier, wie heißt es – Zusammenarbeitsbehörden, Inlandsdienste in Richtung auf die eigene linksextremistische Szene gemacht haben, um dort zu verhindern, dass sie eben Anreisüberlegungen oder Ähnliches hat. Jetzt ist das ein sehr schwieriger Bereich, über die Kommunikation mit ausländischen Nachrichtendiensten zu sprechen. Sie haben sicherlich auch in diesem Kontext schon einmal von der Third-Party-Rule hier in diesem Ausschuss gehört. Ich versuche aber trotzdem einmal, Ihnen außerhalb dieser Third-Party-Rule einige Informationen zu geben, die Ihnen vielleicht auch gedanklich dann weiterhelfen können. Zum einen ist es so, dass Übermittlungen eines ausländischen Nachrichtendienstes an uns in der Regel nicht beschreiben, was man im eigenen Land vorgenommen hat, sondern uns beschreiben, dass irgendwelche Erkenntnisse vorliegen, die Berührungspunkte zu Deutschland haben. Sie können sich vorstellen Einreisen, Ausreisen oder dass man deutsche Personen, die eben auch im Ausland bekannt sind, also ich sage einmal, einschlägig bekannt sind, durch Informationsübermittlung, die vorausgegangen ist, festgestellt hat. Dann gibt es auch die Möglichkeit, unsererseits zu bitten, noch ein bisschen genauer bei diesen Personen dann

in diesem jeweiligen Ausland zu gucken, was die denn machen. Insofern ist dieser Austausch über Personen, die da eine Relevanz haben, sofern sie den Nachrichtendiensten im Ausland aufgefallen sind, an uns zurückgeflossen. Einzelheiten kann ich in diesem Kontext jetzt leider nicht nennen.

Wie gesagt, es war ein Informationsaustausch, was heißt, also Information geht hin und her zwischen zwei Diensten, mit 13 ausländischen Nachrichtendiensten. Aber es gab auch weitere Nachrichtendienste, die nicht im Austausch, also hin und her, mit uns standen, sondern die uns Informationen schlicht spontan übermittelt haben, weil sie der Auffassung waren, das gehört in diesen Kontext.

Das war das eine. Dann hatten Sie mich ja auch schon vor einiger Zeit einmal gefragt, autonome Personen oder Personen, die wir dem autonomen Spektrum in Hamburg zuordnen, was dem BfV bekannt ist, inwieweit diese Personen jetzt im europäischen oder sonstigen Ausland Werbung dafür gemacht haben, wenn ich das so sagen darf, nach Hamburg zu kommen. Das habe ich auch so richtig aufgenommen vorhin. Dazu kann ich tatsächlich gar nichts sagen, weil, dafür müsste ich ganz viele Sachen durchlesen, ob wir da Informationen erhalten haben – erstens. Zweitens komme ich jetzt tatsächlich mit dem Argument der Third-Party-Rule, weil über Inhalte, konkrete Inhalte im Austausch mit den ausländischen Nachrichtendiensten nicht gesprochen werden darf. Insofern kann ich Ihnen da leider auch nichts Konkretisierendes sagen. Aber was ich Ihnen sagen kann ist, Informationen, die wir erhalten haben von ausländischen Nachrichtendiensten, sind von uns weiterverarbeitet worden und gemäß den Kautelen, die wir in der Zusammenarbeit haben, dann auch den deutschen Sicherheitsbehörden, die sie benötigten, zur Verfügung gestellt worden.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Und die jetzt innerhalb Deutschlands, weil uns ja durchaus auch Erkenntnisse darüber vorliegen, dass Hamburger Autonome aus der Flora, um die Flora herum auch ..., jedenfalls in anderen deutschen Städten es Informationsveranstaltungen gegeben hat, wo sozusagen aktiv für Hamburg geworben ... Oder also diese Rule, die Sie angesprochen haben, werden ja für die anderen 15 Verfassungsschutzbehörden jedenfalls nicht gelten. Was für Erkenntnisse haben Sie da, wie in anderen deutschen Städten für eine Teilnahme hier in Hamburg und Aktionen hier in Hamburg geworben wurde?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also da muss ich jetzt zugeben, dass ich diese Einzelheiten jetzt nicht in meiner Vorbereitung hatte. Ich habe mich also jetzt nicht darum bemüht, das noch einmal zusammenzustellen, weil ich Ihre beiden Tagesordnungspunkte nicht in diesem Kontext gesehen habe, die Sie mir gestellt haben. Ich weiß, Mobilisierung steht drauf, allerdings habe ich das jetzt nicht so spezifiziert. Ich ... Darf ich, meine Kollegen sitzen zwar mit dem Rücken zu mir, aber darf ich in ihre Richtung einmal schauen?

Vorsitzender: Ja, machen Sie das einmal. Und Herr Senator hat sich in der Zwischenzeit zu Wort gemeldet. Er kann selbst noch etwas dazu sagen.

Senator Andy Grote: Ja, wir würden dann einmal ein bisschen aushelfen und ich würde einmal Herrn Voß das Wort geben.

Vorsitzender: Bitte.

Torsten Voß: Und ich würde Herrn Licht das Wort geben.

Vorsitzender: Bitte.

(Zuruf)

Hartmut Licht: Ja, vielen Dank. Nein, ich habe keinen zum Weitergeben.

Herr Vorsitzender, verehrte Abgeordnete! Ich würde ganz gern vielleicht im Kontext, bevor wir in die Fragerunde kommen, einmal am Stück etwas erzählen, was wir zu der Mobilisierung wissen. Angesichts der Uhrzeit versuche ich, das ein bisschen komprimierter zu machen. Ich hoffe, das ist auch durchaus in Ihrem Sinne.

Die Mobilisierung der linksextremistischen Szene begann in Hamburg bereits kurz nach der Bekanntgabe des Tagungsortes Hamburg für den G20-Gipfel bereits im Februar 2016. Schon von Beginn an zeichnete sich ab, dass insbesondere die gewaltbereiten Gruppen den G20 nutzen wollten, um ihre Form des Protests hier auch umzusetzen. Als erste Gruppe reagierte in Hamburg der Rote Aufbau Hamburg, RAH, abgekürzt. Das ist eine gewaltbereite antiimperialistische Gruppe, circa 60 Personen stark. Auf seiner Facebook-Seite postete der Rote Aufbau: "Wir werden mit unserem Hass auf dieses System mehr sein als nur eine Randnotiz. Wenn sich die Bonzen in Anzügen in Hamburg treffen wollen, dann kommen wir in Adiletten und sprengen ihr Klassentreffen."

Startpunkt für eine spektrenübergreifende Mobilisierung wurde dann im November 2016 mit der Gründung des Bündnisses gegen das G20-Treffen in Hamburg gesetzt. Am 17. November 2016 wurde auf einer Pressekonferenz die Gründung des aus extremistischen, aber auch aus nichtextremistischen Organisationen bestehenden Bündnisses gegen das G20-Treffen in Hamburg bekannt gegeben und verkündet, dass unter dem Motto G20 – not welcome eine internationale Großdemo am 8. Juli 2017 durchgeführt werden sollte. Auf dieser Pressekonferenz traten auf Vertreter der Partei DIE LINKE, auch der spätere Anmelder, Herr van Aken, für die Großdemo, ein NAV-DEM-Vertreter – NAV-DEM ist das Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen e. V., das ist eine PKK-nahe Organisation –, eine Vertreterin der extremistischen Interventionistischen Linken, kurz IL, das ist Frau Laquer, und ein Vertreter von Attac. Aus diesem Sprecherkreis wird schon deutlich, dass diesem Bündnis daran gelegen war, einen möglichst großen gesellschaftlichen Bogen des Widerstandes von demokratischen linken Parteien bis hin zu linksextremistischen Strukturen, aber auch extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug zu knüpfen.

Das Bündnis NoG20 führte mehrere Aktionskonferenzen durch. Eine erste Aktionskonferenz fand statt am 3./4. Dezember 2016 an der HAW in Hamburg. An dieser Veranstaltung nahmen 600 Teilnehmer teil und neben nichtextremistischen Organisationen waren beteiligt verschiedene gewaltbereite Gruppierungen wie das "... ums Ganze!"-Bündnis, autonome Gruppen, auch Vertreter der Roten Flora und Vertreter der DKP. Es wurden 20 Arbeitsgruppen gegründet und vereinbart, dass man sich mit Teilthemen in diesen Arbeitsgruppen über die geplanten Protestaktionen unterhalten und diese planen wollte. Beispielhaft möchte ich nennen die Hafen-AG, die zum Ziel hatte, die Infrastruktur dann während G20 zu stören oder zu blockieren, die sogenannte Aktions-AG, hier ging es um die Planung der Finger, um die Planung der Blockaden der Straßen, und die sogenannte Camp-AG, die ein Protestcamp gründen wollte.

Kurz danach kam es allerdings wie so häufig in der linken Szene zu ersten Spaltungstendenzen und Alleingängen im Gesamtbündnis. Nicht extremistische Gruppen planten daher eine vorgezogene Demonstration am 2. Juli, der sogenannten Protestwelle, die so auch stattgefunden hat. Auch die autonomen Gruppen planten für sich sehr bald eine eigene Demonstration, Thema Welcome to Hell, für den 6. Juli. Grund für die Abspaltung der Autonomen: Man fühlte sich vom Gesamtbild der geplanten Großdemo am 8. Juli zu sehr in seinen eigenen Ansprüchen und Werten eingeschränkt. Hierzu heißt es in einem Thesenpapier der Roten Flora, "Schluss mit dem Konsens", ist der Titel dieses Papiers, Zitat: " Wir sind statt-

dessen für eine politische Differenzkultur mit utopischem Überschuss, die notwendige Radikalisierungen im Handgemenge nicht nur zulässt, sondern auch beabsichtigt." Zitatende.

Der schon von mir erwähnte Rote Aufbau Hamburg hat ein weiteres lokales Bündnis daraufhin gegründet, das sich nannte G20 entern. Auch dieses Bündnis wollte eine eigene Demo für den 7. Juli planen. Dieses letztgenannte Bündnis führte dann am 11. Februar noch eine weitere Aktionskonferenz in der Uni durch, mit 300 Teilnehmern.

Das Gesamtbündnis NoG20 unternahm allerdings noch einmal einen kleinen Versuch, noch einmal die ausgebrochenen Gruppen ein wenig einzufangen. Und hierzu sagte die Sprecherin der Interventionistischen Linken, Laquer, in einem Interview im April 2017: "Ich möchte die Opposition auf der Straße organisieren. Unser gemeinsamer Ausdruck ist bunt, und auch schwarz – also auch die Autonomen – ist ein Teil von bunt." Trotzdem setzten sich die Spaltungstendenzen daraufhin weiter fort. Es gab allerdings noch eine zweite Aktionskonferenz des gesamten Bündnisses am 8. und 9. April 2017 im Ballsaal des FC St. Pauli. Wieder nahmen 600 Teilnehmer aus dem In- und Ausland teil. Ausländische Teilnehmer konnten festgestellt werden aus den folgenden Ländern: Dänemark, Frankreich, Italien, Griechenland, England, Schottland, Tschechien, Niederlande, aber auch Spanien. Auch Vertreter der autonomen Gruppen waren anwesend, obwohl sie mittlerweile einen eigenen Weg eingeschlagen hatten. Es wurden auf dieser Konferenz weitere konkretere Teilplanungen der AGs vorgestellt, zum Beispiel der Hafen-AG, welche konkreten Stellen man im Hafen am besten blockieren müsste. Und die Block-AG G20 stellte erste Straßenzüge vor, wie man möglichst dicht an die rote Zone herankommen wollte und welche Straßenblockaden aus ihrem Sinn am effektivsten seien.

Am 17. Juni fand daraufhin noch einmal ein Aktiventreffen in der Roten Flora statt mit 100 Teilnehmern. Nochmals wurden die Planungsstände dargestellt, die sich zu diesem Zeitpunkt dann jetzt wie folgt, also Mitte Juni, darstellten: Die geplanten Protestformen des Gesamtbündnisses, Großdemonstration für den 8. Juli, man erwartete eine Teilnehmerzahl zwischen 50 000 und 100 000. Der 7. Juli sollte dann der Tag des Ungehorsams sein, so wurde er genannt, das heißt, mittels der Finger-Taktik Blockade aller Zufahrtswege zu den Veranstaltungsorten, insbesondere den Messehallen morgens, nachmittags dann aber in einer zweiten Welle auch zur Elbphilharmonie. Die Hafen-AG stellte dann ihre Knotenpunkte im Hafen vor.

Die Planung der Autonomenszene zu diesem Zeitpunkt: Schwerpunkt blieb die Demo Welcome to Hell, Anmelder war Herr Blechschmidt, einer der Sprecher der Roten Flora. Und in einem "Abendblatt"-Interview vom 4. Juli betonte Herr Beuth, ebenfalls der Roten Flora zuzurechnen, man wolle mit dieser Demo am 6. Juli den größten Schwarzen Block initiieren, den es in Europa je gegeben hätte. Aus weiteren nun öffentlichen und weiteren Verlautbarungen, intern auch, wird deutlich, dass diese Demonstration durchaus militant angelegt war.

Wenn Sie, Herr Vorsitzender, einverstanden sind, oder der Ausschuss, würde ich an dieser Stelle diesen Aspekt hier nicht weiter vertiefen wollen, weil in einer späteren Sitzung der 6. Juli ja noch einmal gesondert den Ausschuss beschäftigen wird.

Der Rote Aufbau Hamburg hatte sich nach wie vor festgelegt, für den 7. Juli die Demo durchzumelden, und Herr Simsek hatte diese Demo auch angemeldet. Tenor dieser Demo war gewählt mit Revolutionäre Anti-G20-Demo – G20 entern, Kapitalismus versenken.

Wie wurde mobilisiert? Das ist ja wiederholt schon hier gefragt worden. Es gab die vielfältigsten Mobilisierungen, die festzustellen waren. Zum einen hatte ich erwähnt, dass bei den Aktionskonferenzen bereits viele Vertreter ausländischer Gruppen hier in Hamburg anwesend waren. Darüber hinaus gab es auch bundesweit Hunderte von Veranstaltungen, die über-

wiegend übers Internet beworben worden sind, außerhalb Hamburgs im In- und Ausland. Nur an den allerwenigsten auswärtigen Informationsveranstaltungen haben auch Hamburger Referenten mitgewirkt. Insbesondere die internationale Werbung und Vernetzung wurde maßgeblich von der Interventionistischen Linken als Schwerpunkt betrieben, aber auch Autonome und Antiimps nutzten ihre jeweiligen Eigenverbindungen, um die jeweilige Gleichgesinntenkiel nach Hamburg einzuladen. Maßgeblich waren insbesondere aber die Aktivitäten im Internet und dort speziell auch in den sozialen Netzwerken, Facebook und andere, sei es in offenen Gruppen oder auch in geschlossenen Foren.

Einzelheiten hierzu, fällt uns schwer, aufgrund der schon genannten Restriktion, insbesondere was das Ausland angeht, Third-Party-Rule, aber auch Quellenschutzgründe, hier in diesem Kreis weiter zu benennen.

Zusammenfassend kann ich sagen, die Mobilisierung war durchaus erfolgreich. In zahlreichen Verlautbarungen, gerade aus dem autonomen und aus dem Antiimp-Spektrum wurde sehr, sehr deutlich, dass Militanz als legitimes Mittel der Auseinandersetzung ausdrücklich eingeschlossen wurde. Aufgrund der Meldelage musste davon ausgegangen werden, dass Gewaltbereite in einem hohen fünfstelligen Bereich aus dem Bundesgebiet und aus dem Ausland nach Hamburg kommen würden, um den Ablauf von G20 nachhaltig zu stören. Hierzu wurden allerdings, was die Zahlen anging, ja auch schon Ausführungen gemacht in der Sondersitzung des Innenausschusses am 19. Juli und in den vorangegangenen Sitzungen dieses Sonderausschusses. Damit würde ich es hier gern bewenden lassen.

Zu TOP 1b

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank. Wir sind jetzt im Übrigen bei Tagesordnungspunkt 1 b) ganz sicher auch angelangt, den wir dann jetzt auch damit aufrufen, damit das alles seine Ordnung hat. Herr Dressel hat eine Nachfrage.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Also vielen Dank noch einmal für die noch zusammenfassende Darstellung. Konkret ...

(Senator Andy Grote: Herr Vorsitzender, Entschuldigung. ...)

Vorsitzender: Ach so, ja, Herr Senator, ja.

Senator Andy Grote: Ganz kurze Korrektur: nicht im hohen fünfstelligen, sondern im hohen vierstelligen Bereich.

Hartmut Licht: Ja, ich bitte um Nachsicht, war ein Versprecher.

Vorsitzender: Alles klar. Danke. Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: ... weil es schon darum geht, wie auch jetzt gerade Hamburger Akteure, und darauf werden Sie ja auch einen gewissen Blick ja gehabt haben, auch aus der Kenntnis heraus der Hamburger Akteure, inwieweit auch die konkret an Werbung beteiligt waren, wo es sich um militante Aktionen handelte. Also das ist klar, dass Sie das in ..., ich habe das jetzt schon rausgehört, dass das sozusagen bis auf ganz wenige Ausnahmen im Ausland nicht war, aber innerhalb Deutschlands, wo natürlich auch autonome Szenen auch in anderen Großstädten zu verorten sind. Können Sie da ein bisschen konkreter werden im Hinblick darauf, welche Erkenntnisse Sie haben, ob Autonome aus der Flora, Flora-Umfeld, Roter Aufbau, haben Sie genannt, sozusagen konkret auch in anderen deutschen Städten auch für militante Aktionen geworben haben?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Licht.

Hartmut Licht: Ja, vielen Dank. Also was jetzt die konkreten Teilnehmer oder die Referenten angeht, ist es manchmal auch für ausländische beteiligte Behörden relativ schwierig, auch Namen zuzuordnen oder irgendwo die Herkunft zu bekommen, sondern es gibt Meldungen der ANDs – auch da sehe ich von weiteren Details ab aus den genannten Gründen – , die dann sehr häufig berichtet haben, hier waren Menschen aus Deutschland, die mobilisiert haben. In den wenigsten Fällen wurde dann auch der Herkunftsort Hamburg genannt. Das lässt sich also wirklich mit den Fingern an einer Hand abzählen, was jetzt auch tatsächliche Auslandsaufenthalte Hamburger Extremisten im Ausland angeht.

Ganz wichtig ist, Herr Dressel, Sie erwähnten oder stellten die Frage, dass auf diesen Veranstaltungen dann auch für Militanz geworben wird oder für Gewalttaten geworben wird. Das ist, sehen Sie es mir nach, ein krasses Missverständnis der autonomen Szene oder überhaupt der linken Szene. Wenn Sie auf einer öffentlichen Veranstaltung zum Beispiel einladen würden, jetzt im Konjunktiv, kommt nach Hamburg und da werden wir eine Entglasungsaktion durchführen, da werden wir Autos anzünden oder Ähnliches, würden diese Leute sofort des Raumes verwiesen werden, weil man so etwas in der Szene nicht öffentlich bespricht. Wer das tut, wird sofort als Provokateur angesehen, als jemand, der geschickt ist, nämlich vom Staat, und nicht aus der Szene kommt. Das heißt, Sie werden auf diesen Veranstaltungen nie konkrete Aufrufe zu Gewalttaten oder so etwas haben. Die finden Sie dann anonymisiert im Netz, die nicht zuzuordnen sind, in der Regel auch den Gruppen nicht zuzuordnen sind, geschweige denn Einzelpersonen. Also das muss man einfach wissen, wie solche Mobilisierungsveranstaltungen ablaufen. Dort werden Zeiten, Orte, Schlafmöglichkeiten oder so was erörtert, aber niemals ganz konkrete Aktionenformen im Sinne von militanten Handlungen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Noch einmal den Hinweis, dass Bild- und vor allen Dingen auch Tonaufnahmen während der Ausschusssitzung nicht gestattet sind. Auch wenn das Ganze im Internet übertragen ist, ist es während der Ausschusssitzung nicht gestattet. So, und jetzt ist Frau Möller dran.

Abg. Antje Möller: Ja. Ich würde jetzt sozusagen dieses ganze Thema noch einmal von einer anderen Seite aus beleuchten wollen. Die verschiedenen Mobilisierungsformen und Details, die Herr Licht uns eben auch noch einmal mitgeteilt hat, auf der einen Seite würde ich gern vielleicht auch noch einmal vom BKA, wenn das möglich sein sollte, oder sonst aber auch vom Senat wissen, was es denn an strafrechtlich relevanten oder möglicherweise strafrechtlich relevanten, also so zumindest solchen Ereignissen und solchen Mobilisierungsformen oder solchen Hinweisen gegeben hat, die sozusagen den Staatsschutz aktiviert haben oder hätten können oder die für das BKA eben interessant gewesen wären, was es davon im Vorfeld gab. Also das eine ist ja sozusagen die Arbeit des LfV und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, aber mir geht es um die Punkte, also mögliche Personen oder mögliche Aktionen, vollzogene Straftaten oder aufgedeckte Straftaten und Ähnliches, die Sie diesem Vorfeld der G20-Woche oder der G20-Tage zurechnen würden. Gibt es dazu Erkenntnisse?

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja. Habe ich Sie jetzt so richtig verstanden, dass Sie sagen, strafrechtlich relevante Erkenntnisse im Vorfeld, die aber begehen werden sollen zum Zeitpunkt des Gipfels dann?

Abg. Antje Möller: Ja, das ist der eine Teil, genau. Und das andere ist ja diese Frage der Brandanschläge auf Bahnanlagen et cetera, aber da ..., also, was es sozusagen möglicherweise an Mobilisierungstaten schon gab.

Heike Pooth: Also dazu kann ich sagen, dass im Vorfeld bei unseren Informationen oder Erkenntniserlangungen über Mobilisierungen, über Aktionen haben wir keine Kenntnis davon gehabt, dass die auch Straftaten vor Ort verabredend planen oder beabsichtigen, weil, ich gehe davon aus, dass dann auch entsprechend der Länderzuständigkeiten entweder international, wenn es ausländische Einreisende sind, oder an der Grenze oder auch nationaler, dass dann entsprechende Maßnahmen greifen würden.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Büddefeld dann noch? Oder ... Ja? Frau Büddefeld. Frau Möller, an wen richtete sich die Frage? An den Verfassungsschutz und das ...

Abg. Antje Möller: Ich habe schon konkret das BKA gefragt, weil sozusagen ja mich die polizeilichen ...

Vorsitzender: Okay.

Abg. Antje Möller: ... relevanten Dinge interessieren.

Vorsitzender: Gut, dann wäre nur gefragt, kann Herr Russ dazu noch etwas ergänzen oder war das von Frau Pooth dann ... Na, gut, Herr Russ.

Steffen Russ: Weit im Vorfeld eine Straftat zu erkennen, die sozusagen dann Beweiswerte entfaltet, die dann eine strafrechtliche Verfolgung möglich machen, das ist wirklich in den seltensten Fällen so. Es geht ja dann nicht um konkrete sozusagen Vereinbarung von Straftaten, sondern es geht um allgemeine Mobilisierungen, um Aufrufe und die Teilnahme an einer Demonstration oder auch an einer Protestveranstaltung ist ja per se nicht strafbar. Das heißt also insofern, sagen wir einmal, das materialisiert sich leider in den meisten Fällen erst im Nachhinein, aber nicht sozusagen im Vorfeld zum Zeitpunkt der Erkenntnisgewinnung.

Vorsitzender: Frau Pooth noch einmal.

Heike Pooth: Ja, vielleicht noch eine Ergänzung. Es ist ja eher so, die sind ja schon schlau, also die wissen ja schon genau, wenn die jetzt in Bussen hierher ... –also manche –, wenn die in Bussen einreisen, von denen wir ja Kenntnis erlangen ... Ich meine, die Mobilisierung findet ja auch im Internet statt, was jeder nachlesen kann, das sind ja keine Geheimnisse, die machen das ja im Internet publik, damit möglichst viele sich dort beteiligen. Und dann wird ja eher sogar gesagt, bringt keine Waffen mit, macht es nicht, weil die genau wissen, wenn sie es tun, dann kommen die im Zweifel nicht an. Von daher wäre das ..., irgendwie würde das jetzt ja dem widersprechen, dass es dann im Vorfeld schon Erkenntnisse gibt, dass sie eben das alles mitbringen und was auch immer planen.

Vorsitzender: Herr Lenders.

(Abg. Antje Möller: Ich würde ...)

– Ach so, Frau Möller, noch eine Nachfrage.

Abg. Antje Möller: Ja, Entschuldigung, weil, ich habe auch schon noch die Bitte, ob der Senat ... Wenn der Senat mir bei dieser Frage vielleicht noch mit einer Antwort weiterhelfen kann, das wäre ... Aber ich möchte einmal konkretisieren, worum es mir geht. Also die Einschätzungen, die die Mobilisierung ..., die Beschreibungen der Planung, die wir eben vom LfV gehört haben, werden ja, das haben wir ja alle erlebt, immer wieder in der Öffentlichkeit, aber auch in unseren politischen Diskussionen sozusagen in direkte Verbindung mit dann stattgefundenen Straftaten, Gewalttaten, die konkret zu benennen sind, in Verbindung gesetzt. Und mir geht es darum, herauszufinden, ob es tatsächlich vorher schon Erkenntnisse

gab. Und mir ist das klar, dass man ..., also man ..., ja, Sie können nicht im Voraus erahnen, ob irgendeine Straftat dann auch wirklich so umgesetzt wird, aber Sie haben doch als Staatsschutz, als BKA genauso wie beim LKA doch auch Ihre Beobachtungen, Ihre Erfahrungen zusammengesammelt und dazu würde ich gern etwas wissen.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, also Erfahrungen, das wären ja jetzt reine Spekulationen, Prognosen oder Einschätzungen, die aber ja überhaupt gar nicht belegbar sind. Natürlich, wenn die sich verabreden und sagen, bringt keine Waffen mit, sonst kommt ihr nicht nach Hamburg, natürlich kann man davon ausgehen, dass sie dann in Hamburg aber trotzdem die Möglichkeit haben, sich Waffen zu beschaffen, aber das sind ja jetzt keine, sage ich einmal, belegbaren Fakten, die wir dann auch so entsprechend ... Das ist ja auch eher was, was alle wissen. Das bedeutet aber nicht, dass wir irgendwelchen Spielraum haben, dann zu handeln.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also ich habe jetzt die Ausführungen, die bisher gemacht wurden, auch von Herrn Licht schon gemacht wurden zu den Punkten eigentlich so verstanden, dass wir einerseits natürlich eine sehr hohe Zahl von Mobilisierungsstraftaten hatten im gesamten Bundesgebiet mit bestimmten regionalen Schwerpunkten. Das ist eine ganz lange Liste, sehr umfangreich, könnten wir hier zu Protokoll geben auch noch einmal. Und der andere Punkt ist ja der, dass Herr Licht ein bisschen beschrieben hat, dass es sehr ungewöhnlich wäre, wenn man aus allem, was man überhaupt als Sicherheitsbehörden verfolgen kann, an Informationen gewinnen kann, wenn es dort ganz konkrete Verabredungen und Aufrufe zu Straftaten, die also schon für sich strafbares Verhalten darstellen würden, wenn man das feststellen würde, weil das eben gerade so nicht stattfindet, weil es einen Konsens darüber gibt, wie man sich im Vorfeld verhält, um das eben gerade systematisch zu vermeiden, dass man entsprechende Hinweise gibt oder den Sicherheitsbehörden hier Anlässe gibt und Ansatzpunkte gibt, auch schon im Vorfeld einzuwirken, bis dahin, dass es eben da auch codierte und verklausulierte Formulierungen gibt und am Ende das, was konkret gewaltbezogen ist, eben in sehr kleinen Teamzusammenhängen erörtert wird, aber nicht in einer Art und Weise dass man schon vorher darüber jetzt diese Erkenntnisse sammeln kann. Aber es gibt sozusagen von der Art, von der Gesamtausrichtung, von dem Sprachgebrauch in den Mobilisierungen und Aufrufen ..., hat man aus der Erfahrung heraus natürlich ein relativ klares Bild, was da passiert. Und viele der Straftaten sind ja auch, ob das jetzt schwerer Landfriedensbruch ist und Sachbeschädigung und so weiter, das sind ja ..., oder die Körperverletzungsdelikte, das ist ja nicht, dass da eine Einzelstraftat geplant wird, sondern da wird ja ein Gesamtgeschehen geplant, dass einen hohen Militanzgrad hat und bei dem es sozusagen ..., wo in Kauf genommen und auch sozusagen bewusst einkalkuliert wird, dass das an vielen Stellen dann eben auch in den strafbaren Bereich umschlägt, ohne dass man sich jetzt zusammensetzt und sagt, da und da wollen wir die und die Flasche werfen.

Die Behörde für Inneres und Sport erklärte am 14. Februar 2017 Folgendes zu Protokoll:

„Der Präses der Behörde für Inneres und Sport hatte zugesagt, die Liste der Mobilisierungsstraftaten im gesamten Bundesgebiet mit bestimmten regionalen Schwerpunkten zu Protokoll zu geben.

Zu Protokoll wird erklärt:

Bis zum 6. Juli 2017 wurden bundesweit folgende Straftaten im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen verübt. Die größte Anzahl wurde in Hamburg (42) begangen, gefolgt von Berlin (36):

1. 30.05.2016:

Brandanschlag auf Polizeicontainer in Hamburg

(SBS, verfasst von „anonym“ am 30.05.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “And we bring you... FIRE!”)

2. 06.07.2016:

Brandanschlag auf Fahrkartenautomaten der HVV in Hamburg, Stresemannstr.

(SBS, verfasst von „...“ am 07.07.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “2 Fahrkartenautomaten angezündet“)

3. 12.08.2016:

Farbanschlag auf Firmensitz eines AfD-Unterstützers in Hamburg und Brandanschlag auf vor dem Haus in der Elbchaussee 133 parkenden Porsche

(SBS, verfasst von „anonym“ am 12.08.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “AfD-Unterstützer angegriffen“)

4. 15.08.2016:

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) an Fernsehdienstfirma und an Büro des SPD-Abgeordneten Björn Eggert in Berlin,

(SBS, verfasst von „Anarchist*innen“ am 15.08.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Unsere Scherben gegen ihre Repression“)

5. 07.09.16:

Sachbeschädigung (Steinwürfe und Verunreinigung mit Farbe) an der Europazentrale der „Chinese Ocean Shipping Company“ (COSCO) in der Hamburger Neustadt (Herrengraben74)

(SBS, verfasst von „anonym“ am 08.09.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Erklärung zum Angriff auf COSCO“)

6. 08.09.2016:

Brandanschlag auf Funkmast der Bundespolizei am Südkreuz in Berlin und einer Überwachungsanlage der Bundesnetzagentur in Berlin

(SBS, verfasst von „Kommando Kola Bankole“ am 08.09.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “(G20) Funkmast der Bullen sabotiert“)

7. 15.09.2016:

Brandanschlag auf Kfz der Firma „WISAG Elektronik GmbH&Co KG“ in Hamburg

(In der Nähe des Tatorts wurde ein Schriftstück mit den Worten „OSZE und G20 Gipfel sabotieren. Krieg den Kriegstreibern. Autonome Gruppen“ aufgefunden)

8. 23.09.2016:

Brandanschlag auf mehrere Kfz des Polizeidirektors Treumann in Hamburg

(SBS, verfasst von „anonym“ am 23.09.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Treumann“)

9. 16.10.2016:

Sachbeschädigung mittels Buttersäure am Kfz des Präsidiumsmitglieds des Verbands der Deutschen Banken, Hans-Walter Peters, auf seinem Privatgrundstück in Hamburg
(SBS, verfasst von „anonym“ am 17.10.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Bekanntmachung des Angriffs auf die Villa von Bankenpräsident Peters“)

10. 21.10.2016:

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) am Gebäude des ehemaligen Philosophikums in Frankfurt a.M.

(SBS, verfasst von „Frankfurt Militant“ am 21.10.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Ffm – Philosophikum angegriffen“)

11. 31.10.2016:

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) an einem Wohn-und Geschäftshaus in Hamburg mit 10m x 1,50m großem Schriftzug „G20 angreifen“

(Polizeimeldung Hamburg vom 04.11.2016)

12. 03.11.2016:

Brandanschlag auf Kfz der Firma Thyssen-Krupp in Dresden

(SBS, verfasst von „abc“ am 08.11.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Dresden: Krieg beginnt hier“)

13. 06.11.2016:

Brandanschlag auf mehrere Kfz auf dem Fuhrpark der Deutschen Telekom in Berlin

(SBS, verfasst von „Eine Autonome Gruppe“ am 08.11.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Erklärung zum Angriff auf die deutsche Telekom in Berlin“)

14. 07.11.2016:

Sachbeschädigung (Verunreinigung durch Farbe) am Ordnungsamt Neukölln in Berlin

(SBS, verfasst von „<>“ am 07.11.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Ordnungsamt Neukölln beworfen“)

15. 11.11.2016:

Brandanschlag auf Kfz des Rüstungskonzerns Thales in Berlin

(SBS, verfasst von „autonome gruppe“ am 22.11.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “Angriff auf Thales“)

16. 18.11.2016:

Brandanschlag auf Bohr-Baggers auf der Cuvry-Brache in Berlin

(SBS, verfasst von „gegen“ am 21.11.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: “(B)ohr-Bagger brennt - gegen G20-Gipfel“)

17. 23.11.2016:

Sachbeschädigung (Steinwürfe und Verunreinigung mit Farbe) am Neubau des Baukonzerns Hochtief in Berlin

(SBS, verfasst von „Autonome Gruppen Kommando Abrissbirne“ am 23.11.2016 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Angriff auf Baukonzern Hochtief und ein Aufruf gegen den G20“)

18. 26.11.2016:

Brandanschlag und Scheibeneinwurf an Hamburger Messe, Eingang Süd

(SBS, verfasst von „no OSZE noG20“ am 27.11.16 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Hurra! Hurra die Messe brennt...“)

19. 5.12.2016:

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) am Wohnhaus des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Niels Annen in Hamburg

(SBS, verfasst am 05.12.16 in <https://linksunten.indymedia.org>: „OSZE-Außenministertagung und G20 Gipfel angreifen“)

20. 6.12.2016

Brandanschlag auf drei Kfz des Ordnungsamts in Leipzig

(SBS, verfasst am 18.12.16 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Ordnungsamt angegriffen“)

21. 6.12.2016:

Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Berlin, dessen Bewohner angeblich freundschaftliche Kontakte zu griechischen Polizisten unterhalten, die vor Jahren in Athen einen linken Aktivist ermordet haben sollen („Bußgeldstelle“)

(SBS, verfasst am 07.12.16 in <https://linksunten.indymedia.org>: „nikolausgeschenk für die bullen“)

22. 9.12.2016

Sachbeschädigung (zerschlagene Fensterscheiben und Verunreinigung durch Farbe) an Filiale der Deutschen Bank in Bremen, Pappelstr. 66-68

(bisher kein SBS, Schreiben des LfH HB vom 09.12.2016)

23. 16.12.2016

Brandanschlag auf ein Polizei-Kfz in Leipzig-Connewitz

(SBS, verfasst am 16.12.16 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Bullenkarre ausgebrannt - Free Thunfisch!“)

24. 25.12.2016

Brandanschlag auf das Ordnungsamt Berlin-Steglitz

(SBS, verfasst am 05.01.17 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Brandanschlag auf das Ordnungsamt Steglitz“)

25. 29.12.2016

Brandstiftung an Kfz eines Polizeibeamten in Berlin Prenzlauer-Berg

(SBS, verfasst am 27.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „(B) Brandanschlag auf PKW von Polizeibeamten“)

26. 1.01.2017

Brandanschlag auf Arbeitsamt in Leipzig

(SBS, verfasst am 03.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Brandstiftung im Arbeitsamt“)

27. 1.01.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) an zwei Luxus-Eigentumswohnungen in Berlin

(SBS, verfasst am 09.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Silvester-Angriffe auf Luxusbauten“)

28. 8.01.2017

Brandanschlag auf Firmengebäude von Sodexo und Funkmast von Vodafone in Berlin

(SBS, verfasst am 09.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Feuer für Sodexo und Vodafone“)

29. 9.01.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) an sechs Luxus-Eigentumswohnungen in Aachen

(SBS, verfasst am 09.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Luxusneubauten mit Farbbomben angegriffen“)

30. 10.01.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) an einem Job-Center in Berlin-Charlottenburg.

(SBS, verfasst am 22.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Berlin/Nachtragsmeldung: Glasbruch beim Job Point“)

31. 11.01.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf und Verunreinigung durch Farbe) am Amtsgericht in Münster

(SBS, verfasst am 11.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Glasbruch und Farbe - Angriff auf das Amtsgericht / Freiheit für Thunfisch und alle anderen“)

32. 17.01.2017

Brandanschlag auf ein Kfz einer Sicherheitsfirma in Frankfurt a.M.

(SBS, verfasst am 18.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[FFM] Feuerangriff auf Security Auto“)

33. 27.01.2017

Sachbeschädigung (Farbschmierereien, beschädigte Scheiben) am Bürogebäude einer Software-Firma in Berlin

(SBS, verfasst am 27.01.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Software-Hersteller PSI AG mit Hämmern und Farbe angegriffen“)

34. 28.01.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) an Werbeagentur „Jung von Matt“ in Hamburg

(SBS, verfasst am 02.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „HH Jung von Matt sieht Sterne...“)

35. 2.02.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) in Volksbank in Münster

(SBS, verfasst am 03.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „MS Glasbruch bei Volksbank auf Hammerstraße“)

36. 06.02.2017

Brandanschlag auf ein Diplomaten-Fahrzeug der französischen Botschaft in Berlin

(SBS, verfasst am 06.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Lasst Rauchzeichen sprechen...französisches Diplomatenfahrzeug angezündet“)

37. 8.02.2017

Brandanschlag auf ein Bundeswehrfahrzeug in Bremen

(SBS, verfasst am 08.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „G20: In Hamburg sagt man Tschüss... in Bremen auch !“)

38. 15.02.2017

Sachbeschädigung einer Hausfassade [Verunreinigung durch Schriftzug „G20 Cra-schen!“ (sic!)] in Berlin

(Lagemeldung des PP Berlin Nr.047 vom 15.02.2017)

39. 18.02.2017

Brandanschlag auf Polizeigebäude der Direktion 6 (Kriminalitätsbekämpfung) in Berlin

(SBS, verfasst am 18.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Feuer der Kriminal-polizei – Gegen Polizeikongress und G20-Gipfel“)

40. 20.02.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf und Verunreinigung durch Buttersäure) am Fir-mensitz der Reederei „Maritime Carrier Shipping GmbH & Co KG“ in Hamburg

(SBS, verfasst am 20.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Buttersäure für die Reederei MACS“)

41. 22.02.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf und Verunreinigung durch Farbe) an Pizzeria und Hotel in Hamburg

(SBS, verfasst am 27.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: Anschlagserklärung zum Angriff auf den Schanzenhof“)

42. 24.02.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) an JVA in Berlin-Neukölln

(SBS, verfasst am 25.02.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „JVA in Neukölln neu eingefärbt“)

43. 27.02.2017

Brandanschlag auf zwei Kfz einer in der Facility-Management Branche tätigen Firma in Berlin

(Solidaritätserklärung, verfasst am 03.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „b-Gegenpower gegen Gegenbauer“)

44. 28.02.2017

Brandanschlag auf sechs Kfz der Bewachungsfirma Securitas in Berlin

(SBS, verfasst am 3.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Angriff auf Securitas im Kontext der globalen anarchistischen Stadtguerilla“)

45. 1.03.2017

Sachbeschädigung (eingeworfene Fensterscheiben) an einem Restaurant in Berlin

(SBS, verfasst am 2.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Gegen die Stadt der Reichen“)

46. 3.03.2017

Brandanschlag auf Kabelkasten einer Mautbrücke an der Autobahn 261 nahe Hamburg

(SBS, verfasst am 3.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „feurige sabotage an mautbrücke auf a261 nahe hamburg“)

47. ca. 1.03.2017- ca. 4.03.2017

Sachbeschädigung an Firmengebäude von Allianz und Pimco in Berlin

(SBS, verfasst am 05.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Allianz, Pimco entglast, G20 angreifen“)

48. 04./05.2017

Brandanschlag auf zwei Baustellenfahrzeuge (Bagger) in Leipzig

(SBS, verfasst am 19.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[LE] Baustelle und Bagger angezündet“)

49. 6.03.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung durch Farbe) an Hauptzentrale der OHB System AG in Bremen

(SBS, verfasst am 6.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Rüstungsfirmen bekämpfen“)

50. 10.03.2017

Brandanschlag auf Bagger einer Immobiliengesellschaft in Frankfurt a.M.

(SBS, verfasst am 10.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Bagger der Schenk Company angezündet“)

51. 13.03.2017

Sachbeschädigungen an den Wohnhäusern von zwei AfD-Mitgliedern, der SPD-Geschäftsstelle in Köln-Ehrenfeld und am Ausländerzentralregister.

(SBS, verfasst am 20.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Angriffe in Köln gegen AfD und G20“)

52. 16./17.03.2017

Brandanschlag auf eine Baustelle in Leipzig

(SBS, verfasst am 19.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[LE] Baustelle und Bagger angezündet“)

53. 17.03.2017

Sachbeschädigung (Farbbeutelwürfe) am Büro der European Stability Initiative (ESI) in Berlin

(SBS, verfasst am 17.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Happy Birthday Schreibtischtäter“)

54. 17.03.2017

Brandanschläge auf ein Polizeifahrzeug und ein Fahrzeug der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hamburg.

(SBS, verfasst am 17.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] Feuer und Flamme für die Polizei“)

55. 23.03.2017

Sachbeschädigung am Ordnungsamt in Berlin-Reinickendorf (23.03.) und an einem Parteibüro der Partei Bündnis 90/ Die Grünen in Berlin-Wedding (24.03.).

(SBS, verfasst am 26.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Gegen ihre Ordnung“)

56. 24.03.2017

Sachbeschädigung am Ordnungsamt in Berlin-Reinickendorf (23.03.) und an einem Parteibüro der Partei Bündnis 90/ Die Grünen in Berlin-Wedding (24.03.).

(SBS, verfasst am 26.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Gegen ihre Ordnung“)

57. 26.03.2017

Brandstiftung an sechs Polizeifahrzeugen auf dem Parkplatz eines Polizeireviers in Hamburg.

(SBS, verfasst am 27.03.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] Ganz Hamburg hasst die Polizei / Die ganze Welt hasst die Polizei“)

58. 30.03.2017

Farbschmiererei auf Lärmschutzwand zum Nachteil der Deutschen Bahn AG in Seevetal (NI). UT sprühten mit roter Farbe „G20 angreifen“.

(bislang kein SBS)

59. 31.03.2017

Brandstiftung an drei hochwertigen KfZ in Hamburg.

(SBS, verfasst am 03.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] – die Stadt der Reichen angreifen – eat the rich“)

60. 2.04.2017

Sachbeschädigungen (Aufsprühen von Parolen) in der Innenstadt von Burg (ST) sowie auf einem Zufahrtsweg zur nahe gelegenen Clausewitz-Kaserne.

(SBS, verfasst am 02.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[Burg] Kein ruhiges Hinterland für imperialistische Kriegstreiber!“)

61. 2.04.2017

Sachbeschädigung (Farbanschlag) auf eine Villa in Hamburg..

(SBS, verfasst am 03.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] – die Stadt der Reichen angreifen – eat the rich“)

62. 5.04.2017

Brandstiftung an einem Kfz der Firma Securitas in Hamburg.

(SBS, verfasst am 05.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Auto von Wachhunden abgefackelt“)

63. 6.04.2017

Sachbeschädigung (Farbschmierereien) am Büro der Werbeagentur Scholz & Friends in Hamburg.

(SBS, verfasst am 06.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] No Friends with Scholz & Friends“)

64. ?? .04.2017

Sachbeschädigung an Überwachungskameras in der Innenstadt von Lüneburg.

(SBS, verfasst am 6.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Überwachungskameras sabotiert“, das SBS enthält keine Angaben zum Tatzeitpunkt)

65. 9.04.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) an der Bundesagentur für Arbeit in Köln.

(SBS, verfasst am 10.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[K] Arbeitsamt „feindlich belagert““)

66. 18.04.2017

Brandstiftung an einem Jobcenter in Bremen.

(SBS, verfasst am 18.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Jobcenter in Bremen-Neustadt angezündet. Kleingartenverein Kurze Lunte e.V.“)

67. 20.04.2017

Sachbeschädigungen (Farbschmierereien) an einem S-Bahnhof sowie an einem S-Bahnzug in Hamburg. Die Tatverdächtigen wurden durch Mitarbeiter der DB-Sicherheit gestellt und anschließend von der Bundespolizei festgenommen. Ein SBS liegt nicht vor.

68. 20./21.04.2017

Unbekannte Täter sprühten an einer Mauer im Eingangsbereich der Johannes-Selenka-Schule in Braunschweig mit roter Farbe den Schriftzug "G.20 ANGREIFEN". Ein SBS liegt nicht vor.

69. 21.04.2017

Brandstiftung an drei zivilen Fahrzeugen des Zolls in Frankfurt a.M.

(SBS, verfasst am 21.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[FFM] Angriff auf Menschenjäger – 3 Zoll Autos angezündet“)

70. 23.04.2017

Brandstiftung (Versuch) an zwei Baustellenfahrzeugen in Berlin.

(SBS, verfasst am 30.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Aus der Serie „verschwiegene Angriffe“: STRABAG/Züblin-Bagger angezündet“)

71. 24.04.2017

Sachbeschädigung an einer Filiale der Deutschen Bank in Hamburg.

(SBS, verfasst am 24.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] Deutsche Bank Filiale markiert und vorübergehend dicht gemacht.“)

72. 26.04.2017

angebliche Brandstiftung an einem Supermarkt in Berlin

Unbekannte Verfasser bekennen sich auf [linksunten.indymedia](https://linksunten.indymedia.org) zu einer angeblichen Brandstiftung zum Nachteil eines „Denn's Supermarkt“ in Berlin. Der Brand konnte jedoch nicht polizeilich bestätigt werden.

(SBS, verfasst am 27.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Feuer gegen Verdrängung“)

73. 27.04.2017

Sachbeschädigung (Stein- und Farbbeutelwürfe) an der Ausländerbehörde in Wuppertal.

(SBS, verfasst am 28.04.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[W] Nächtlicher Angriff auf Wuppertaler Ausländerbehörde“)

74. 28.04.2017

Brandanschlag auf vier Transporter der Firma „Deutsche See“ in Hamburg.

(SBS, verfasst am 05.05.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] Zum Brandanschlag auf den Fuhrpark der „Deutschen See““)

75. 30.04.2017

Unbekannte Täter besprühten am Hauptbahnhof Freiburg im Breisgau/BW zwei abgestellte Reisezugwagen auf einer Gesamtfläche von 25 qm mit den Schriftzügen "Smash G20", "Fuck Cops", "I hate them" und „I hope they die“.

(bislang kein SBS)

76. 01.05.2017

Etwa 25 bis 30 verummte Personen schlagen in der Veringstraße in Hamburg-Wilhelmsburg die Scheiben eines Geldinstituts sowie zweier weiterer Geschäfte ein.

(SBS, verfasst am 02.05.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] Spontandemonstration und Rache Aktion am 1. Mai in Wilhelmsburg in Solidarität mit dem Kurdischen Widerstandskampf !!!“)

77. 9.05.2017

Sachbeschädigung (Farbschmierereien) an einer Bank in Bielefeld.

(SBS, verfasst am 10.05.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Bielefeld: G20: Farbe gegen Sparkasse“)

78. 9.05.2017

Brandstiftung an einem Firmenfahrzeug des „Dänischen Bettenlagers“ und einem hochwertigen Kfz in Hamburg.

(SBS, verfasst am 12.05.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „HH: Zwei brennende Karren in Altona“)

79. 17.05.2017

Im Bezirk Berlin-Neukölln beschmierten unbekannte Täter die Wände der Treppenaufgänge mit den bis zu 2,50m x 1,50m großen Schriftzügen "SMASH G20".

Des Weiteren wurde auf einer Rasenfläche der 20m x 14m große Schriftzug "G20 TO HELL" mittels einer ätzenden Flüssigkeit in den Rasen eingebrannt.

(SBS, verfasst am 17.05.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „G20 to hell – Körnerpark [B]“)

80. 19.05.2017

Sachbeschädigung am Gebäude des „Behördenspiegels“ in Berlin durch Farbschmierereien.

(SBS, verfasst am 26.05.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Farbe und Glasbruch gegen Überwachungsstaat“)

81. 22.05.2017

Sachbeschädigung am Haus des Vorsitzenden Geschäftsführers der Messe Hamburg durch Farbflaschen- und Steinwürfe.

(SBS, verfasst am 22.05.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[HH] Angriff auf Messechef“)

82. 26.05.2017

Sachbeschädigung durch Farbschmierereien und Scheibeneinwürfe an der Polizeibibliothek in Berlin.

(SBS, verfasst am 26.05.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[B] Farbe und Glasbruch gegen Überwachungsstaat“)

83. ?? .05.2017

Sachbeschädigung durch Farbsprühereien am Bismarck-Denkmal in Hamburg-St. Pauli

(SBS, verfasst am 30.05.2017 in: <https://de-contrainfo.espiv.net>: „HH-St. Pauli: Mobic Graffiti für den Anarchistischen Aufruf gegen G20“)

84. 31.05.2017

Sachbeschädigung durch Steinwürfe und Farbsprühereien an Fassaden der Firmen Interplan und Patrizia in München

(SBS, verfasst am 02.06.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[MUC] SMASH G20“)

85. 1.06.2017

Sachbeschädigung durch Farbschmierereien an einem Denkmal in Quern (SH).

(SBS, verfasst am 02.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „[SH] Bismarck Turm markiert“)

86. 1.06.2017

Sachbeschädigung durch Farbbeutelwürfe am Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin
(SBS, verfasst am 01.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Angriff auf das Haus der Deutschen Wirtschaft – Gegen den Gipfel der G20 YEA“)

87. 3.06.2017

Sachbeschädigung durch Farbschmierereien an zwei Steuerwagen und einem Fahrradwagen des Eisenbahnverkehrsunternehmens „Metronom“ in Rotenburg / Wümme
(BMI-Lagemeldung vom 04.06.2017, Quelle: BPol)

88. 4.06.2017 - 6.06.2017

Sachbeschädigung durch Farbsprüherei an Fassade eines Polizeigebäudes in Würselen
(BMI-Lagemeldung vom 7.06.2017, Quelle: Innenministerium NW)

89. 5.06.2017

Brandanschlag auf Polizeipräsidium in Weilheim

(SBS, verfasst am 7.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Antiterroranschlag auf Bullenpräsidium“)

90. 5.06.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) am Mövenpick-Hotel in Hamburg

(SBS, verfasst am 7.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Auch Prestigeobjekte sind angreifbar - Glasbruch beim Mövenpick-Hotel im Schanzenpark“)

91. 6.06.2017

Sachbeschädigung durch Verunreinigung mit Farbe am Bismarckdenkmal in Hamburg
(Meldung Polizei Hamburg, PK 14 vom 6.06.2017)

92. 8.06.2017

Sachbeschädigung (durch Farbschmierereien) am Bahnhof in Suderburg

(Meldung BPOLD Hannover, BPOLD Bremen vom 8.06.2017; Lagebericht Nr. 2 zum Einsatz der Bundespolizei anlässlich des G20-Gipfels)

93. 9.06.2017

Sachbeschädigung an Gebäude der Reederei „Deutsch Afrika Linien“ (DAL) und des südafrikanischen Honorarkonsulats in Hamburg

(SBS, verfasst am 09.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „G20 angreifen - Reparationszahlungen durchsetzen“)

94. 9.06.2017

Abseilaktion vor dem Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg

(Meldung Polizei Hamburg, Wasserschutz vom 10.06.2017)

95. 12.06.2017

Brandanschlag auf Zivilfahrzeuge von Polizeibeamten in Bremen

(SBS, verfasst am 12.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Bremen: Enttarnt! G20 – Wagensport gegen Zivilfahrzeuge der Bullen geht weiter“)

96. 12.06.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung durch Farbe und Steinwürfe) an KIK-Filiale in Würzburg

(SBS, verfasst am 13.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „KIK-Filiale angegriffen! Ausbeutung beenden, G20 angreifen!“)

97. 12.06.2017

Sachbeschädigung (durch Farbschmierereien) am Haltepunkt der Deutschen Bahn in Dresden-Pieschen

(Meldung BPolD Pirna, BPolD Dresden vom 12.06.2017; Lagebericht Nr. 2 zum Einsatz der Bundespolizei anlässlich des G20-Gipfels)

98. 12.06.2017

Brandanschlag auf Funkmast an Bahnstation Kellinghusenstraße in Hamburg

(Hinweis auf Anschlag verfasst am 18.06.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Sabotage!“)

99. 12.06.2017

Versand von Briefumschlägen mit pulverartiger Substanz und der Aufschrift „Anthrax“ an den Verlag „Die Welt“, das „Hamburger Abendblatt“ und an das Landesstudio des ZDF in Hamburg

(Meldung Polizei Hamburg PK 14 vom 12.06.2017)

100. 12.06.2017

Versand eines Briefes mit weißem Pulver-Granulat-Gemisch an das PK 33 in Hamburg

(Meldung Polizei Hamburg PK 33 vom 13.06.2017)

101. 14.06.2017

Sachbeschädigung an Niederlassung der Boston Consulting Group in Stuttgart

(SBS, verfasst am 18.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Fight G20 – Sponti und kapitalistische Tatortmarkierung“)

102. 14.06.2017

Versand eines an das PK 25 in Hamburg adressierten Briefumschlags mit pulveriger Substanz

(Meldung Polizei Hamburg, PK 25 vom 14.06.2017)

103. 15.06.2017

Brandanschlag auf Autos der Stadtverwaltung in Leipzig

(SBS, verfasst am 16.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Aktionen zum G20“)

104-117: 19.06.2017 (14 ANSCHLÄGE)

Sachbeschädigung von Kabelschächten der Deutschen Bahn in Berlin (1 Anschlag), Hamburg (2 Anschläge), Leipzig (4 Anschläge), Dortmund und Köln (zusammen 5 Anschläge. gerechnet: Köln: 2, Dortmund 3), Bremen (1 Anschlag) und Bad Bevensen (1 Anschlag)

(SBS, verfasst am 18.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg“) und BMI-Lagebericht vom 20.06.2017

118. 19.06.2017

Sachbeschädigung (durch Farbsprühereien) an der Fassade eines von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwalteten Gebäudes in Berlin.

(Lagezentrum Berlin, Lagemeldung Nr. 171 vom 20.06.2017)

119. 20.06.2017

Sachbeschädigung (Glasbruch und Parole) am Gebäude an der Industrie- und Handelskammer in Bielefeld als Teil des Protestes gegen den G20-Gipfel.

(SBS, verfasst am 3.07.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „G20 angreifen (Bielefeld)

120. 20.06.2017

Sachbeschädigung (Scheibeneinwurf) am Immobilienbüro "Berlin Maeglern" in Berlin

(SBS, verfasst am 23.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Die Friedel bleibt - "Berlin Maeglern eingeknallt“)

121. 21.06.2017

Sachbeschädigung an Geschäftsstelle der Vonovia AG in Bremen und Sachbeschädigung an zwei ihrer Fahrzeuge

(SBS, verfasst am 21.06.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „G20 Mobilisierungsstraftat – Vonovia aufs Dach steigen“)

122. 21.06.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung durch Farbe) an S-Bahn in Nienburg

(Meldung BPolD Hannover, Lagemeldung 577-2017 vom 21.06.2017

123. 23.06.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) an Commerzbank Filiale in Göttingen

(SBS, verfasst am 23.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Commerzbank Filiale im Göttinger Ostviertel angegriffen“)

124. 23.06.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) an Commerzbank in Flensburg

(SBS, verfasst am 26.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „G20: Farbe gegen Commerzbank in Flensburg“)

125. 24.06.2017

Sachbeschädigung am Ausbildungszentrum der Deutsche Bank in Frankfurt a.M.

(SBS, verfasst am 25.06.2017 in: <https://linksunten.indymedia.org>: „Frankfurt - Angriff auf Deutsche Bank Ausbildungszentrum mit Hämmern und Steinen“)

126. 28.06.2017

Sachbeschädigung (Verunreinigung mit Farbe) am Gebäude der Bereitschaftspolizei in Osnabrück

(SBS, verfasst am 29.06.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Gebäude der Osnabrücker Bereitschaftspolizei mit Farbe versehen“)

127. 29.06.2017

Brandanschlag auf Firmenwagen des Immobilienunternehmens „Vonovia“ in Dresden

(SBS, verfasst am 29.06.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „Dresden: Vonovia angegriffen“)

128. 30.06.2017

Leipzig Landfriedensbruch linksalternativ geprägten Stadtteil Connewitz. Ca. 50 – 100 verummte Personen setzten Müllcontainer in Brand. Zudem wurden Böller sowie Pyrotechnik gezündet und Steine geworfen wobei u. a. ein Linienbus das Ziel des Angriffes darstellte. Im Bereich eines Autohauses explodierte eine unkonventionelle Brand- und Sprengvorrichtung (USBV). Zwei weitere USBVs, die nicht umsetzten, konnten sichergestellt werden. Während der lediglich kurz andauernden Aktion wurden durch die verummten Personen weder Plakate mitgeführt noch Rufe skandiert. Die schnelle Tatausführung sowie das zügige Verlassen der Örtlichkeit verhinderten einen Zugriff auf die Täter.

(SBS, verfasst am 01.07.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[LE] Solisponti für die Friedel 54“)

129. 1.07.2017

Als Reaktion auf die Räumung der Friedel 54 versammelten sich am 01.07.2017 gegen 0:05 Uhr 30 bis 50 verummte Personen in Berlin-Wedding und setzten einen Müllcontainer in Brand. Im Anschluss bewarfen sie die dortige SPD-Landeszentrale („Kurt-Schumacher-Haus“) mit Pflastersteinen und das Jobcenter Mitte mit Farbbeuteln. In einem SBS auf linksunten.indymedia.org: „Wütende Sponti im Wedding“ wird neben Friedel 54 Bezug zum G20-Gipfel hergestellt.

2.07.2017 (ohne Zählung)

Im Bereich Hamburg kam es zu zahlreichen Vorfällen gelöster Radmuttern an Dienst- und Privatfahrzeugen von Angehörigen der Bundespolizei und der Bundeswehr. In einem Fall hatte sich ein Reifen am Fahrzeug eines Bundespolizeiangehörigen gelöst und es kam zu einem Verkehrsunfall. Ein Bezug zu den G20-Protesten ist nicht ausgeschlossen.

2.07.2017 (ohne Zählung)

Unangemeldete Greenpeace-Aktion im Hamburger Hafen; GP-Aktivisten versuchten an der Bordwand des fahrenden MS „Golden Opportunity“ Schriftzeichen anzubringen. Festmachen des Schiffes am Pier sollte verhindert werden. Begleitende Blockadeaktion des Sandauhafens durch Maritime Eingreifgruppe (MEG) verhindert. Mehrere Festnahmen durch die Polizei. Drei Tatverdächtige.

(06.07.2017; LKA HH)

2.07.2017 (ohne Zählung)

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte während einer Räumungsaktion nach einer Versammlung im Bereich Elbpark – Hamburg-Entenwerder. Während der Maßnahmen wurden einige Einsatzkräfte mit Farbbeuteln beworfen. Ein Polizeibeamter wurde getreten (Identität TV steht fest.)

(06.07.2017; LKA HH)

130. 3.07.2017

Farbanschlag auf Stadthaus der 2. Bürgermeisterin in Hamburg; unbekannte Täter

(SBS, verfasst am 03.07.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[G20] In Hamburg sagt man Tschüs zum rot-grünen Senat und ja zum Aufstand!“)

(06.07.2017; LKA HH)

131. 4.07.17

Sprühaktion zum Nachteil der Deutschen Bahn. Unbekannte besprühten großflächig auf einem Außenbahnhof in Frankfurt am Main einen abgestellten ICE-Zug. Der Sachschaden beträgt ca. 3.600 Euro.

(BPol Lagebericht Nr. 10)

132. 04.07.2017

In Hamburg kam es am 04.07.2017, 01:12 Uhr, zu einer vorsätzlichen Sachbeschädigung mit einer Kleinaxt an einem geparkten und unbesetzten Funkstreifenwagen. Die Tat wurde durch benachbarte Kräfte beobachtet. Bei der Festnahme des 30-Jährigen deutschen Staatsangehörigen äußerte dieser, er müsse ein „Zeichen gegen die Polizeipräsenz in der Stadt“ setzen. Ein Bezug zum G20-Gipfel wird angenommen.

(BKA Bundeslagebild Nr. 5)

133. 4.07.2017

Sachbeschädigung am Parteibüro der „Grünen“ am 4.07.2017 in Jena. Eine Scheibe des Büros wurde mit Steinen eingeschlagen.

(SBS, verfasst am 5.07.2017 in <https://linksunten.indymedia.org>: „[NoG20] Scheibe von Grünen-Büro in Jena eingeschlagen“)

134. 5.07.2017

Vorbereitungshandlungen zu Hakenkrallenanschlägen bei der DB-AG

Es wurden heute im Bereich des S-Bahnhofes Eidelstedt (HH) zwei selbstgebaute Ruten aufgefunden, die dazu geeignet sind, Hakenkrallen von Straßen- und Eisenbahnbrücken in den Fahrleitungsdraht / Oberleitungen der DB AG zu hängen und damit erhebliche Schäden für die Infrastruktur des Eisenbahnverkehrs zu verursachen.

(BPol Hannover; Stand 6.07.2017; 3.00 Uhr)

135. 5.07.2017

linksunten.indymedia berichtet von einer Entglasungsaktion einer Polizeiwache in Ammersbek (Schleswig-Holstein; nordöstlich von Hamburg.); keine weitere Bekennung; Aufruf zu weiteren Aktionen in und um Hamburg; offen

(Indymedia)

136. 5.07.2017

linksunten.indymedia berichtet über einen Brandanschlag auf ein Polizeifahrzeug in Rastekau/Schleswig-Holstein.

(offen)“

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Lenders.

Abg. Joachim Lenders: Ja, vielen Dank. Ich will noch einmal eingehen auf die Frage der Mobilisierung insbesondere aus dem Ausland und die Frage von daher an die Bundesbehörden zu richten. Der Senator hat es ja eben ausgeführt, es ist keine Einzelstraftat, die da geplant wird, sondern ein Gesamtgeschehen, was dort initiiert ist. Inwieweit lagen den Bundesbehörden Erkenntnisse und Informationen vor, in welchen Ländern mobilisiert worden ist und durch wen mobilisiert worden ist – ich gebe einmal als Beispiel das skandinavische Netzwerk ARNA – und aus welchen Ländern Einreisen konkret gewaltbereiter Autonomer, Linksautonomer hier nach Hamburg erwartet worden sind, und verweise an der Stelle einmal auf das Beispiel der Einreise, der besagten Zugeinreise aus der Schweiz, die ja hier dann nach Hamburg durchfahren wollten. Und ich gehe davon aus, dass ... Oder meine Frage würde auch darauf abzielen, inwieweit die Bundesbehörden, die einzelnen Sicherheitsbehörden diese Informationen, diese Erkenntnisse insbesondere auf die Qualität der Gewaltbereitschaft, die dann sicherlich auch den Hamburger Behörden – wir haben ja vorhin schon gehört, wie eng und wie gut die Zusammenarbeit war – dann weitergegeben worden ist und welche konkreten Erkenntnisse dort vorlagen.

Ja, und dann vielleicht, die Frage war von Herrn Dressel eben schon angerissen, ich will sie an der Stelle vielleicht noch einmal dahin gehend auch aufs Ausland vertiefen, inwieweit es Erkenntnisse, es geht dann vielleicht eher an Herrn Licht, an die Hamburger Behörden, inwieweit Erkenntnisse vorlagen, dass auch Protagonisten aus dem Umfeld, also aus dem besagten Umfeld der Roten Flora – die Namen sind ja heute schon gefallen, sei es Beuth oder Blechschmidt –, bundesweit, aber auch vor diesem Hintergrund der Frage ins Ausland gereist sind, um dort zu mobilisieren, genau derartige gewaltbereite Autonome. – Danke.

Vorsitzender: Wir fangen wieder mit Herrn Russ an.

Steffen Russ: Also die Frage würde ich tatsächlich dann weitergeben an die Kolleginnen rechts und links, was die Mobilisierung angeht.

Vorsitzender: Ja. Also dann Frau Pooth bitte.

Heike Pooth: Ja. Die Frage kann ich vielleicht so beantworten, wir hatten natürlich konkrete Erkenntnisse zu Einreisen ausländischer Linksextremer, auch gewaltbereiter. Die Beispiele, die Sie angesprochen haben, ja, die waren uns auch bekannt. Auch noch andere. Ich kann aber leider, da geht meine Vorbereitung jetzt vielleicht nicht in die Tiefe genug, um Ihnen die jetzt alle einzeln aufzählen zu müssen. Ich könnte Ihnen meine Lagebilder vorlesen, aber ich glaube, das würde jetzt den Rahmen sprengen hier, deswegen bitte ich da um Nachsicht. Wir hatten Erkenntnisse, wir haben diese weitergeleitet, aber nochmals, natürlich da nur eine Feststellung, dass gewaltbereite, grundsätzlich gewaltbereite Linke einreisen möglicherweise. Von denen gibt es ja, sage ich einmal, in Hamburg selbst auch genug. Das ist ja dann erst einmal eine Feststellung.

Vorsitzender: Frau Büddefeld?

Dinchen Franziska Büddefeld: Ja, die Mobilisierung im Ausland. Vielleicht kann ich mich jetzt so ein ganz kleines bisschen vorwagen. Also Sie alle wissen sicherlich, da Sie sich mit dem Thema jetzt auch schon länger befassen, dass die deutsche linksextremistische Szene natürlich auch Kontakte ins Ausland unterhält. Und dass da natürlich auch Informationen über diese linksextremistischen wie auch immer gearteten Informationswege gelaufen sind, das kann man unterstellen. Was ich Ihnen jetzt gern noch einmal beispielhaft zeigen oder auch sagen möchte, ist noch einmal die Mobilisierung im Ausland. Wir hatten relativ, ja, ich muss sagen, relativ viele Erkenntnisse, wie die Mobilisierung im Ausland läuft oder gelaufen ist und Sie haben gerade schon ein Bündnis genannt, das ist das, was in Skandinavien entstanden ist, das ARNA-Bündnis. Derart gab es mehrere in unterschiedlichen europäischen

Ländern, die sich auch dann entsprechend nannten. Zum Beispiel in Schweden hieß das Ganze dann Smash G20. Da ist zum Beispiel interessant, dass wir da auch Informationen hatten, dass Mitglieder des "... ums Ganze!"-Bündnis auch dort aufhältig gewesen sind. Dann haben wir auch noch weiter aus Schweden die Information, dass ein Slogan beworben wurde, Stop G20 Nordic Infotour. Und da spielt auch das "... ums Ganze!"-Bündnis wieder eine Rolle, also da sieht man, dass auch aus dem Bündnis heraus dann in Europa man unterwegs war. Aus Italien kann man dazu vermelden, dass es am 24./25. Februar schon eine sogenannte SME – Struggles-Make-Europe-Treffen – an der Universität Bologna gegeben hat. Da ist es nicht gesichert, aber auch wohl mit Teilnahme von Personen aus der IL und des "... ums Ganze!"-Bündnisses. Und noch ein Beispiel, auch aus Italien, da haben wir von einem Facebook-Account, wieder von "... ums Ganze!" die Info, dass eine Infotour in Italien angekündigt wird und eine Veranstaltung bei den Autonomia Diffusa, wo wir den Ort nicht wissen.

Wenn man in die Schweiz guckt, das ist jetzt ja schon eine ganze Weile immer einmal genannt worden, dort haben wir auch Hinweise von einem Facebook-Account der Revolutionären Jugend Zürich, die zu gemeinsamen Protesten gegen G20 aufrufen. Auch dort also ein schon vorhandenes Bündnis, was sich da gekümmert hat. Und die Anarchische ..., nein, Entschuldigung, die Anarchistische Gruppe Bern hat auch auf ihrer Internetpräsenz eine Agenda für G20 veröffentlicht.

Warum ich Ihnen das jetzt hier so in dieser Vollstän..., Ausführlichkeit erzähle ist, man braucht im Ausland nicht unbedingt deutsche Linksextremisten, um sich für G20 zu interessieren. Und da gab es also schon ausreichend, ja, Potenziale in den Staaten selbst auch, was natürlich auch zu Mobilisierung geführt.

So. Dann, inwieweit die Personen, über die wir dann tatsächlich Kenntnis erhalten haben, dass sie einreisen wollen aus dem Ausland – das war, glaube ich auch noch eine Frage gerade eben –, inwieweit die auf ihre Gewaltbereitschaft überprüft wurden – Entschuldigung –, das ist nahezu unmöglich, weil, wir haben Einreiseerkenntnisse manchmal oder häufig erst ganz knapp vor kurz gehabt. Also dann war der Bus – ich meine, dank schrankenlosem Europa – schon längst in Deutschland. Wir haben jede Information, derer wir habhaft werden konnten, über Einreisen, den zuständigen Stellen, insbesondere natürlich unseren Kollegen von der Bundespolizei, weitergegeben, die haben dann ihre Maßnahmen aufgesetzt, aber wir selbst wussten in dem Moment ja gar nicht, wer wirklich namentlich in dem Bus war. Insofern war es für uns auch in der Regel nicht möglich oder nicht möglich da zu sagen, da sind die Personen drin und die schätzen wir wie folgt ein. Also das war für uns gar keine Möglichkeit.

Vorsitzender: Herr Lenders, direkt dazu eine Nachfrage oder ...?

Abg. Joachim Lenders: Ja. Allenfalls noch einmal konkret die Nachfrage, weil Sie es gerade angesprochen haben, ich nannte ja auch das Beispiel der Zugeinreise aus der Schweiz. Das war ja, glaube ich, im Vorfeld nicht nur den Sicherheitsbehörden bekannt, sondern das war ja relativ früh auch in den Medien ein Thema. Können Sie dazu konkret was sagen?

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Also was ich da hier vorliegen habe, was ich in diesem Kreise sagen kann, ist, dass wir von dem Sonderzug natürlich Kenntnis hatten, das ist klar. Da wurde halt eine Anreise für den 5. Juli angekündigt mit zwölf Waggons aus Basel via Stuttgart in Richtung Hamburg. Die genaue Route war dann eben uns auch bekannt – Kornwestheim, Heidelberg, Frankfurt, Köln, Dortmund – und die Rückreiseplanung wurde mitgeteilt. Auch dort war uns nicht bekannt bis zur Ankunft des Zuges hier, wer nun konkret da drin

war beziehungsweise es war nicht bekannt, bevor die Leute zustiegen oder einstiegen in den Zug.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich kann noch einmal einen kleinen Nachtrag anbieten zu der Frage, welche konkreten Hinweise auf Straftaten hat es im gesamten Vorfeld gegeben, zwar nicht im Kontext der Mobilisierung, auch nicht im Kontext mit Mobilisierungsstraftaten. Was wir ja hatten, waren ja verschiedene Funde und Durchsuchungsergebnisse, die natürlich schon sehr klare Hinweise auf Straftaten gegeben haben. Vielleicht dazu auch noch einmal der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ja, vielleicht ist das allen auch noch so ein bisschen in Erinnerung, wenn ich es jetzt noch einmal in Erinnerung rufe, wir haben zwei Pressekonferenzen dazu gemacht. Zum einen war es eine Sicherstellung bei einem 30-jährigen Rostocker, der umfangreiches Material bei sich hatte, der hier in Hamburg aufgefallen war, und bei dem dann, weil es Hinweise gab, dass er Straftaten im Kontext G20 plant, eine Durchsuchung einer Garage gegeben hatte. Da sind dann Präzisionszwillen, Dosen mit brennbaren Flüssigkeiten, Feuerlöscher mit entsprechenden Präparierungen, Baseballschläger, Schlagringe und diverses Arsenal, was gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz verstößt, aufgefunden worden. Und das Zweite war eine Observation, nein, eine Überprüfung durch einen Streifenwagen in der Liebermannstraße, bei der zwei Personen überprüft worden sind, bei der mindestens eine aus der Rigaer Straße in Berlin stammte, die ... Ja, es machte einen geradezu blüherant, was dort alles sichergestellt wurde: eine Streusandkiste, zwei weiße Anzüge, verschiedene Fesselungsmaterialien und ähnliche gefährliche Gegenstände, sodass beide im Kontext G20 bewertet wurden und daraus natürlich schon eine gewisse Schwere auch an Straftaten, ja, befürchtet wurde.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator. – Bitte?

Abg. Joachim Lenders: Meine zweite Frage, die sich ja insbesondere in Richtung Hamburg ...

Vorsitzender: Ach so, ja, dann wiederholen Sie die noch einmal kurz.

Abg. Joachim Lenders: ... Zusammenhang genau dieser besagten Hamburger Protagonisten, die möglicherweise bundesweit oder aber auch im Ausland aktiv gewesen sind, um dort Mobilisierung ..., Veranstaltungen zu besuchen et cetera. Ich möchte nur daran erinnern, dass ich, glaube ich, in einer der letzten Sitzungen die Frage schon einmal gestellt hatte, der Auftritt von Herrn Blechschmidt in einem Berliner Theater zur Vorbereitung und zur Mobilisierung. Jetzt nur als Beispiel, aber welche anderen Erkenntnisse lagen dann insbesondere wahrscheinlich den Hamburger Behörden vor, wie dort diese Protagonisten agiert haben, insbesondere auch bezogen aufs Ausland.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ergänzend noch einmal an Herrn Licht.

Hartmut Licht: Es ist richtig, Herr Lenders, wir hatten damals schon auf die Berliner Veranstaltung hingewiesen, ich hatte sie damals nicht auf Tasche, ich kann bestätigen, dass es diese Veranstaltung, Mobilisierung auch tatsächlich gegeben hat mit dem besagten Vertreter der Roten Flora. Darüber hinaus haben wir konkret nur noch eine weitere auswärtige Mobilisierungsveranstaltung, auf der ein Rotflorist aufgetreten ist. Ansonsten hat offensichtlich die Vernetzung hier tatsächlich in Hamburg bei Aktionskonferenzen und bei dem dargestellten Aktiventreffen in der Roten Flora selbst stattgefunden beziehungsweise ansonsten weit überwiegend übers Internet. Über Auslandsreisen, zum Beispiel von Rotfloristen, liegen mir

keine Informationen vor. Also insofern ist da offensichtlich tatsächlich – es klang eben schon an von den Kollegen der Bundesbehörden – das Thema G20, wo sich aus Sicht der Linksextremisten, und zwar auch nicht nur der deutschen oder Hamburger, sondern der europäischen Linksextremisten, die Bösesten der Bösen hier in Hamburg versammeln, Trump und Putin und Erdogan und, und, und, das Großkapital schlechthin, das für alles Übel auf diesem Planeten verantwortlich gemacht wird. Das ist schon Reisegrund genug, nach Hamburg zu kommen. Dazu bedarf es dann nicht einer massiven zusätzlichen Mobilisierung von Hamburgern, die dann auch noch Geld in die Hand nehmen müssten, um zu reisen oder so etwas.

Vorsitzender: So. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich will es kurz machen. Ein Unterschied zu dem, was vorhin, ich glaube, Frau Möller war es, gefragt hat, wieweit da auch mit Straftaten konkret verbunden waren, gibt es ja auch den Bereich vor der Begehung der Straftaten, wo man durchaus – ich mache es jetzt einmal unjuristisch – die Staatsfeindlichkeit deutlich erkennen kann, das Akzeptieren oder das Nichtakzeptieren des staatlichen Gewaltmonopols, das für sich Inanspruchnehmen, dass Gewalt das legitime Mittel sei, um die eigene Ideologie zu verfolgen. Inwieweit hat es da im Vorfeld, tatsächlich wahrscheinlich eher eine Frage an die Hamburger Behörden, außer, der Bund könne es ergänzen, dann sehr gern, im Vorfeld des G20-Gipfels Verdichtungen, Zusatzerkenntnisse gegeben über das, was wir während des Gipfels ja widerlicher Weise von Herrn Beuth auch gehört haben.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, vielleicht dazu eine allgemeine Information. Der G20-Gipfel wurde ja auch in dem gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum links, ist Ihnen ja wahrscheinlich bekannt, auch in den anderen Phänomenen regelmäßig thematisiert. Es haben AG Gefährdungsbewertungen stattgefunden und insbesondere, was jetzt auf Ihre Frage vielleicht abzielt, auch AG Personenpotenziale. Da wurden eben genau solche Personen, die jetzt vielleicht in der Datei als gewaltbereit links, Ähnliches, registriert sind, thematisiert. Als Beispiel, was mir jetzt nur einfällt, zum Beispiel, weil wir gerade den Sonderzug aus Basel hatten, da war es ja wohl so, dass der Anmelder dieses Zuges hatte Erkenntnisse im Bereich PMK und auch diesen Gewalttäter-Eintrag. Und dann wird so eine Person in der AG Personenpotenziale thematisiert. Da sind alle LKÄ, alle LfV und BfV, BKA vertreten, auch noch andere Behörden. Und dann ist es natürlich in der Zuständigkeit des jeweiligen Landes, hier war es Baden-Württemberg, wo die Person ihren Wohnsitz hat, dann mögliche ..., im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten aktiv zu werden, zum Beispiel eine Gefährderansprache durchzuführen oder ähnlich zu agieren. Das, so allgemein gesagt, vielleicht ist halt insgesamt gemacht worden mit solchen Personen, die Erkenntnisse haben, aber eben nicht konkret sagen, wir fahren nach Hamburg und dann schlagen wir alles nieder. Also so einfach Vorfelderkenntnisse.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Die Frage zielt ja auch ein bisschen darauf ab, wieweit wir sozusagen aus dem Sprachgebrauch und der Intonierung der Mobilisierung und der einzelnen Protestaufrufe und so weiter schon relativ deutlich schließen konnten auf einen militanten, aggressiven, nicht friedlichen geplanten Verlauf und auch das Einkalkulieren von Straftaten, das Nichtakzeptieren von gesetzten Regeln und so weiter. Dazu würd Herr Voß gleich noch einmal zusammenfassend ein paar Dinge sagen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es da sehr gute umfangreiche, umfassende Darstellungen gibt, einmal in der Begründung der Allgemeinverfügung und auch in der Entscheidung des OVG Hamburg zur Allgemeinverfügung, in den Entscheidungsgründen, sowie ohnehin in einigen der Urteile, das noch einmal

sehr deutlich auch alles, sage ich einmal, zusammengetragen und zusammengefasst wird. Das ist sehr, sehr, sehr lesenswert. Aber vielleicht noch einmal mit ein paar Schlaglichtern Herr Voß.

Torsten Voß: Ja, vielleicht, auch wenn, nur so ein paar Eckpunkte, weil das sonst sicherlich zu umfangreich wird. Aber ich erinnere ja eigentlich schon an die Pressekonferenz, die wir am 1. Juni im letzten Jahr durchgeführt haben, wo wir dann explizit insbesondere auf den Roten Aufbau Hamburg hingewiesen haben mit dem Bündnis G20 entern als Initiator des spektrenübergreifenden Camps, wo wir dann auch dargestellt haben, dass insbesondere der Rote Aufbau Hamburg mit seinen Facebook-Einträgen, wo beispielsweise gesagt wird, Molotowcocktails statt Sektempfang, um nur ein Schlaglicht zu nennen ... Ich könnte da noch jetzt mehrere aufführen, ich würde mir das jetzt aber sparen. Sie haben ein Mobilisierungsvideo eingestellt, in diesem Mobilisierungsvideo waren 25 Vermummte mit dem A, mit dem Anarchozeichen, ein Rapper, der gesagt hat, er wird irgendwann in die Luft gesprengt oder er wird sich in die Luft sprengen, er weiß nicht, wann und wo. Also gerade der Rote Aufbau Hamburg ist da Synonym und ja auch, und da kommen wir auch im nächsten Bereich dazu, ja auch Hauptverantwortlicher für dieses spektenübergreifende Camp.

Dann haben wir hingewiesen auf die Autonomen, also aus dem Umfeld, Floraumfeld, da geht es um das Bündnis gegen den G20. Herr Licht hat es aufgeführt, die haben sich ja relativ schnell aus dem Gesamtbündnis, wo sie am Anfang dabei waren, Bündnis gegen das G20-Treffen, ausgeklinkt, haben dann ein eigenes Camp organisiert zum einen und zum Zweiten ist natürlich aus diesem Umfeld und insbesondere Blechschmidt, Beuth, Hauptorganisator, Anmelder, Leiter in den unterschiedlichsten Funktionen von Welcome to Hell gewesen. Es gab dann auch dieses Faltblatt, was verteilt wurde im Bereich der autonomen Szene, die die militante Ausrichtung dargestellt hat, also G20 Hamburg 2017 a shocking summit at the harbour city ... live resistance, join the black block, mit so Aussagen wie, der Gipfel in Hamburg steht symbolisch und praktisch für Vieles, was wir fundamental ablehnen. Mit den geplanten Aktionen wollen wir unmissverständlich klar machen, dass wir ihre Politik von Krieg, Terror und Ausbeutung bekämpfen. Wir wollen den praktischen Bruch mit der herrschenden Ordnung, den reibungslosen Ablauf der Gipfelinszenierung stören und blockieren. Wir werden uns den städtischen Raum aneignen. Und, und, und. Das war der zweite Bereich.

Und der dritte Bereich ist dann die Interventionistische Linke, und das hatte Frau Büddefeld eben dargestellt, aber als weiterer Akteur, der eben versucht hat, den Brückenschlag zu finden zwischen den Extremisten und zwischen den Nichtextremisten. Und da gibt es eben auch zahlreiche Zitate von Emily Laquer, die dann hauptsächlich da die Protagonistin ist, die dann auch insbesondere auch Schwarz als eine Farbe von Bunt bezeichnet hat.

Das sind einige Eckpunkte, die uns dann auch, und da kommen wir wiederum, was wir heute ja nicht mehr machen, zu dem Bereich 1 c), was uns dann auch in die Campbegründung bringt. Aber das sind so die Eckpunkte, wo wir sagen, wie Blechschmidt selbst gesagt hat, also das ist hier keine Pfadfinderjugend oder so was. Also das war es auch nicht.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Schneider?

Abg. Christiane Schneider: Ich hätte jetzt einmal eine Nachfrage. Es ist jetzt verschiedentlich gesagt worden, von Ihnen, Herr Licht, dass sozusagen im vierstelligen Bereich eine hohe Zahl von Gewaltbereiten, darunter auch aus dem Ausland ... Die Frau Pooth, Sie haben gesagt, Sie haben konkrete Erkenntnisse zu der Mobilisierung im Ausland, Sie werden das aber hier nicht sagen. Und Frau Büddefeld, Sie haben gesagt, viele Erkenntnisse über Mobilisierung im Ausland. Das heißt, man ist davon ausgegangen, dass auf jeden Fall, also man wusste jetzt nicht die einzelnen Personen und was sie genau planten, aber man ist davon ausgegangen, dass relativ viele gewaltbereite Personen aus dem Ausland kommen.

Können Sie mir einen einzigen rationalen Grund sagen, warum Sie entgegen der gesamten bisherigen Praxis die Losung ausgegeben haben, wir wollen keine verdeckten Ermittler, die mit diesen Gruppen, die aus dem Ausland kommen, anreisen. Das interessiert mich jetzt wirklich, ich meine, ich erinnere an die Hamburger Praxis, da war man auf Lesbos, da war man in Brüssel, da war man ..., sogar zwei haben sich in Kopenhagen getroffen. Die sind kräftig immer mitgereist. Warum wird, wenn man davon ausgeht, dass es eine hohe Zahl von Gewaltbereiten aus dem Ausland gibt, warum wird gesagt, wir wollen keine verdeckten Ermittler? Und wann genau, bitte schön, ist diese Entscheidung gefallen?

Heike Pooth: Also wenn Sie mich jetzt fragen, ...

Vorsitzender: Ja, Frau Pooth.

Heike Pooth: ... ich habe ja schon einmal gesagt, ich habe die Informationssammelstelle im Bundeskriminalamt geleitet, ich bin nicht zuständig für den Einsatz von verdeckten Ermittlern, weder im BKA noch im Ausland, und bin auch nicht dafür zuständig zu entscheiden, ob oder ob nicht. Ich habe lediglich die Informationen unserer Dienststelle weitergeleitet und kann da deswegen in meiner Zuständigkeit keine Antwort zu geben.

Abg. Christiane Schneider: Könnten Sie denn sagen, wann die Entscheidung gefallen ist? Ist das zu Ihnen zurückgespiegelt worden?

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Das ... Ich müsste es nachschauen. Es ...

(Zuruf: Welche Entscheidung?)

Welche ...? Sie meinen die Entscheidung unserer Dienststelle?

Abg. Christiane Schneider: Wann hat das BKA entschieden, dass keine verdeckten Ermittler aus dem Ausland nach Hamburg reisen sollen – mitreisen sollen? Sie haben eben gesagt, Sie haben die Entscheidung ..., es ist die Entscheidung getroffen worden, dass keine verdeckten Ermittler kommen sollen. Und ich möchte wissen, wann ist die getroffen worden und aus welchem rationalen Grund? Sie sagen, ...

Heike Pooth: Nein.

Abg. Christiane Schneider: ... zu dem Grund können Sie nichts sagen, aber dann können vielleicht die Hamburger Vertreter was sagen.

Heike Pooth: Ja. Ich habe aber nicht gesagt, dass die Entscheidung getroffen ist, ich habe lediglich gesagt, dass unsere Dienststelle die ISa gebeten hat, zu übermitteln, dass keine verdeckten Ermittler eingesetzt werden sollen. Letztlich ist es ja Zuständigkeit der jeweiligen Länder.

(Abg. Christiane Schneider: (...))

Vorsitzender: Frau Schneider. Frau Schneider, Sie müssen das Mikro benutzen. Aber ...

Abg. Christiane Schneider: Da haben Sie nicht ganz Recht. Das muss gemeldet werden. Da gibt es die Absprachen, das heißt, das BKA weiß, ob welche kommen oder nicht.

Vorsitzender: Na, Frau Pooth?

Heike Pooth: Ja. Also ich habe keine Kenntnis, dass verdeckte Ermittler eingesetzt wurden.

(Abg. Christiane Schneider: Aber die Hamburger Polizei. – Abg. Karl-Heinz Warnholz: Aber Frau Schneider weiß das.)

Vorsitzender: Frau Schneider, jetzt noch einmal das Mikrofon benutzen.

Abg. Christiane Schneider: Ja, bitte, dann die Hamburger Polizei kann das vielleicht beantworten, weil auch die Hamburger Polizei, also BAO Michel, muss ja informiert worden sein.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Dazu haben wir ja bereits vorhin Auskunft gegeben, aber, Herr Meyer.

Ralf Martin Meyer: Vielleicht, wir erinnern uns ja beide noch, Frau Schneider, an die Behauptung, die Sie jetzt gerade in den Raum stellen, dass wir in der Zeit, in der Sie unsere eigenen verdeckten Ermittler ansprachen, es immer entsprechende bilaterale Verträge und Rechtsgründe und Vereinbarungen gab. Das haben wir ja im Innenausschuss in der Zeit auch immer dargestellt. Wenn Sie jetzt wiederholen, dass Sie der Meinung sind, Sie würden italienische verdeckte Ermittler hier gesehen haben, wenn Sie das wiederholen, können Sie das gern tun, aber wir können doch auch nur wiederholen, dass es weder eine Initiative noch eine Vereinbarung darüber gab, dass verdeckte Ermittler aus dem Ausland hier im Einsatz waren.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich habe da aber nach dem Warum gefragt. Ich habe gefragt, warum haben Sie diese Linie, die ganz neu ist, würde ich einmal sagen, warum haben Sie diese Linie eingeschlagen?

(Zuruf)

Vorsitzender: Also jetzt ... So langsam fällt es mir schwer, zu folgen, aber ich gebe die Frage einmal weiter.

(Zuruf)

Nein, ich verstehe es nur nicht. Also ...

Abg. Christiane Schneider: Ich kann das gern beantworten. Ich kann Ihnen sagen, warum die Frage wichtig ist.

Vorsitzender: Ja, das ..., also das ist ja ganz hilfreich, wenn Sie auch uns und auch den Zuschauern noch einmal die Frage erklären, weil, es ist unverständlich meiner Meinung nach.

Abg. Christiane Schneider: Ja, das kann ich. Kann ich wirklich gern machen. Es wird ja abwechselnd gesagt, der Rondenbarg war in der Elbchaussee oder die Italiener waren in der Elbchaussee. Wenn verdeckte Ermittler bei italienischen Gruppen waren und die waren in der Elbchaussee, dann hätte die Polizei das gewusst. Das will ich damit sagen.

Vorsitzender: Ah, ja, gut. Ist das so, Herr Senator?

Senator Andy Grote: Ich kann nur dazu sagen, dass sich, glaube ich, aus der allgemeinen Logik erschließt, dass wir ...

(Zuruf: ...das gewusst haben.)

... Was wollte ich jetzt sagen?

Vorsitzender: Das ist die Uhrzeit, das ist die Uhrzeit, Herr Senator.

Senator Andy Grote: ...dass, das ja sehr dafür spricht, dass keine da waren. So.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Das ist ja in Konsistenz mit dem, was wir hier vorgetragen haben.

(Zurufe)

Vorsitzender: Also ich habe das jetzt so verstanden, dass es keine Kenntnis darüber gibt, dass irgendwelche Leute da waren. So habe ich das jetzt verstanden. Richtig?

(Karl-Heinz Warnholz: Alles aufgeklärt nun!)

Sie wissen nichts darüber, dass verdeckte italienische Ermittler hier waren?

Senator Andy Grote: Nein. Wir haben keine angefordert, wir haben keine Vereinbarungen getroffen, wir wissen nichts von welchen, die hier gewesen sind. Und ja, es kann sein, wenn welche hier gewesen wären, wüssten wir vielleicht mehr, aber so ist es.

Vorsitzender: Okay, das habe ich jetzt auch verstanden. Herr Tabbert.

Abg. Urs Tabbert: Ja, ich wollte noch einmal Bezug nehmen auf die von Ihnen, Herr Senator, angesprochene Verwaltungsgerichtsentscheidung. Es gibt da ja zwei ganz interessante zum Gängeviertel, eine vom 27. Juni und dann vom OVG vom 3. Juli, die ich einmal jedem hier auch zur Lektüre empfehle. Mich wundert es, dass da noch nicht Punkte draus angesprochen worden sind. Beruht auf einem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz vom 16. Juni. Da wird zum Beispiel, also noch weitaus konkreter, als das hier gerade vorgetragen wurde, zum Beispiel von Attac, also wird aus dem Internet Aufrufe und so weiter zitiert: „Was wir tun, ist nicht unbedingt und immer legal.“ Dann ist hier von dieser Fingertaktik die Rede. Dann haben wir auf der Seite Welcome to Hell: "Die Repression wird dies nicht verhindern können, wenn wir viele sind und unberechenbar bleiben. Es wird kein ruhiges Hinterland geben."

Dann, mir bisher unbekannt, was für eine Zeitung das ist, "ZECK" Nummer 197, März/April, da steht drin: "Wir begrüßen die bisherige Vielfalt der Angriffe und freuen uns über zahlreiche militante Attacken, die bisher stattfanden. Der G20-Gipfel mitten in Hamburg kann als Provokation und Angriff gesehen werden. Stürzen wir Hamburg ins Chaos." Dann linksunten.indymedia: "Es ist an euch, diesem Schweinesystem die Haxen zu brechen."

Auf G20 Hamburg 2017 wird getwittert: "Die Reisegruppe Riotlingen lädt ein, die kapitalistische Infrastruktur zu blockieren. Nur wer einen Helm hat, darf mitkommen. Barrikaden werden aufgebaut, Feuer entfacht. G20 – total desaster."

Dann auch Hinweise auf Bau von Hakenkrallen, Zunderflaschen und Krähenfüßen.

Und dann fast zum Schluss hier noch Printausgabe von "Fight Capitalism". Da steht, die Erinnerung an Frankfurt, Rauchschwaden, überforderte Polizei, Ausnahmezustand in der City, das soll Ansporn sein für all diejenigen, die sich europaweit gegen die zerstörerische Sparpolitik der EU-Institutionen wehren.

Und schließlich noch auf der Internetseite, noch einmal linksunten.indymedia, in der Kommentierung cooler Aufruf: "Wir sollten auch bei der Welcome-to-Hell-Demo alternative Treffpunkte ausmachen beziehungsweise legale Kundgebungen anmelden, an denen man sich nach einer Zerschlagung der Demo wieder ansammeln kann."

Das ist doch alles sehr, sehr konkret, was da beschrieben wird. Hat das Verwaltungsgericht offensichtlich schon im Juni alles so dargestellt. Und mich würde einfach einmal interessieren, inwieweit man, also ich nehme ja an, dass die Erkenntnisse Ihnen ja auch vorlagen, vielleicht hat sie das Verwaltungsgericht ja sogar auch sozusagen im Zusammenhang der Verhandlungen da im Dialog sozusagen bekommen. Inwieweit haben Sie da Schritte gegen diese recht konkreten Aufrufe unternommen? Was waren die polizeilichen Maßnahmen, die Sie im Hinblick darauf eingeleitet oder vorgesehen haben? Machen da überhaupt Gefähr-

deransprachen oder so was Sinn? Wahrscheinlich relativ wenig. Aber das waren ja Erkenntnisse, die lagen alle im Juni vor.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: All diese Zitate stammen, wenn ich das richtig sehe, aus der Begründung unserer Allgemeinverfügung und sind vom Gericht übernommen worden. Insofern war das sozusagen unser eigenes Lagebild an der Stelle. Und ich habe ja schon ausgeführt, dass es eine sehr, im Sprachgebrauch auch nicht irgendwie missverständliche oder zweideutige radikale, aggressive Mobilisierung gegeben hat an ganz vielen Stellen. Aber noch einmal, daraus ergibt sich nicht unmittelbar ein Ansatz für eine strafrechtliche Verfolgung, weil das Dinge sind, die dann vielfach im Internet ohne Verfasser, indymedia, linksunten und so weiter, publiziert werden. Und wie Herr Licht das vorhin sagte, sobald es ..., je anonym es ist und je weniger es rückverfolgbar ist, desto expliziter wird es. In dem Moment, wo es in einem begrenzten Personenkreis und nachvollziehbar und offen wird, geht das Aggressivitätslevel dann ein bisschen nach unten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ich?

Vorsitzender: Ja, Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Entschuldigung, ich war unkonzentriert. Pardon. Ich möchte einmal auf den Aspekt kommen, dass wir hier bei diesem Punkt c) auch, in Klammern zumindest, haben, Einbeziehung der Erkenntnisse nach G20 aus der Nachbereitung. Und deshalb wollte ich gern die Frage stellen, ob es überhaupt eine Nachbereitung auf der Bundesebene gegeben hat. Also wir haben ja jetzt den ganzen Abend damit verbracht, also sozusagen mit den Einschätzungen, mit den Lageerkennnissen uns auseinanderzusetzen. Und gerade hier an diesem konkreten Punkt, wo man ja möglicherweise eine Bewertung versuchen sollte, die diese verschiedenen Aufrufe, die wir ja hier uns ja jetzt zum Teil angehört haben, die viele von uns ja auch selbst gelesen haben und die sich ja auch in den Akten finden, mit dem, was dann real in der Stadt passiert ist, irgendwie in Beziehung zu bringen. Also die Frage geht an die Bundesbehörden: Haben Sie das auch gemacht? Haben Sie konkret bestimmte Gewalttaten bestimmten Gruppen zuordnen können? Unabhängig jetzt von Ermittlungsverfahren, mir ist klar, dass Sie auch jetzt einfach sagen können, es läuft eine vierstellige Zahl von Ermittlungsverfahren und zu denen können wir nichts sagen. Das will ich auch gar nicht. Ich möchte mehr eine allgemeinere Beschreibung haben, ob Sie erstens überhaupt diese Nachbereitung machen und ob es dazu schon Ergebnisse gibt. Und konkret geht es mir natürlich darum, also hinter solchen martialischen Aufrufen verbirgt sich ja oft vielleicht eine merkwürdige Kreativität im Schreiben, aber auch ein Anteil an Umsetzungswillen, der schwer einzuschätzen ist. Und die Frage ist also, kann man das in der Nachbereitung irgendwie ein bisschen genauer beschreiben, wie konkret die Beziehungen zwischen den verschiedensten Aufrufen und tatsächlich dann den stattgefundenen Gewalttaten waren.

Senator Andy Grote: Na ja, also wir können feststellen, wenn wir uns die Ereignisse in Hamburg angucken, dass es unterm Strich am Umsetzungswillen nicht gefehlt hat, sondern dass es ja massive Ausschreitungen gegeben hat, wo es auch Bezüge zu den Gruppen gibt, die auch in der Mobilisierung aktiv gewesen sind. Das ist aber jetzt schwierig, im Detail darzustellen, weil wir natürlich zu den ganzen Fragen, wer hat wann wo was gemacht noch kommen. Aber natürlich gibt es den Kontext zwischen Rotem Aufbau und dem Camp im Volkspark und dem, was aus dem Camp hervorgegangen ist. Es gibt den Kontext zwischen der Flora und der Welcome-to-Hell-Kundgebung. Und es gibt auch andere Kontexte. Und natürlich hat auch eine nachbereitende Betrachtung stattgefunden. Was wir anbieten kön-

nen, ist, vielleicht noch einmal zu sagen, was aus heutiger Sicht ..., wie viele Gewaltbereite aus welchen Ländern hier gewesen sind. Das ist vielleicht noch einmal etwas, was vielleicht den einen oder anderen interessieren könnte.

Ansonsten, ja, vielleicht können wir auch noch andere Dinge sagen zu der Frage, wie weit ist das denn genauso umgesetzt worden. Aber ich glaube, man kann leicht erkennen, dass von den Planungen ja auch einiges anschließend Realität geworden ist. Es ist versucht worden, die sogenannte rote Zone zu stürmen, es hat die Finger-Taktik gegeben mit den entsprechenden Zusammenstößen mit der Polizei und, und, und. Das hat ja alles stattgefunden. So. Und es hat zusätzlich ..., haben noch eben insbesondere zwei nicht erwartete Szenarien stattgefunden, die wir aber auch, jedenfalls zum Teil, zurückführen können werden auf, ja, auf einzelne Gruppen, aber das ist dann am Ende das, sozusagen, das Ergebnis auch der Strukturermittlungen. Und der Gesamtblick, den, wenn wir alle Strafverfahren im Grunde genommen sehr weit geführt haben, dann wird es irgendwann in der SoKo auch die Erkenntnisse geben, zu sagen, besonders aktiv gewesen ist diese oder jene Gruppierung und so. Aber dazu gibt es natürlich noch kein abschließendes Bild. Aber dass von denen, die mobilisiert haben und auch von der Haltung und von der Aggressivität und der Grundausrichtung, mit der mobilisiert wurde, hier einiges Realität geworden ist, das können wir, glaube ich, schon sagen.

Und dann vielleicht noch einmal zu ein paar einzelnen Dingen, insbesondere wie viele sind hier angereist, Herr Voß.

Torsten Voß: Also wir haben ja schon, ich will nicht sagen, wir haben die Sitzung mit Zahlen angefangen, jetzt wollen wir sie mit Zahlen beenden, aber wenn man sagt, was habt ihr eigentlich prognostiziert, was ist eigentlich eingetreten, müssen wir schon sagen, dass wir da um die 6 000 Gewaltbereite hatten, gewaltbereite Autonome aus Deutschland und aus dem Ausland und dann natürlich noch die hiesige Szene dazu. Da liegen wir schon bei um die 6 000 gewaltbereiten Autonomen. Wobei ich da auch den Hinweis geben will, und das ist auch ein Ergebnis der Nachbereitung, dass jetzt nicht jeder Autonome so gezählt wird, weil er schwarze Kleidung anhatte, sondern es gibt auch Autonome oder Gewaltbereite, die dann bunt geblieben sind oder sich einmal wieder umgezogen haben. Also von daher sind wir da aber trotzdem in einer weitgehend realistischen Schätzung von 6 000 ungefähr.

Wenn wir uns da anschauen aus dem Ausland, allein aus dem Ausland liegen wir bei gut 1 600. Auch in Ländern wie Belgien, Bulgarien um die 100, Dänemark deutlich mehr als 100, Finnland 150, Frankreich auch 100, dann Griechenland, einige wenige, Großbritannien im niedrigen zweistelligen Bereich, Italien knapp 200, Niederlande um die 150, Österreich um die 100. Polen, Portugal waren auch mit Personen vertreten. Russland, Russen waren da, nicht in der Form, wie sie vielleicht hier aufgetreten sind, aber im zweistelligen Bereich, im niedrigen zweistelligen Bereich, aber sie waren eben auch da. Dann haben wir noch um die 100, gut 100 aus der Schweiz und um die 100 aus Spanien. Insgesamt liegen wir da bei gut 1 600, die wir jetzt aus den Nachbefragungen im Zusammenhang natürlich mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz, mit dem ich eben gesprochen habe, diese Zahlen konnten wir dann auch jetzt hier so darstellen, kommen wir da schon auch in der Nachbewertung zu relativ konkreten und realistischen Zahlen, die so furchtbar weit von unseren Prognosen dann auch nicht auseinander sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine Nachfrage.

Abg. Antje Möller: Ja, nur weil ich auch die Bundesbehörden gefragt habe, ob sie auch in ähnlicher Form das so nachbereiten, würde ich mich freuen, wenn es da vielleicht noch eine Antwort geben würde.

Vorsitzender: Frau Büddefeld.

Dinchen Franziska Büddefeld: Im Verfassungsschutzverbund werden die Geschehnisse rund um den Gipfel auch nachbereitet, wir sind aber noch mittendrin.

Vorsitzender: Frau Pooth.

Heike Pooth: Ja, im BKA ist es so, dass so, wie die Zuständigkeiten unterschiedlich sind, bearbeitet natürlich auch jede Behörde oder jeder Einsatz, wie jetzt der Herr Russ in der SG und ich für die ISa den eigenen Einsatz nach, das ist klar. Das ist aber intern und gehört hier nicht hin. Und die Nachbereitung in Hamburg, die wird in der Form natürlich bei uns nicht durchgeführt, aber wir unterstützen die personell wie auch die Bundesländer, sodass das auch nicht erforderlich ist, dass hier noch gleichzeitig im BKA auch eine Nachbereitung im Zusammenhang mit dem von Ihnen Angefragtem stattfindet.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Das heißt, wir können mit dem Tagesordnungspunkt 1 b) dann auch abschließen. Dann sind wir auch mit den inhaltlichen Beratungen soweit durch. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei den Auskunftspersonen, dass Sie hierhergekommen sind nach Hamburg und uns Auskunft erteilt haben soweit Ihnen das rechtlich halt möglich war, und, ja, wünsche Ihnen noch eine gute Heimreise oder vielleicht noch einen netten Restabend in Hamburg – weiß ich nicht, wie Sie das geplant haben.

(Zuruf: Aber nicht in der Roten Flora!)

– Ja, fahren Sie ins Schanzenviertel, gucken Sie sich das einmal an. Es steht noch – zum Glück. Ja.

Zu TOP 1c bis 1f

Dann haben wir noch den Tagesordnungspunkt ..., also 1 c), d) und e) haben wir vertagt. Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 1 f) Vorschläge zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses am 8. Februar. Ich denke einmal, wir kommen überein, dass die Obleute das gleich im Anschluss an die Sitzung vorbesprechen.

Und dann müssen wir jetzt noch einen vorsorglichen Beschluss für die weitere Durchführung einer Anhörung für die nächste Sitzung nach Paragraph 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung treffen. Wer möchte das so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu TOP 2

Tagesordnungspunkt Verschiedenes? – Sehe ich nicht. Dann wünsche ich Ihnen allen eine gute Heimreise. – Vielen Dank.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)